

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Venezuela

Héctor Torres · Albor Rodríguez
VENEZUELA UND DER MAKEL
DER VERSPÄTETEN ANKUNFT

Toni Keppeler · Ivo Hernández
MACHTKAMPF UM VENEZUELA.
ZWEI PERSPEKTIVEN

Nikolaus Werz
AUßENPOLITIK UND
INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN VENEZUELAS

Claudia Vargas Ribas
AUSWANDERUNGSLAND
VENEZUELA

Stefan Rinke
GESCHICHTE UND
GESCHICHTSBILDER
VENEZUELAS: EINE SKIZZE

Alejandro Márquez-Velázquez
„FLUCH DER RESSOURCEN“?
DIE BEDEUTUNG DES ERDÖLS
FÜR DIE VENEZOLANISCHE
WIRTSCHAFT

Minerva Vitti · Andrea Scholz
DER KAMPF INDIGENER
VÖLKER UM TERRITORIALE
RECHTE IN VENEZUELA

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Venezuela

APuZ 38–39/2019

HÉCTOR TORRES · ALBOR RODRÍGUEZ

**VENEZUELA UND DER MAKEL
DER VERSPÄTETEN ANKUNFT**

Venezuela 2019: Millionen Menschen überleben irgendwie das Desaster, versuchen sich am Widerstand, müssen aber auch geliebte Menschen beerdigen oder in die Emigration verabschieden. Sie sehnen den Augenblick herbei, in dem Venezuela das 21. Jahrhundert erreicht.

Seite 04–10

TONI KEPPELER · IVO HERNÁNDEZ

**MACHTKAMPF UM VENEZUELA.
ZWEI PERSPEKTIVEN**

Der Machtkampf in Venezuela zwischen der amtierenden Regierung und der Opposition ist sowohl eine innervenezolanische als auch diplomatische Herausforderung. Die Autoren blicken aus unterschiedlichen Perspektiven auf Hintergründe und mögliche Lösungen.

Seite 11–16

NIKOLAUS WERZ

**AUßENPOLITIK UND INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN VENEZUELAS**

Venezuela war lange Finanzier lateinamerikanischer Einheitsbestrebungen. Mittlerweile befindet sich das Land mit einem amtierenden Präsidenten und einem von über 50 Staaten anerkannten Interimspräsidenten in einer so noch nicht dagewesenen internationalen Konfliktsituation.

Seite 17–22

CLAUDIA VARGAS RIBAS

AUSWANDERUNGSLAND VENEZUELA

In den 1980er Jahren wurde Venezuela von einem Einwanderungs- zu einem Auswanderungsland. Emigrierten Venezolaner bis Anfang der 2010er Jahre vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, ist aktuell eine Fluchtbewegung aufgrund der humanitären Lage zu beobachten.

Seite 24–30

STEFAN RINKE

**GESCHICHTE UND GESCHICHTSBILDER
VENEZUELAS: EINE SKIZZE**

Venezuela entwickelte sich von einer Peripherie innerhalb des spanischen Kolonialreichs zum unabhängigen „Wirtschaftswunderland“ Lateinamerikas. Zugleich blieb die Geschichte des Landes von Widersprüchen geprägt, die die Grundlage für die heutige Situation bilden.

Seite 31–39

ALEJANDRO MÁRQUEZ-VELÁZQUEZ

**„FLUCH DER RESSOURCEN“?
DIE BEDEUTUNG DES ERDÖLS FÜR
DIE VENEZOLANISCHE WIRTSCHAFT**

Venezuela ist eines der am stärksten vom Erdöl abhängigen Länder. Verliep die wirtschaftliche Entwicklung lange positiv, lieferte die Praxis, Staatsfonds aufzulösen oder nicht zur Reduzierung der Abhängigkeit zu nutzen, das Land einem Fall der Ölpreise jedoch schutzlos aus.

Seite 41–47

MINERVA VITTI · ANDREA SCHOLZ

**DER KAMPF INDIGENER VÖLKER
UM TERRITORIALE RECHTE IN VENEZUELA**

Eine indirekte Folge der Krise in Venezuela ist der massive Ausbau des Bergbaus in weiten Teilen des Südens des Landes. Davon sind insbesondere die indigenen Gruppen betroffen, die dort seit Jahrzehnten erfolglos um eine rechtliche Anerkennung ihrer Territorien kämpfen.

Seite 49–53

KARTE LATEINAMERIKA

Seite 23

KARTE GROßKOLUMBIEN

Seite 40

KARTE VENEZUELA

Seite 48

EDITORIAL

Am 10. Januar 2019 trat Nicolás Maduro, Nachfolger des sozialistischen Präsidenten Hugo Chávez, trotz umstrittener Wahlergebnisse und internationaler Proteste eine weitere Amtszeit als venezolanischer Präsident an. Knapp zwei Wochen später kündigte Juan Guaidó in seiner Funktion als Präsident der von der Opposition dominierten Nationalversammlung an, interimswise das Amt des Staatsoberhauptes zu übernehmen, bis Neuwahlen stattfinden können. Damit erreichte der innervenezolanische Machtkampf einen vorläufigen Höhepunkt. Mit einem amtierenden Präsidenten und einem weiteren, mittlerweile von über 50 Staaten anerkannten Interimspräsidenten befindet sich das Land in einer international wohl einmaligen Konfliktsituation, deren Ausgang ungewiss ist.

Neben die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes trat in den vergangenen Jahren eine humanitäre Krise, die sich in einer massiven Auswanderung manifestiert. Dass die Entwicklung Venezuelas vorher durchaus auch Erfolge zeitigte, zeigt ein Blick in die Geschichte des Landes: Einst Peripherie des spanischen Kolonialreichs, entwickelte sich Venezuela nach seiner Unabhängigkeit im frühen 19. Jahrhundert insbesondere durch die Ausweitung der Erdölförderung im 20. Jahrhundert zum „Wirtschaftswunderland“ der Region. Unter Chávez, der sich in die Tradition des Nationalhelden Simón Bolívar stellte, versuchte sich der Staat Anfang des 21. Jahrhunderts als Finanzier lateinamerikanischer Einheitsbestrebungen.

Zugleich ist die Entwicklung Venezuelas von Widersprüchen geprägt. Die zunehmende Abhängigkeit vom Erdöllexport, der Verfall des demokratischen Systems und historische Konfliktlinien zwischen Stadt und Land sowie Eliten und Unterschichten, die unter den chavistischen Regierungen vertieft wurden, haben die venezolanische Gesellschaft wiederholt vor Herausforderungen gestellt. Die Frage, wie mit diesen umgegangen werden kann, ist nicht neu. Angesichts der massiven Beeinträchtigungen des politischen, wirtschaftlichen und alltäglichen Lebens und einer möglichen Destabilisierung der Region stellt sie sich aktuell mit besonderer Dringlichkeit.

Frederik Schetter

ESSAY

VENEZUELA UND DER MAKEL DER VERSPÄTETEN ANKUNFT

Héctor Torres · Albor Rodríguez

Die 15-jährige Daniela Salomon lebte mit ihrer Mutter und ihrem kleinen Bruder in einer bescheidenen Wohnung im Bezirk 23 de Enero in San Cristóbal, Hauptstadt des Bundesstaates Táchira, im Westen von Venezuela.⁰¹ Sie hatte gerade die vierte Klasse des Colegio Simón Bolívar abgeschlossen. Samstags half sie der Mutter in ihrem Kosmetiksalon; sonntags ging sie mit der Familie in die Kirche, ging spazieren oder traf sich gelegentlich mit César, einem jungen Mann von 23 Jahren, der seit Januar 2017 ihr Freund war. Am Nachmittag des 30. Juli machte sie sich auf den Weg zu César.

An diesem Sonntag hatte Nicolás Maduro die Bildung einer Verfassungsgebenden Versammlung veranlasst. Die Opposition lehnte dies gemeinsam mit vielen anderen lateinamerikanischen Staaten ab. Dennoch verfolgte Maduro gegen jede Vernunft weiter seinen Plan, was zu Protesten im ganzen Land führte, auf die er wiederum mit Repression reagierte.

Auf der Straße spürte Daniela die angespannte Situation. Als sie ihre Mutter anrief und ihr davon erzählte, sagte diese ihr, sie solle heimkommen. Zusammen mit César machte sich Daniela auf den Rückweg. Unterwegs stießen die beiden auf eine Barrikade. Dort protestierte eine kleine Gruppe gegen die Wahl, bis plötzlich zwei Kleinbusse und verummte Personen auf Motorrädern mit verdeckten Kennzeichen auftauchten und auf die Protestierenden schossen. Hand in Hand rannten Daniela und César davon, und als sie stürzte, dachte der junge Mann, seine Freundin sei gestolpert. Als er sich umdrehte, um ihr zu helfen, sah er das Blut. Er erschrak, hob sie auf und suchte in den Gassen eines nahen Wohngebiets Schutz vor den Kugeln. Er wollte sie in ein Krankenhaus bringen, aber es kamen weder Taxis noch Privatfahrzeuge vorbei, bis schließlich eine Frau ihm anbot, sie in ihrem Auto mitzunehmen. Als César Daniela in das Krankenhaus trug, waren beide so blut-

verschmiert, dass man sie kaum auseinanderhalten konnte. „Als die Ärztin mir sagte, dass ich mit dem Schlimmsten rechnen sollte, fing ich an, auf César einzuschlagen. Ich sagte ihm, er sei an allem schuld, er habe nicht gut genug auf sie aufgepasst“, erinnert sich Danielas verzweifelte Mutter Nohelia.

Weder im Falle ihrer Tochter noch bei einem anderen politischen Mord während der Bürgerproteste in Venezuela in jenen Tagen ist es zu einem Gerichtsverfahren gekommen, bei dem die Schuld festgestellt und jemand verurteilt worden wäre. Die Gruppen bewaffneter Motorradfahrer in Zivilkleidung sind inzwischen fester Bestandteil des chavistischen Unterdrückungssystems und bekannt unter der Bezeichnung *colectivos*. Sie handeln unter dem Schutz der Nationalgarde und der Polizei, und haben schon Razzien in Gebäuden durchgeführt, von denen Widerstand gegen die polizeiliche Repression ausgeht.⁰²

WEGE ZUM „CARACAZO“

Der venezolanische Intellektuelle Mariano Picón Salas sagte einst, Venezuela sei erst nach dem Tod des 1908 an die Macht gelangten Diktators Juan Vicente Gómez im 20. Jahrhundert angekommen. Gómez regierte sein damals noch sehr provinzielles Land mit eiserner Faust, bis sein Tod 1935 den Weg frei machte für die langsame Entstehung eines modernen Staates, der später auch zu einer stabilen Demokratie werden sollte. Es war eine Entwicklung voller Schwierigkeiten, Verschwörungen und Unfälle, die ihren vorläufigen Höhepunkt und Schluss nach 23 Jahren finden sollte, als es zum Sturz von Marcos Pérez Jiménez kam, Venezuelas zweitem Diktator im 20. Jahrhundert.

Es ist unter anderem dem beim Pakt von Punto Fijo festgeschriebenen politischen Konsens der damaligen Mehrheitsparteien zu verdanken, dass Venezuela sich zu einer soliden Demokratie entwickeln und eine wirtschaftliche Entwicklung er-

reichen konnte, die mit großen Erfolgen, aber auch mit der Vernachlässigung von Idealen verbunden war. Die Verstaatlichung der Ölindustrie und die steigenden Ölpreise Mitte der 1970er Jahre bescherten dem Staat ein Vermögen, das schutzlos der Korruption jener Personen ausgeliefert war, die schon damals anfangen, Einnahmen aus staatlichen Ressourcen in die eigene Tasche umzuleiten. Bei bestimmten Teilen der Bevölkerung machte sich daher der Eindruck breit, dass sie von diesem Reichtum ausgeschlossen waren, und als unsichtbare Vertreter der Nation nur alle Jahre wieder zum Wählen aufgefordert wurden. So stauten sich bei diesen Menschen Ressentiments auf, die eine radikale Linke für sich zu nutzen wusste, die lange Zeit ein Schattendasein geführt hatte, da ihr eine große Erzählung wie die kubanische Revolution fehlte.

Die Entfremdung der politischen Eliten von den demokratischen Idealen, die das politische System mit Leben erfüllt hatten, sowie das Handeln derjenigen, die der wachsenden Abneigung von Seiten der Besitzlosen weiter Nahrung gaben, führten am 27. Februar 1989 zu einer sozialen Explosion, die unter der Bezeichnung „Caracazo“ in die Geschichtsbücher einging. Ausgangspunkt war eine Erhöhung der Benzinpreise, die zunächst in Guarenas, 50 Kilometer östlich von Caracas gelegen, Proteste hervorrief. Es kam zu Vandalismus, die Demonstrationen breiteten sich auf Caracas und andere Städte aus, bis die Armee sie schließlich niederschlug. Danach war die Demokratie dauerhaft beschädigt, und ihre führenden Persönlichkeiten waren bereits so korrumpiert, dass sie nicht mehr verstanden, was im Land vor sich ging. Der Schaden wurde immer größer, bis es 1992 zu zwei Putschversuchen von Militärs kam, die zwar scheiterten, aber zeigten, dass die Bevölkerung keinen Grund sah, eine Demokratie zu unterstützen, von der sie sich nicht geschützt fühlte.

Obwohl sich das 21. Jahrhundert am Horizont abzeichnete, blockierte in jener Phase Vene-

zuelas ein altmodischer Militarismus und Caudillismus jeden Fortschritt. Mit der Begnadigung des Anführers des ersten Putschversuches, einem damals weitgehend unbekanntem Oberstleutnant namens Hugo Chávez, setzte ab 1994 ein Prozess ein, der noch lange nicht abgeschlossen ist, das alte Venezuela jedoch schon längst zerstört hat.

Die Präsidentschaftswahlen 1998 waren für das Land von geradezu schicksalhafter Bedeutung. Es traten an: eine frühere Schönheitskönigin, ein schillernder Provinzmillionär, ein vollkommen uncharismatischer Vorsitzender der Partei Acción Democrática, die sich am Tiefpunkt ihrer Entwicklung befand, sowie Hugo Chávez, der agitierend durchs Land zog und sich die Verbitterung vieler Menschen zunutze machte, indem er gegen die „verfaulenden Eliten“ wetterte und versprach, das politische Establishment hinwegzufegen. Mit dem Versprechen, alles zu ändern, konnte niemand mehr seinen Sieg aufhalten, zumal gewisse wirtschaftliche und intellektuelle Eliten ihn förderten und versprachen, sie würden ihn schon kontrollieren können.

Chávez trat wie eine Mischung aus evangelikalem Prediger, Caudillo und Fernsehmoderator auf, und zwang dem Land seine unberechenbaren und willkürlichen Launen auf. Er verbündete sich mit den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsteilen und schwang sich zum Vertreter ihrer Interessen auf. Dabei nährte er Rachegefühle, die als Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit maskiert daherkamen. Da für ihn die Loyalität von Personen wichtiger als ihre Qualifikation war, öffnete er Tür und Tor für die Bildung von Machteliten, die eine Korruption von unvorstellbaren Ausmaßen in den Verwaltungsapparat tragen sollten. Hinzu kam die enge Beziehung zum Kuba Fidel Castros, womit das Ende der venezolanischen Demokratie besiegelt war und das Land in eine tiefe Krise stürzte.

„PA’FUERA“

Die Geoinformatikerin Ana María Wessolosky zögerte nicht, sich dem Streik in der Ölindustrie anzuschließen, der im Dezember 2002 seinen Anfang nahm.⁰³ Um gegen das Regime zu protes-

01 Vgl. dazu und im Folgenden Jacqueline Goldberg, *The Two Wounds of Nohelia Machado*, 3.6.2019, www.lavidadenos.com/the-two-wounds-of-nohelia-machado.

02 Vgl. *Crackdown on Dissent. Brutality, Torture, and Political Persecution in Venezuela*, 29.11.2017, www.hrw.org/report/2017/11/29/crackdown-dissent/brutality-torture-and-political-persecution-venezuela; United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights, *Human Rights in the Bolivarian Republic of Venezuela*. Advance Unedited Version, 5.7.2019, S. 5ff., www.ohchr.org/EN/Countries/LACRegion/Pages/VEReportsOHCHR.aspx.

03 Vgl. dazu und im Folgenden Ana María Wessolosky, *Un círculo que se cerró 13 años después*, 22.11.2017, www.lavidadenos.com/un-circulo-que-se-cerro-13-anos-despues.

tieren, legte sie ihre Arbeit in der Forschungsabteilung des staatlichen Erdölunternehmens *Petróleos de Venezuela* nieder.

Chávez regierte das Land, indem er mit seiner Präsenz das öffentliche Leben dominierte. In seinem sonntäglichen Radio- und Fernsehprogramm verkündete er Dekrete, kritisierte Gegner und erzählte Anekdoten aus seinem Leben. Mit dem ihm eigenen Gerechtigkeitsinn enteignete er Unternehmen und Grundbesitzer, rief zur Verletzung von Privateigentum auf und vereinigte alle Staatsgewalt auf seine Person. Außerdem entließ er in aller Öffentlichkeit Arbeitskräfte. Dies galt auch für beinahe 15 000 Personen, die in der Erdölindustrie arbeiteten und so wie Ana María an dem Streik teilgenommen hatten: Einzeln nannte Chávez in seiner Fernsehshow die Namen der Entlassenen, stieß dazu einen Pfiff aus und rief dann: „*pa’fuera*“ – „raus mit dir“. Seine Anhänger jubelten bei jedem Namen.

Am 9. Februar 2003 war Ana María an der Reihe: Sie hatte bereits vor fünf Tagen ihre Stelle verloren, aber nun beschuldigte Hugo Chávez sie des Terrorismus, und das nur, weil er sie auf einem Foto auf der Titelseite einer Zeitung gesehen hatte. Auf dem Bild waren noch mehr Personen, und es hätte jeden von ihnen treffen können, denn es stellte eine Menschenmenge dar, die gegen die Regierung demonstriert hatte und in der Ana María mit einem Transparent zu sehen war.

Es war eine Praxis von Chávez, in seinem Sonntagsprogramm Personen eines Vergehens zu beschuldigen und gleich auch die entsprechende Strafe vorzuschlagen. So erging es der Richterin María Lourdes Afuni, die im Dezember 2009 veranlasste, dass der festgenommene Unternehmer Eligio Cedeño vorläufig auf freien Fuß gesetzt wurde, nachdem die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen seine Freilassung empfohlen hatte. Wutentbrannt verlangte Chávez im Radio und Fernsehen, die Richterin 30 Jahre lang ins Gefängnis zu sperren. Ohne Haftbefehl und ohne Gründe zu nennen, holten Polizisten sie wenig später aus ihrer Wohnung und brachten sie in ein Frauengefängnis außerhalb von Caracas, wo sie entwürdigend behandelt und nach eigenen Angaben sogar vergewaltigt wurde. Sie wurde im Juni 2013, drei Monate nach dem Tod von Chávez, aus humanitären Gründen entlassen, doch der Prozess gegen sie lief weiter. 2019 wurde sie für ein Vergehen, das in den venezolanischen

Strafgesetzen gar nicht existiert, zu fünf Jahren Haft verurteilt.⁰⁴

Diese besondere Form der Rechtsprechung wurde zum Vorbild für andere Institutionen des Chavismus. So tauchten im August 2015 Agenten des venezolanischen Geheimdienstes in der Wohnung von Andrea González auf und verlangten, sie solle zu dem Tötungsdelikt an Liana Hergueta aussagen, mit der sie befreundet war und die ein gewisser José Pérez Venta ermordet haben soll.⁰⁵ Andrea sah keinen Grund, misstrauisch zu werden und begleitete die Beamten zum Sitz der politischen Polizei, wo man sie anschließend 859 Tage lang festsetzte. Wenige Tage nach ihrer „Festnahme“ beschuldigte sie der damalige Gouverneur des Bundesstaates Aragua, Tareck El Aissami, in einer Pressekonferenz, ein Verbrechen zu planen: Sie wolle gemeinsam mit ihrem Freund Dany Abreu die Tochter des damaligen Parlamentspräsidenten, Daniela Cabello, ermorden. Als einzigen Beweis präsentierte er der Öffentlichkeit eine Aussage des mutmaßlichen Mörders von Liana Hergueta.

„Du musst kein Politiker sein, damit sie dich einsperren. Wenn du in ihren Plan passt, egal wie absurd dieser Plan dir auch vorkommt, sperren sie dich ein. Gewissenlos sind die, es ist ihnen völlig egal, und es wird ihnen garantiert nicht leidtun. Sie lochen dich einfach ein, so geht es in Venezuela unglaublich vielen Leuten“, sagt Alejandra, die Schwester von Andrea.

BRÖCKELNDE FASSADEN

Durch den rapiden Rückgang der Erdöleinnahmen litt auch die Beliebtheit eines Politikers, der Ressourcen verteilte, ohne Reichtum zu produzieren. Doch Chávez’ Krankheit holte ihn noch schneller ein. Er konnte sich noch um eine vierte Präsidentschaft bewerben, wobei er im Laufe der Kampagne sowohl seine Gesundheit als auch die verbliebenen Mittel der Staatskasse opfern sollte. Ehe er sich in einer dramatischen Fernsehansprache von der politischen Bühne verabschiedete, bat er seine Anhänger, für „den Genossen Nicolás

⁰⁴ Vgl. UN Expert Condemns New Sentence for Jailed Venezuelan Judge as „Another Instance of Reprisal“, 26.3.2019, <https://news.un.org/en/story/2019/03/1035451>.

⁰⁵ Vgl. dazu und im Folgenden Johanna Osorio Herrera, 859 Days Without Seeing the Sky, 28.2.2019, www.lavidadenos.com/859-days-without-seeing-the-sky.

Maduro“ zu stimmen. Es war sein letzter öffentlicher Auftritt, ehe er nach Kuba reiste, um seine Krebserkrankung behandeln zu lassen. Er sollte nicht mehr lebendig zurückkehren.

Kaum merklich trat Venezuela genau in diesem Moment in die düsterste Phase dieses schmerzlichen Kapitels seiner Geschichte ein, wobei noch nicht klar ist, ob am Ende der Bankrott des chavistischen politischen Projekts oder jener des ganzen Landes stehen wird.

In seiner letzten Kampagne im Dezember 2012 erreichte Chávez 8 Millionen Stimmen, der Oppositionskandidat Henrique Capriles Radonski brachte es auf 6,5 Millionen. Es war spürbar, dass die Unterstützung für das chavistische Projekt langsam zurückging, doch mit dem Amtsantritt Maduros im März 2013 beschleunigte sich dieser Niedergang enorm. Nur einen Monat später verloren die Chavisten bei den Präsidentschaftswahlen 500 000 Stimmen. Maduro wurde mit knapp zwei Prozentpunkten Vorsprung zum Präsidenten ernannt, was seine relativ schwache politische Position offenbarte.

Nun bemerkten die Menschen in Venezuela, was sich hinter den teuren Shows mit ihrem immer gleichen Moderator verbarg. Ohne Budget und ohne Popularität wurden hinter der Fassade zunehmend die Mauern der Gefängnisse sichtbar, ebenso der Tod vieler Menschen, etwa bei den Protesten im April 2013, die mit einer Bilanz von 7 Toten, 61 Verletzten und 135 Festnahmen endeten. Zugleich wuchs die Gewissheit in der chavistischen Wählerschaft, dass der neue Amtsinhaber nicht in der Lage sein würde, den Fortbestand der „bolivarianischen Revolution“ zu sichern.

Der Wendepunkt war kaum eineinhalb Jahre später erreicht. Bei den Parlamentswahlen vom 6. Dezember 2015 sollte das Oppositionsbündnis Mesa de la Unidad Democrática 7,7 Millionen Stimmen erzielen, die chavistische Koalition Gran Polo Patriótico Simón Bolívar hingegen nur 5,6 Millionen Stimmen. Die Chavisten hatten innerhalb von weniger als drei Jahren beinahe 2,5 Millionen Stimmen verloren.

Die Opposition erhielt bei diesen Wahlen 112 von 167 Sitzen der Nationalversammlung, eine Mehrheit, mit der sie die Kontrolle über die gesamte Gesetzgebung übernehmen konnte. Nicolás Maduro war außer Rand und Band und drohte, er werde „nicht zulassen, dass die Rechte ihren faschistischen Wahl-Staatsstreich zu Ende“ brin-

ge.⁰⁶ Damit wurde deutlich, was schon immer seine Haltung gewesen, aufgrund der Unterstützung der Wählerschaft bis dahin aber nie offen zutage getreten war: Im chavistischen Projekt gab es keine Option, die Macht auf friedlichem Wege abzugeben – unter keinen Umständen.

Je mehr Zeit verging und je komplizierter die wirtschaftliche Lage im Land wurde, desto autoritärer wurde Maduro, desto stärker und kompromissloser reagierte er auf Widerspruch und Proteste. Zugleich heizten seine wirtschaftlichen Maßnahmen die Inflation an, verschärften die Versorgungslage, verschlimmerten die Korruption und verschlechterten so die Lebensqualität weiter.

Die Regale der Supermärkte und Apotheken leerten sich zusehends. Die durch die Zerstörung der nationalen Produktion entstandenen Probleme wurden noch schlimmer, weil die Regierung die verbliebenen, mehr oder weniger gut bestückten Geschäfte beschuldigte, Waren zu horten, um das Land zu destabilisieren und bei jeder Schlangenvor einem Supermarkt oder einer Bäckerei den Staatsstreich fürchtete. Die Reaktion des Regimes war kafkaesk: Es verbot die Schlangen und die leeren Regale, woraufhin die Händler, um nicht ins Visier der Behörden zu geraten, anfangen, die Produkte am vorderen Rand der Regalbretter aufzureihen. Dahinter war Leere.

Doch bei manchen Regalen war es nicht möglich, das Vorhandensein von Ware zu simulieren – zum Beispiel, wenn darauf Medikamente stehen sollten, die teuer in Dollar bezahlt werden mussten und über das öffentliche Gesundheitssystem verteilt wurden. Ihr Fehlen brachte viele Patienten, die nun nicht mehr versorgt waren, dazu, das Land zu verlassen, um zu überleben.

So war es auch im Falle der zwölfjährigen Zwillinge Sebastián und Jesús Navas, die an der erblichen Gerinnungsstörung Hämophilie B litten.⁰⁷ Der Kühlschrank der Familie Navas war nicht mit Lebensmitteln gefüllt, sondern mit Faktor IX, dem Medikament der Zwillinge. Alle drei Monate fuhr ihr Vater, Rafael, die 365 Kilometer von Barquisimeto, dem Wohnort der Familie, nach Caracas, um dort bei der venezolanischen Sozialversicherung

⁰⁶ Nicolás Maduro, zit. in: Maduro: „No voy a permitir que la derecha consolide su golpe fascista electoral“, 16. 12. 2005, www.teledoce.com/telemundo/internacionales/maduro-no-voy-a-permitir-que-la-derecha-consolide-su-golpe-fascista-electoral.

⁰⁷ Vgl. dazu und im Folgenden Juliet Pineda, La vida que espera al atravesar el inframundo, 11. 8. 2019, www.lavidadenos.com/la-vida-que-espera-al-atravesar-el-inframundo.

das Medikament abzuholen. Dadurch konnte die Familie daheim 120 Dosen für die beiden Kinder bereithalten, was 90 Tagen Behandlung entsprach. Allerdings erhielt Rafael innerhalb kurzer Zeit immer weniger Dosen, bis man ihm schließlich im Dezember 2017 nur noch zwei Faktor-IX-Dosen gab, mit dem Kommentar: „Bewahren Sie das für den Notfall auf, es gibt keinen Nachschub mehr.“

Und der Notfall trat ein. Sebastián erlitt, nachdem er beim Spielen mit seinen Freunden gestürzt war, an seinem linken Bein eine Hämarthrose am Knie, die mangels Medikamenten nicht rechtzeitig behandelt werden konnte. Das Gelenk schwoll an wie ein Tennisball, und es sah aus, als würde jeden Moment die Haut platzen.

Die venezolanische Hämophiliegesellschaft gibt an, dass seit 2016, dem Jahr, in dem die Faktor-IX-Lieferungen zum Erliegen kamen, in Venezuela mindestens 44 Menschen an ihrer Hämophilie gestorben sind. Allein im ersten Halbjahr 2008 starben acht Personen, die an der gleichen Erkrankung litten wie Jesús und Sebastián. Um nicht ebenfalls in diese Statistik einzugehen, entschied sich die Familie Navas, zu emigrieren. Doch sie konnten nicht alle gemeinsam gehen, sodass Rafael schließlich im März 2018 allein mit seinen beiden Söhnen die Staatsgrenze zwischen Venezuela und Kolumbien auf der Simón-Bolívar-Brücke überquerte. Sebastián konnte nicht mehr gehen und bewegte sich im Rollstuhl fort. Der Vater gab ihm ein Kissen, damit er sein Knie vor den Menschenmassen, die über die Brücke strömten, schützen konnte.

Sie blieben in Zipaquirá, einem Ort im Norden der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá. Dort erhielten die Söhne die lebensrettende Behandlung. Vier Monate später die legte Mutter, Kanthaly Ordoñez zusammen mit ihrer vierjährigen Tochter die 1090 Kilometer zurück, die sie von ihren Lieben trennten.

Längst nicht alle Kinder haben so ein Happy End erlebt. Das Krankenhaus José Manuel de Los Ríos, das die wichtigste kindermedizinische Abteilung Venezuelas beherbergt, ist zum Schauplatz zahlloser tragischer Geschichten geworden. Vom 1. Dezember 2018 bis zum 8. Januar 2019 starben fünf Kinder zwischen fünf Monaten und 14 Jahren, weil sie Breitbandantibiotika benötigten, die im Krankenhaus fehlten. Im ersten Quartal 2019 starben außerdem Mariángel Romero, Frandysón Torrealba, Harold Alcalá, Víctor Pacheco und Nohemí Oliveros, allesamt Patienten der Abteilung für Nierenkrankheiten. Die Organisation

Prepara Familia gibt an, dass 2017 aufgrund von Infektionen 24 chronisch nierenkranke Patientinnen und Patienten verstorben sind. Allein im Mai 2019 starben vier krebskranke Kinder, die dringend eine Knochenmarktransplantation benötigten, die sie aber – auch aufgrund fehlender medizinischer Infrastrukturen – nie bekamen: Giovanni Figuera (6 Jahre alt), Robert Redondo (7), Yeiderbeth Requena (8) und Erick Altuve (11).⁰⁸

WAHLESKALATIONEN

Seit dem Moment, als sie die Wahlen 2015 verloren hatte, suchte das chavistische Regime nach Möglichkeiten, die Nationalversammlung als Gesetzgebungsorgan zu entmachten. Daher rief diese im April 2017 zu einem Protestmarsch auf, was in der Bevölkerung enormen Anklang fand und zu einer vier Monate langen, enormen Welle von Protesten führte, in deren Verlauf Venezuela alle nur erdenklichen Formen der Repression erleben konnte: Menschen wurden öffentlich verprügelt, auf der Straße ermordet oder entführt; in Zivil gekleidete Bewaffnete gingen auf Bürgerinnen und Bürger los, es gab illegale Razzien, Gebäude wurden zerstört, es wurde gefoltert und geplündert.

Die Proteste 2013 hatten mit einer Bilanz von sieben Toten geendet, die Proteste 2014 diese Zahl auf 43 erhöht. 2017 kam es zu rund 4000 Verhaftungen und 120 Morden. Zehn dieser Opfer wurden, so wie auch Daniela Salomón, am 30. Juni 2017 getötet, dem Tag der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Zu den Unregelmäßigkeiten des Wahlverfahrens gehörte, dass es kein allgemeines, sondern ein sektorenspezifisches Wahlrecht gab, und dass keine Ratifikation durch die Wahlberechtigten vorgesehen war. Sogar die Vertreter des Unternehmens Smarmatic, das bis zu diesem Jahr das elektronische Wahlsystem zur Verfügung gestellt hatte, klagten über Unregelmäßigkeiten beim Wahlvorgang.

Die Verfassungsgebende Versammlung, die letztlich unter der ausschließlichen Kontrolle der Parteigänger von Maduro stand, berief die Präsidentschaftswahlen von 2018 ein. Dabei waren die wichtigsten Oppositionsfiguren inhaftiert oder wur-

⁰⁸ Vgl. Jesús Barreto, Niño del J.M. de los Ríos falleció luego de esperar nueve años por trasplante, 11.7.2019, <https://elpitazo.net/salud/nino-del-jm-de-los-rios-fallecio-tras-esperar-nueve-anos-por-trasplante>; Armando Altuve, Murió cuarto niño que requería trasplante medular en el J.M. de los Ríos, 26.5.2019, <https://elpitazo.net/salud/murio-cuarto-nino-que-requeria-trasplante-medular-en-el-j-m-de-los-rios>.

den festgesetzt, einigen wichtigen politischen Parteien wurde die Teilnahme verweigert und eine externe Wahlbeobachtung und -beurteilung durch Vertreter internationaler Organisationen fand nicht statt.

Nachdem im Mai 2018 nur zwei wenig repräsentative Oppositionskandidaten angetreten und mehr als 60 Prozent der Wahlberechtigten den Urnen ferngeblieben waren, erklärte der Nationale Wahlrat Nicolás Maduro zum Sieger. In vielen Ländern der Region wurden die Wahlergebnisse ungeduldig erwartet. Der entscheidende Tag war der 10. Januar 2019, der Tag, an dem das Ende der Amtszeit von Nicolás Maduro vorgesehen war. Als dieser die Petitionen von Dutzenden Staaten, die ihn aufgefordert hatten, keine weitere Amtszeit anzutreten, ignorierte und erneut die Macht ergriff, führte dies dazu, dass diese Länder ihn nicht (mehr) als Präsidenten anerkannten und er fortan als Usurpator bezeichnet wurde.

In der Folge kam es zu Protesten in verschiedenen venezolanischen Städten, insbesondere in den Armenvierteln, wo die Menschen am meisten unter den Folgen seiner Wirtschaftspolitik zu leiden haben. Nacht für Nacht kam es in jenen ersten Januartagen zu immer größeren Demonstrationen der Opposition. Maduro schickte daraufhin die Fuerzas de Acciones Especiales (FAES) in die Viertel, eine schnelle Einsatztruppe der Nationalpolizei, deren Mitglieder in schwarzer Kleidung, maskiert und mit Gewehren bewaffnet daherkommen und auf dem Ärmel ein Totenkopfsymbol tragen. Systematisch unterdrückte die FAES Proteste, indem sie die Viertel übernahm, in denen die Demonstrationen geplant worden waren und mithilfe von Verteilungslisten des staatlichen Lebensmittelprogramms jene Anwohner, die an den Protesten teilgenommen hatten, in ihren Wohnungen suchten. Es gab mehrere Tote, einige Menschen verschwanden spurlos.⁰⁹

Unterdessen wählte die Nationalversammlung den Abgeordneten Juan Guaidó als ihren Präsidenten für die 2019 beginnende Legislaturperiode. Angesichts des Machtvakuum, das durch das Fehlen eines Staatspräsidenten entstanden war, erklärte dieser sich zum Interimspräsidenten, bis wieder die Bedingungen hergestellt seien, um neue Wahlen zu organisieren. Dabei unterstützte ihn die Mehrheit der europäischen und amerikanischen Staaten. Am 23. Januar 2019 rief Guaidó

die Bürgerinnen und Bürger auf, in ganz Venezuela zu demonstrieren, um Maduro so unter Druck zu setzen, dass er seine Usurpation beendete. Die Menschen folgten dem Aufruf und strömten in die Straßen, die FAES übernahmen gemeinsam mit Bewaffneten in Zivilkleidung und verummten Motorradfahrern in der nun einsetzenden neuen Unterdrückungswelle die Hauptrolle.

Während Guaidó inmitten einer Massendemonstration und ohne Zwischenfälle in Caracas seinen Amtseid als Interimspräsident ablegte, erlebten die Menschen im Zentrum von San Cristóbal im Bundesstaat Táchira erneut grauenhafte Dinge: Der imposante Oppositionsmarsch, der den Bolívar-Platz erreicht hatte, löste sich unter den Schüssen von Bewaffneten in Zivilkleidung und Mitgliedern der FAES auf. Alle rannten und suchten Deckung. In kürzester Zeit wurden Dutzende Verletzte in das Zentralkrankenhaus der Stadt gebracht – allesamt von Kugeln getroffen. Es gingen Gerüchte um, zwei von ihnen seien gestorben.

Lorena Evelyn Arraíz, Journalistin mit mehr als einem Jahrzehnt Erfahrung als Hochschullehrerin an der Universidad de Los Andes, kam in einem Chat unter Journalisten an die Namen der Verstorbenen. Nachdem sie Nachrichten von besorgten Studierenden erhalten und den Namen eines der beiden Verstorbenen korrigiert hatte, musste sie feststellen, dass der andere, Luigi Guerrero, 24, ihr Student gewesen war. Als er starb, befand er sich in der letzten Woche seines Studiums. Angesichts der für ihn unerträglichen Situation im Land hatte er überlegt, mit seiner Mutter und seiner Großmutter nach Kolumbien zu gehen. Er hatte den beiden sogar vorgeschlagen, zuerst dorthin zu gehen, doch die Mutter wollte lieber warten, bis er seinen Abschluss hatte, um dann gemeinsam auszuwandern.¹⁰

Samuel Enrique Méndez hingegen hatte gar nicht daran gedacht, das Land zu verlassen, obwohl sein Vater, der in Peru lebte, ihn immer wieder darum gebeten hatte. Doch eine Entscheidung wurde den beiden aus der Hand genommen. Samuel lebte in der Stadt La Victoria, 90 Kilometer von Caracas entfernt. Auch dort folgten die Menschen am 30. April dem Aufruf von Guaidó, auf die Straße zu gehen, um einen gerade stattfindenden Militäraufstand zu unterstützen. Es entstand eine Menschenmenge, die Flaggen trug, piff und auf Töpfe

⁰⁹ Vgl. Génesis Carrera Soto, *The War That Wouldn't Let Me Get Home*, 6.5.2019, www.lavidadenos.com/the-war-that-wouldnt-let-me-get-home.

¹⁰ Vgl. Lorena Evelyn Arraíz, *No pueden seguir matándonos*, 4.2.2019, www.lavidadenos.com/no-pueden-seguir-matandolos.

schlug, um den Aufstand zu unterstützen. Immer mehr Tränengas lag in der Luft. Die Repression unter dem Kommando zivil gekleideter Bewaffneter verwandelte den Protestmarsch in einen Höllentrip. Die Zivilen schossen nicht nur, sondern ergriffen und verprügelten jeden jungen Menschen, den sie nur zu fassen bekamen – unter den Augen der Polizei, die sich zurückzog und sie gewähren ließ.

Einer von jenen, die diesen Gruppen nicht entkamen, war Samuel. Sie prügelten gnadenlos auf ihn ein und brachten ihn dann in das Wohngebiet Ciudad Socialista La Mora. Zwei Stunden, nachdem sie ihn entführt hatten, übergaben sie ihn seinen Freunden, durchgeprügelt und blutüberströmt, ohne Hemd und ohne Schuhe. Aus nächster Nähe hatten sie ihm in die Brust geschossen und so seine Wirbelsäule zerstört. Seine Freunde riefen einen Rettungswagen, doch sie warteten vergebens auf ihn. Als sie Samuel selbst ins Krankenhaus gebracht hatten, war er schon tot.¹¹

WARTEN AUF DAS 21. JAHRHUNDERT

Das Land und die staatlichen Dienste befinden sich mitten in einer humanitären Krise. Ende 2018 erreichte die Inflation 1 700 000 Prozent. 2019 wird die Zahl der Auswanderer auf vier Millionen steigen. Trotz alledem klammert sich Maduro an seine Macht. In diesem Jahr hat die Unterdrückung der Proteste bereits 50 Menschen das Leben gekostet. Inmitten dieses andauernden Belagerungszustandes kam es im März 2019 zu zwei landesweiten Stromausfällen, die zeigten, dass fehlende Investitionen, enorme Korruption und Vernachlässigung zum Kollaps der Infrastruktur geführt haben. Da die Krankenhäuser keine Notstromaggregate haben, sterben bei jedem Stromausfall Patienten, die gerade eine Dialyse oder künstliche Beatmung erhalten oder deren Operation plötzlich unterbrochen werden muss.¹²

In Venezuela gehen unweigerlich die Lichter aus. Dies ist kein metaphorisch gemeinter Satz, das können die Menschen in Mene Grande be-

zeugen, einem Ort im Bundesstaat Zulia, der besonders unter der mangelnden Stromversorgung leidet. Im Juli 1914 hatte dort die venezolanische Erdölförderung ihren Anfang genommen.

Luz Marina Pavón kann etliche Nachbarn nennen, die in den letzten Monaten aus ihrer Straße weggezogen sind. Mene Grande ist ein Dorf, das sich langsam entvölkert. Nach den zwei Stromausfällen, die weite Teile Venezuelas fünf Tage lang ins Dunkel getaucht haben, ist die Versorgung vielerorts nicht mehr so verlässlich wie vorher. In einigen Orten nimmt der Notstand extreme Ausmaße an. Luz Marina gibt an, sie habe bis zu 14 Tage Stromausfall ertragen müssen, und das bei Temperaturen von mehr als 30 Grad. Nur der jüngste ihrer fünf Söhne wohnt noch bei ihr. Die anderen vier leben verstreut in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá und bitten ihre Mutter unablässig, diesen dem Untergang geweihten Ort zu verlassen, an dem einst die Zukunft Venezuelas beginnen sollte.¹³

Außerhalb von Caracas ist den Menschen vielerorts nichts anderes übriggeblieben, als sich zurück ins 19. Jahrhundert zu begeben. So gingen die erwähnten Stromausfälle im März an den Bewohnern von Chacopata, einem Dorf im östlichen Bundesstaat Sucre, völlig vorbei. Sie konnten sie gar nicht bemerken, weil sie selbst bereits seit 50 Tagen keine Elektrizität mehr hatten.

Das ist Venezuela im Jahr 2019. Millionen Menschen überleben irgendwie das Desaster, versuchen sich an hunderten Formen des Widerstandes, müssen aber auch geliebte Menschen beerdigen oder in die Emigration verabschieden. Im Ausland versuchen Millionen, sich eine neue Existenz aufzubauen und den Daheimgebliebenen zu helfen. Sie alle sehnen den Augenblick herbei, in dem Venezuela endlich das 21. Jahrhundert erreicht.

Übersetzung aus dem Spanischen: Jan Fredriksson, Herzberg am Harz.

HÉCTOR TORRES

ist 1968 in Venezuela geboren und Mitherausgeber von „La vida de nos“, Erzähler, Literaturagent und Redakteur sowie Buchautor. lavidadenos@gmail.com

ALBOR RODRÍGUEZ.

ist 1970 in Venezuela geboren und Mitherausgeberin von „La vida de nos“, Journalistin und Redakteurin sowie Hochschullehrerin und Buchautorin. lavidadenos@gmail.com

¹¹ Vgl. Alfredo Morales, Todos lograron huir menos Samuel, 18.6.2019, www.lavidadenos.com/todos-lograron-huir-menos-samuel-

¹² Vgl. Médicos por la Salud confirma 21 fallecidos por apagón, 11.3.2019, <https://elpitazo.net/salud/medicos-por-la-salud-confirma-21-fallecidos-por-apagon>.

¹³ Vgl. Jhoandry Suárez, How Did We Get To This?, 16.6.2019, www.lavidadenos.com/how-did-we-get-to-this.

MACHTKAMPF UM VENEZUELA. ZWEI PERSPEKTIVEN

Versagen der Diplomatie

Toni Keppeler

Es gibt viele faktische Staatshäupter auf der Welt, deren demokratische Legitimierung man anzweifeln kann. Man braucht gar nicht Kim Jong-un in Nordkorea erwähnen oder jeden beliebigen Prinzen oder Scheich von der arabischen Halbinsel. In Lateinamerika kann man an Juan Orlando Hernández denken, der sich mit einem windigen Urteil ihm höriger Richter als Präsident von Honduras wiederwählen ließ. Oder an Jair Bolsonaro in Brasilien, vor dessen Wahl der Favorit Luiz Inácio Lula da Silva von einem Untersuchungsrichter mit unsauberen Tricks ins Gefängnis geworfen wurde, um dafür dann mit dem Amt des Justizministers belohnt zu werden. Mit all diesen faktischen Staatshäuptern redet man – nur mit Nicolás Maduro nicht.

Sicher, Maduros Wiederwahl zum Präsidenten von Venezuela am 20. Mai 2018 war zweifelhaft. Ein Teil der Opposition boykottierte den Urnengang, etliche vielleicht mit Chancen versehene Politiker saßen in Haft oder waren im Exil. Es gab Druck auf die Wähler, vor allem auf solche im Staatsdienst. Und es gibt seit dem 23. Januar 2019 mit Juan Guaidó einen Mann, der von sich behauptet, der rechtmäßige Präsident von Venezuela zu sein. Das ist nicht neu in Lateinamerika: Auch der heutige, demokratisch gewählte mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador hat sich 2006 nach einer knappen Niederlage in einer unsauberen Wahl öffentlich zum „rechtmäßigen Präsidenten“ seines Landes vereidigen lassen. Mexikanische und internationale Kommentatoren nannten ihn damals einen schlechten Verlierer. Guaidó aber, der sich bei einer Oppositionskundgebung selbst vereidigte, hatte kaum seinen Schwur beendet, da kam schon aus Washington per Twitter seine Anerkennung durch US-Präsident Donald Trump. Die rechten und

ultrarechten Präsidenten Lateinamerikas folgten ihm auf dem Fuß: Kolumbiens Iván Duque etwa oder Brasiliens Jair Bolsonaro. Dass sich ein paar Tage später auch die meisten Länder der Europäischen Union – darunter Deutschland – und so insgesamt rund 50 Länder hinter Trump aufreihen, war mindestens ein grober diplomatischer Fehler.

Ein Blick in die Verfassung Venezuelas hätte genügt, um Zweifel an der juristischen Grundlage der Selbsternennung anzumelden. Guaidó berief sich auf den Artikel 233 der Verfassung. Für den Fall, dass ein gewählter Präsident sein Amt nicht antritt, sieht dieser Artikel vor, dass der Parlamentspräsident für bis zu 30 Tage dessen Amt übernehme, einzig mit dem Ziel, Neuwahlen zu veranstalten. Als Gründe für den Nichtantritt eines gewählten Präsidenten werden dessen Tod, sein Amtsverzicht, seine Absetzung durch den obersten Gerichtshof oder eine dauerhafte schwere Erkrankung genannt. Nichts von all dem war gegeben. Maduro war am 10. Januar 2019 für eine weitere Amtszeit vereidigt worden.

Natürlich sehen die Partei von Guaidó und andere kleine politisch rechte Parteien das ganz anders. Sie erkennen die Wahl Maduros nicht an. Folglich gab es für sie seit dem 10. Januar keinen Präsidenten mehr, der am 5. Januar zum Parlamentspräsidenten gewählte Guaidó konnte nach dieser Lesart einspringen. Dieser Fall jedoch ist in der Verfassung genauso wenig vorgesehen wie die Ernennung von Ministern und Botschaftern, wie sie der Selbsternannte eifrig praktiziert. Laut Verfassung bleiben die alten Funktionsträger bis nach einer Neuwahl im Amt. Guaidó aber hat bislang noch nicht einmal den Versuch unternommen, so einen Urnengang zu organisieren. Die 30-Tage-Frist des Artikels 233 ist längst abgelaufen, er aber geriert sich weiterhin als „rechtmäßiger Präsident“.

Dass ausgerechnet Juan Guaidó diese Rolle übernommen hat, erschien zunächst wie ein purer Zufall. Der heute 36-Jährige war zuvor ein reichlich erfolgloser Jungpolitiker und auch in

Venezuela weitgehend unbekannt. Er ist in einer Familie der gehobenen Mittelschicht an der karibischen Küste aufgewachsen und hat in Caracas Ingenieurwissenschaften studiert. Danach besuchte er eine private Managerschule und absolvierte in einem Fernkurs an der Universität von Washington einen Studiengang in öffentlicher Verwaltung und Politmanagement. Schon als Student hat er gegen den damaligen linken Präsidenten Hugo Chávez demonstriert. 2009 gehörte er zu den Gründern der neoliberalen rechten Elite-Partei Voluntad Popular (VP). Bei der Wahl 2010 wollte er Parlamentsabgeordneter werden, scheiterte aber. Die VP bekam damals gerade einmal 0,37 Prozent der Stimmen. 2012 bewarb er sich um den Gouverneursposten im Bundesstaat Vargas, schied aber bereits in den Vorwahlen aus. 2015 wurde er dann mit der Unterstützung des Oppositionsbündnisses Mesa de la Unidad Democrática (MUD) ins Parlament gewählt und fristete dort ein Leben als Hinterbänkler – bis zum 5. Januar 2019.

Dass er an jenem Tag zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde, verdankt er einer internen Abmachung der MUD-Koalition. Danach soll dieser Posten im Jahresrhythmus unter den beteiligten Parteien rotieren. Voluntad Popular war an der Reihe, und weil deren Chef Leopoldo López unter Hausarrest stand, wählte man eben Guaidó.

Dieser gilt als politischer Ziehsohn von López und war lange so etwas wie dessen Privatsekretär. López war nach gewaltsamen Demonstrationen gegen Präsident Maduro 2015 wegen Anstachelung zu Gewalt zu fast 14 Jahren Haft verurteilt worden, die er ab August 2017 im Hausarrest absaß. Seine öffentliche Rolle übernahm seine Ehefrau Lilian Tintori – bis sich Guaidó am 23. Januar zum Präsidenten erklärte.

VP zählt zusammen mit noch kleineren rechten Parteien zur Minderheit in der Opposition gegen Maduro. Lange Zeit gaben dort Gemäßigtere den Ton an, vor allem die Partei Primero Justicia von Henry Capriles. Der hatte oppositionelle Gruppen immer wieder überredet, an Wahlen teilzunehmen. Nachdem er als Präsidentschaftskandidat 2012 gegen Chávez deutlich und 2013 gegen Maduro nur knapp unterlegen war, bekamen die Radikalen die Oberhand.

Die Stärke der VP liegt vor allem in den USA. Die Partei ist mit dort lebenden rechten Exilvenezolanern vernetzt, die schon unter

dem Sozialisten Chávez das Land verlassen haben. Die Partei hat beste Kontakte zum Weißen Haus: Tintori wurde genauso von Trump empfangen wie Fabiana Rosales, die Ehefrau von Guaidó. Auch sie ist seit ihren Tagen als Journalismus-Studentin bei VP aktiv, vor allem als Propagandistin. Zu den Förderern der Partei in der US-Administration gehören Außenminister Mike Pompeo, Sicherheitsberater John Bolton und Elliott Abrams, der Sondergesandte Trumps für Venezuela, der in den 1980er Jahren an der illegalen Finanzierung der antisandinistischen Contra in Nicaragua – dem sogenannten Iran-Contra-Skandal – beteiligt war. Die drei haben dabei geholfen, Guaidó und die sich als First Lady gebende Rosales aufzubauen. Das Paar ist von einem Beraterstab umgeben, der bis hin zur Kleidung alles bestimmt – inklusive öffentlicher Auftritte mit der zweijährigen Tochter als Rührfaktor.

Es ist inzwischen bekannt, dass in den Tagen nach der Wahl des neuen Parlamentspräsidenten stundenlange Telefonate zwischen Washington und der Zentrale von VP geführt wurden. Der Startschuss zur Selbsternennung von Guaidó wurde denn auch in Washington gegeben: Am 22. Januar veröffentlichte US-Vizepräsident Mike Pence auf verschiedenen Internetplattformen ein Video, in dem er Maduro einen „Diktator ohne Legitimität“ nannte, das Parlament als „letztes Refugium der Demokratie in Venezuela“ pries und der Opposition Unterstützung zusicherte. Mit diesem Rückenwind rief Guaidó zu einer Kundgebung am folgenden Tag auf, um dann vor der Menschenmenge die Hand zum Schwur zu heben.

Dass er zuvor ein unbekannter Hinterbänkler war, half ihm in dieser Stunde. Die immer selben Politiker der Opposition hatten in den vergangenen Jahren immer wieder zu Massendemonstrationen bis zum Sturz von Maduro aufgerufen. Die Mobilisierung hatte sich immer wieder totgelaufen oder war in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit militanten Maduro-Anhängern und Sicherheitskräften erstickt worden. Und immer wieder hatten sich die immer selben Politiker untereinander zerstritten, weil es unter ihnen mehr als nur einen gibt, der gerne Präsident von Venezuela wäre. Um noch einmal die Massen auf die Straßen zu bringen, war ein neues, ein frisches und unverbrauchtes Gesicht nötig, und das war das von Juan Guaidó.

Er wusste von Anfang an, dass seine Mobilisierungskraft kaum ausreichen würde, um Maduro zu stürzen. „Es ist ausschlaggebend für einen Regierungswechsel, dass das Militär Maduro die Unterstützung entzieht“, schrieb er schon am 30. Januar 2019 in einem Gastbeitrag in der „New York Times“. Am 23. Februar hat er vergeblich versucht, die Uniformierten auf seine Seite zu ziehen. Es war jener Tag des absurden Theaters an der Westgrenze Venezuelas, nahe der kolumbianischen Stadt Cúcuta. Die US-Regierung hatte Hilfsgüter dorthin fliegen lassen, Guaidó wollte sie im Triumphzug über die Grenze bringen. Doch Maduro ließ die Grenzbrücke mit Containern abriegeln und dahinter Soldaten aufmarschieren. Das Internationale Rote Kreuz hatte schon vorher davor gewarnt, Hilfslieferungen in einem politischen Machtkampf zu instrumentalisieren – und dann später mit Maduro ein Abkommen über die Lieferung von Medikamenten abgeschlossen. Das Kalkül von Guaidó aber war ein anderes. Er wollte mit dem moralischen Argument der „humanitären Hilfe“ die Armee auf seine Seite ziehen. Ein paar Dutzend Fußsoldaten haben sich damals auch nach Kolumbien abgesetzt. Mehr aber ist nicht passiert.

Sicher – der venezolanischen Bevölkerung geht es schlecht. Nicht so schlecht wie der von Haiti oder Guatemala, wo allerdings niemand von einer „humanitären Katastrophe“ spricht. Aber sehr viel schlechter als in den guten Jahren. Nach Angaben der Zentralbank ist das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2013 und 2018 um 48 Prozent gesunken, bezahlbare Lebensmittel sind knapp, das Gesundheitssystem ist so gut wie zusammengebrochen und immer wieder fällt im ganzen Land der Strom aus. Seit 2013 haben vier Millionen Venezolaner das Land verlassen – mehr als zehn Prozent der Bevölkerung. Die Menschenrechtslage ist katastrophal; die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet sprach Anfang Juli von mehreren Tausend außergerichtlichen Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte und Maduro-treue paramilitärische Gruppen sowie von mehreren Hundert politischen Gefangenen. Es gebe Berichte über systematische Folter. Trotzdem oder gerade deshalb stehen die Sicherheitskräfte – von bislang wenigen Ausnahmen abgesehen – zu Maduro. Da nutzen alle Sanktionen der USA gegen die Ölindustrie, Politiker und Generäle genauso wenig wie unverhohlene Drohungen einer US-Militärinter-

vention, wie sie Trump und Guaidó wiederholt geäußert haben. Sie verlängern und vertiefen nur das Leid der Bevölkerung.

Der zweite Versuch der Opposition, die Armee auf ihre Seite zu ziehen, war noch theatralischer als der erste. Am frühen Morgen des 30. April 2019 posierte Guaidó zusammen mit dem aus dem Hausarrest befreiten López und zwei Dutzend Soldaten vor der Luftwaffenbasis La Carlota im Osten von Caracas, live übertragen auf Internetplattformen. Er suggerierte damit, die Armee stehe hinter ihm, und rief die Bevölkerung auf die Straße. In Washington behaupteten Pompeo und Bolton, Verteidigungsminister Vladimir Padrino und mit ihm der Chef des obersten Gerichtshofs und der Kommandant der Präsidentengarde hätten die Seiten gewechselt, auf dem Flughafen in der Küstenebene warte ein Flugzeug, das Maduro nach Kuba bringen solle. Der Schwindel flog schnell auf. Nach einer guten Stunde wandten sich die von Guaidó mitgebrachten Soldaten – Mitglieder der Nationalgarde, die eigentlich das Parlament bewachen sollten – exilsuchend an lateinamerikanische Botschaften. López floh in die Botschaft von Spanien.

Dass schon vor diesem Spektakel monatelange Geheimgespräche zwischen Teilen der Regierung und der Opposition unter der Vermittlung Norwegens stattgefunden haben, ist erst später bekannt geworden. Außer diesem Land war kaum mehr ein anderes übrig geblieben, das diese Rolle hätte übernehmen können; allenfalls Mexiko oder Uruguay. Die meisten Länder der EU hatten sich durch ihren Schulterschluss mit Trump längst in diplomatische Abseits gestellt. Sie rudern nun langsam zurück und unterstützen die Oslo-Verhandlungen, genauso wie die in der Lima-Gruppe zusammengeschlossenen lateinamerikanischen Staaten plus Kanada, die ebenfalls vorschnell Guaidó anerkannt hatten. Mehr als eine Zuschauerrolle werden sie bei einer möglichen Lösung des Konflikts kaum haben.

Zwar fanden schon ein paar Gesprächsrunden statt, zunächst in Oslo, dann auf Barbados. Optimismus aber wäre verfrüht. Es gab schon in früheren Jahren Dialogversuche, die allesamt schnell wieder abgebrochen wurden. Vielleicht zwingt nun die aussichtslose Lage – Guaidó ist mit seiner Strategie gescheitert und Maduros Regierung wird von US-Sanktionen mehr und mehr erwürgt – beide Seiten zu mehr Geduld und Kompromissbereitschaft. Wie auch immer eine Lö-

sung aussehen könnte, klar ist, dass sie auf freie, faire und international überwachte Neuwahlen hinauslaufen muss.

Aber selbst unterstellt, dass sich Regierung und Opposition einigen können – das allein garantiert keinen Erfolg, weil entscheidende am Konflikt Beteiligte gar nicht mit am Verhandlungstisch sitzen: weder die US-Administration, noch die venezolanische Armee. Beide können die Gespräche zum Scheitern bringen. Die Armee wird nur eine Lösung akzeptieren, die ihr institutionelle Garantien gibt und eine Hexenjagd ausschließt. Und ohne die schrittweise Aufhebung der US-Sanktionen schon im Vorfeld einer möglichen Wahl wird es kein Entgegenkommen der Regierung geben. Dass Trump nach verschiedenen Berichten langsam das Interesse an Venezuela verliere und anscheinend unzufrieden mit seinen Beratern sei, die ihm einen schnellen Regimewechsel in Caracas in Aussicht gestellt hatten, mag ein bisschen Hoffnung nähren. Verlass ist darauf nicht.

TONI KEPPELER

ist Journalist und schreibt seit mehr als 30 Jahren über Lateinamerika. Mit einer Kollegin betreibt er das Journalismus-Büro Latinomedia.
tkeppeler@latinomedia.de

Keine einfachen Lösungen

Ivo Hernández

Seit Januar 2019 hat Venezuela nicht nur zwei Regierungen, sondern auch zwei Verwaltungen, die sich im Konflikt befinden und inmitten multipler Krisen in fast entgegengesetzte Richtungen operieren. Auf der einen Seite steht die Verwaltung von Nicolás Maduro, Nachfolger von Hugo Chávez und ehemaliger Präsident von 2013 bis 2019, der am 20. Mai 2018 versucht hatte, sich durch Wahlen erneut zu legitimieren. Diese wurden von einem großen Teil der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der EU und einer Reihe von lateinamerikanischen Regierungen, die in der Lima-Gruppe und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zusammengefasst sind, als unglaublich bezeichnet und abgelehnt. Maduros nationale und internationale Anhänger widersprechen dieser Bewertung und erklären trotz der Vorwürfe der Wahlmanipulation, dass Maduro gemäß der venezolanischen Verfassung wiedergewählt worden wäre.

Auf der anderen Seite steht die Opposition, die sich auf Artikel 233 der venezolanischen Verfassung beruft. Dieser sieht vor, bei „absolute[r] Abwesenheit des Präsidenten“ diesen durch den Vorsitzenden der Nationalversammlung zu ersetzen, um die Exekutive zu besetzen und Neuwahlen zu organisieren. Die Opposition gewann bei den Parlamentswahlen Ende 2015 fast zwei Drittel der Sitze in der Nationalversammlung und stellt seitdem in dieser Institution die Mehrheit. Aufgrund der etablierten Rotation zwischen den Parteien der Nationalversammlung übernahm Juan Guaidó von der Voluntad Popular (VP) ab dem 5. Januar 2019 den Vorsitz in dieser Versammlung, die unter Anwendung von Gewalt durch Angehörige des Maduro-Regimes mehrmals daran gehindert wurde, sich im Parlamentsgebäude zu treffen. Daher kündigte Guaidó am 23. Januar, an dem alljährlich der Sturz des Diktators Marcos Pérez Jiménez gefeiert wird, an, das Amt des verantwortlichen Präsidenten zu übernehmen. Hierbei verkündete er drei Ziele für seine Interimspräsidentschaft: *erstens* die Beendigung der „Usurpation“ durch das Maduro-Regime, *zweitens* die Bestätigung einer Übergangsrege-

lung und *drittens* die anschließende Ausrichtung von freien Wahlen.

Ein weiterer Faktor, der die Krisensituation erheblich verschärft, ist die Präsenz von Gruppen, die mit der regionalen und weltweiten organisierten Kriminalität verbunden sind und die sowohl von der Verwaltung unter Chávez als auch unter Maduro gefördert wurden. Maduro wurde von der US-Regierung mit dem internationalen Drogenhandel in Verbindung gebracht, wobei mehrere seiner Kabinettsminister und weitere wichtige Personen sanktioniert wurden. Zudem wurden zwei Neffen des Präsidentenpaares in den USA vor Gericht gestellt und inhaftiert. Die israelische Regierung hat auch die aktive Präsenz von Hisbollah-Zellen in mehreren Regionen des Landes angeprangert, die die Finanzierung dieser Organisationen unterstützen sollen. Es scheint sogar möglich, dass Tarek el Aissami, ehemaliger Gouverneur von Aragua, und Nasr al Din, Diplomat des Maduro-Regimes, von der Weltgerichtsbarkeit gesuchten Terroristen Pässe und venezolanische Ausweispapiere gegeben haben, damit sie leichter reisen können. Ebenso sind kubanische Geheimdienstberater innerhalb der venezolanischen Streitkräfte aktiv. Aufgrund eines uralten Bündnisses kontrollieren kubanische Beamte Teile der Verwaltung des Landes sowie die Notare. Zudem üben kolumbianische Nargocuerilla-Gruppen wie die sogenannte Ejército de Liberación Nacional (ELN) die Kontrolle in mehreren Regionen des Landes aus, in denen der Staat praktisch nicht präsent ist. Die Summe dieser Faktoren macht die aktuelle venezolanische Situation zu einem Problem mit regionalen und weltweiten Auswirkungen. Der Staat unter dem Maduro-Regime ist gescheitert. Er beherbergt kriminelle Gruppen und hat weder die Kontrolle über das Territorium noch ein Gewaltmonopol. Aber auch die zweite Verwaltung unter Guaidó verfügt derzeit nicht über die Mittel, um eine verfassungsgemäße Ordnung durchzusetzen.

MULTIPLE KRISEN

Venezuela als Petrostaat mit einer mehrheitlich jungen und produktiven Bevölkerung wurde in der näheren Vergangenheit weder Opfer von Kriegen noch von Naturkatastrophen. Die ve-

nezolanische Krise ist daher vor allem eine politische. Nicht zu unterschätzen ist dabei, dass alle Staatsorgane – mit Ausnahme der Nationalversammlung – durch die Exekutive kontrolliert werden, sodass seit 2015 in Venezuela keine Gewaltenteilung mehr existiert. Im Gegensatz zu anderen politischen Krisen von ähnlichem Ausmaß in der Welt ist die venezolanische Krise allmählich chronisch geworden. Regime, Opposition und Gesellschaft befinden sich in einer seltsamen Pattsituation. Es hat kritische Momente gegeben, aber es ist im Laufe der Jahre nie zu einer Entscheidung gekommen. Dies liegt zum Teil an der Medienpolitik des Regimes. Der Staat hat private Fernsehsender, Dutzende von Radiosendern, Zeitungen und digitale Medien geschlossen oder gekauft. Staatliche Medien verzerrten und verzerren weiterhin die Darstellung aktueller Geschehnisse zugunsten von Chávez beziehungsweise Maduro. Informationen über die Krise erhält die Bevölkerung also bestenfalls einseitig.

Die Wirtschaftspolitik unter Chávez beziehungsweise Maduro hat zu einer Zerstörung des venezolanischen Produktionssektors und der Ölindustrie geführt, was Venezuela abhängig von Importen machte und anfällig für Korruption. Die Einnahmen, die in Zeiten des Ölbooms oder durch eine beispiellose Verschuldung des öffentlichen Sektors gewonnen wurden, wurden zum Teil dazu verwendet, private Unternehmen zu enteignen, die anschließend in Konkurs gingen oder schwere wirtschaftliche Verluste einfuhren. Venezuela ist ein exemplarischer Fall für das Scheitern großer Verstaatlichungen. Insbesondere infolge dieser Maßnahmen und des Einkommensverlustes in der Ölindustrie ist die Inflation auf ein beispielloses Niveau gestiegen.

Unter dem Maduro-Regime wurden Umweltgesetze gelockert, die bestehenden werden weitgehend ignoriert. Diese staatliche Vernachlässigung des Umweltschutzes hat weitreichende Folgen. Als Beispiel ist die staatliche Initiative hervorzuheben, den Rückgang der Öleinnahmen durch Einnahmen aus dem Bergbau in der sogenannten Nationalen Strategischen Entwicklungszone Arco Minero del Orinoco zu kompensieren. Diese Zone liegt am Südufer des Orinoco, einem Gebiet mit einer breiten Präsenz indigener Gruppen und einer großen ökologischen Biodiversität. Die Auswirkungen der

intensiven, aber unkontrollierten Nutzung des Gebietes werden verschwiegen.

Die Finanzkrise, der Zusammenbruch der nationalen Industrie sowie der Rückgang der Ölproduktion haben Venezuela zudem zu einem Land mit einer Hafenvirtschaft gemacht, das heißt, es ist absolut abhängig von Importen für grundlegende Konsumgüter wie Lebensmittel und Medikamente. Seit 2007 veröffentlichte das Regime unter Chávez beziehungsweise Maduro keine glaubwürdigen offiziellen Zahlen mehr. Studien venezolanischer Universitäten gehen von einer Armutsquote von 87 Prozent für 2017 aus, einem Gewichtsverlust von durchschnittlich 11 Kilogramm bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung, einer um 30 Prozent erhöhten Müttersterblichkeit und der Entschulung von mehr als einer Million Kindern. In Venezuela sind infolge des Mangels an wichtigen Medikamenten längst verschwundene Infektionskrankheiten wie Malaria, Masern, Tuberkulose und andere wieder aufgetreten.

Als Folge entstand die nach Angaben der OAS größte Migrationskrise in der Geschichte der westlichen Hemisphäre. Insgesamt wird nach Berichten der Vereinten Nationen, der OAS und einiger NGOs eine Migrationsbewegung von etwa 13 Prozent der Bevölkerung geschätzt, Tendenz steigend. Dies führt zu enormen Spannungen mit den Nachbarländern, denn während die ersten Migrationswellen in die USA und nach Europa führten, wanderten die Menschen zuletzt nach Kolumbien, Peru, Brasilien, Chile und Argentinien aus. Kolumbien, das bereits mehr als eineinhalb Millionen Venezolaner aufgenommen hat, benannte die Kosten der Migration zuletzt in Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts.

UND DIE DIPLOMATIE?

Das Regime unter Maduro und zuvor Chávez suchte Allianzen mit nicht-traditionellen Akteuren, also außerhalb Europas und Nordamerikas, zu bisher unbekanntem Vertragsbedingungen. Wenn es jemals so etwas wie „bolivarische Diplomatie“ gegeben hat, dann bestand diese in einer diplomatischen Konfrontation mit den USA, der Trennung Venezuelas von einigen internationalen Abkommen, in Allianzen mit undemokratischen Staaten und Gruppierungen und der Konsolidierung einer Achse zur wirtschaftlichen Unterstützung des kubanischen

Regimes. Um diese Ziele zu erreichen, hat das Land Abkommen mit Russland, dem Iran, der Türkei, China, Kuba und Belarus geschlossen. Von dieser Gruppe waren China und Russland die beiden Finanziere, die andere Akteure verdrängten.

Die Guaidó-Regierung, die einen großen Teil der venezolanischen Opposition umfasst, hat diplomatische Vertreter in mehreren der über 50 Länder ernannt, die es öffentlich anerkannt haben. Unter Guaidó gibt es bis jetzt kein außenpolitisches Programm, das über die Wiederaufnahme traditioneller Allianzen mit europäischen und nordamerikanischen Partnern und die Priorisierung demokratischer Länder hinausgeht. Die Sanktionen gegen das Maduro-Regime sowohl aus den Vereinigten Staaten als auch aus der Europäischen Union sowie die konsolidierte Unterstützung der Lima-Gruppe, der OAS und einiger karibischer Nationen haben Guaidó international gestärkt.

Was hilft nun, die Krise zu lösen? Ein Weg, der von der EU unterstützt wird, ist auf die Ausrichtung freier Wahlen ausgerichtet, was durch das Wahlsystem und die Einmischung Kubas in die Erfassung und Auszählung von Stimmen kompliziert wird. Eine weitere Option ist der Versuch, mittels Sanktionen die Kosten zur Aufrechterhaltung des Maduro-Regimes zu erhöhen und das Maduro-Regime irgendwann zur Aufgabe zu zwingen. Einfache Lösungen sind nicht in Sicht.

IVO HERNÁNDEZ

ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

ivo.hernandez@uni-muenster.de

AUßENPOLITIK UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN VENEZUELAS

Nikolaus Werz

In der Berichterstattung zum Machtkampf zwischen der chavistischen Regierung Nicolás Maduro und der Opposition um den selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó und Leopoldo López, prominentes Gesicht der Proteste 2014 und Gründer der Partei Voluntad Popular, erscheint Venezuela als Spielball fremder Mächte und Objekt eines neuen Kalten Krieges. Dadurch gerät in den Hintergrund, dass das Land nach seiner frühen formalen politischen Unabhängigkeit von Spanien im 19. Jahrhundert durchaus eine eigene außenpolitische Rolle gespielt hat. Aus der Protagonistenrolle Simón Bolívars in der Unabhängigkeitsbewegung begründete sich ein gesamtlateinamerikanisches Anliegen.⁰¹ Es dauerte allerdings bis 1958, also bis zum Übergang von der Diktatur zur präsidentiellen Demokratie, bevor dieser neobolivarische Konsens und idealistische Grundzug venezolanischer Außenpolitik tatsächlich zum Ausdruck kam. Insbesondere durch steigende Ölpreise eröffneten sich internationale Handlungsspielräume.⁰²

VOM DEMOKRATIEEXPORT ZUM „SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS“

Nach dem Sturz des Generals Marcos Pérez Jiménez Anfang 1958 setzte sich der demokratisch gewählte Rómulo Betancourt in seiner Präsidentschaft von 1959 bis 1964 zum Ziel, die Demokratie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern zu stärken. Die später als „Betancourt-Doktrin“ bezeichnete Konzeption umfasste den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Staaten, in denen nicht gewählte Präsidenten an die Macht gelangten. Betancourt galt vielen als demokratischer Revolutionär, in der Bundesrepublik Deutschland wurde ihm unter anderem die Titelgeschichte im Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom 17. Dezember 1958 gewidmet. Sein Demokratieexport richtete sich nicht zuletzt gegen Fidel Castro, den Betancourt und seine Partei, die Acción Democrática (AD), zunächst un-

terstützt hatten, von dem sie sich aber bald abwandten: Im November 1961 kam es zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Kuba, sie wurden erst Mitte der 1970er Jahre wieder aufgenommen.

An der Gründung der Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC) war Venezuela beteiligt, die zweite Konferenz der OPEC fand 1961 in Caracas statt. Auf der Nord-Süd-Konferenz in Paris 1975/76 amtierte der Venezolaner Manuel Pérez Guerrero, daheim „Vater der OPEC“ genannt, als Co-Präsident. 1976 startete die Sozialistische Internationale mit der Konferenz von Caracas den Versuch, sich nach Lateinamerika und in die sogenannte Dritte Welt auszudehnen; die Organisation Amerikanischer Christdemokraten hatte lange Zeit ihren Sitz in der venezolanischen Hauptstadt. In den 1970er Jahren, als in den meisten südamerikanischen Ländern Diktatoren herrschten, wurde Venezuela zu einem wichtigen Aufnahmeland von Politikern und Schriftstellerinnen wie Isabel Allende aus Chile. Die bis 1998 wechselnden Regierungen zwischen der sozialdemokratisch ausgerichteten AD und dem christlich-sozial orientierten Comité de Organización Política Electoral Independiente präsentierten sich als gemäßigte Fürsprecherinnen von Dritte-Welt-Positionen und unterhielten zugleich gute Beziehungen zu den USA und dem Nachbarland Kolumbien.

Hugo Chávez Amtsantritt 1999 markierte einen Bruch mit der vorherigen Außenpolitik. Er entfaltete eine fiebrige Reisetätigkeit in Länder der südlichen Hemisphäre, kritisch vermerkt wurden zudem sein überraschender Besuch im Irak bei Saddam Hussein Mitte 2000 und die schnelle Annäherung an Kuba. Mit dem Inselstaat wurde 2000 ein Rahmenvertrag geschlossen, wonach Venezuela täglich 30 000 Barrel Erdöl lieferte – tatsächlich waren es bis zu 100 000.⁰³ Mit der Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América entstand bis 2004 ein anti-nordamerikanischer Zusammenschluss, der als Gegenpol zu dem vom damaligen US-Präsident George W. Bush

propagierten Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone gedacht war. Chávez sprach von einer „Demokratie der Völker“ und ab 2005 von einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, attraktiv war eine Kooperation vor allem wegen der großzügigen und parlamentarisch unkontrollierten Vergabepolitik seiner Regierung. Seit dem Amtsantritt von Chávez stiegen die Öleinnahmen kontinuierlich an, es waren mit nahezu 700 Milliarden US-Dollar bis 2008 die höchsten Einnahmen der venezolanischen Geschichte. Sowohl die US-Investitionen als auch die Importe aus den USA gingen zurück, dagegen blieben die von Venezolanern in den USA deponierten oder investierten Gelder mit 150 Milliarden US-Dollar hoch.⁰⁴

Die venezolanische Hilfe an andere lateinamerikanische Länder – zwischen 1999 und 2006 sollen es zwischen 16 und 25 Milliarden US-Dollar gewesen sein⁰⁵ – floss in Wahlkampffinanzierung und an nicht gewählte soziale Bewegungen. Sie bestand teilweise aus politischer Patronage. Selbst zurückhaltende Schätzungen gehen davon aus, dass diese Unterstützung für andere Nationen in der Region weit über der der US Agency for International Development und der Weltbank lag.⁰⁶ Fast die Hälfte der neueren venezolanischen Ölexporte basiert zudem auf nicht marktwirtschaftlichen Abmachungen, zum Beispiel in Form einer Rückzahlung durch die Arbeitsleistung von Kubanern in Venezuela.

NEUE VERBÜNDETE, NEUE GEGNER?

Chávez präsentierte sich als *Enfant terrible* des internationalen Parketts und Alleinunterhalter

01 Siehe auch den Beitrag von Stefan Rinke in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

02 Vgl. dazu und im Folgenden Nikolaus Werz, Die Außenpolitik. Vom Demokratieexport zur „Diplomatie der Völker“, in: ders./Andreas Boeckh/Friedrich Welsch (Hrsg.), *Venezuela heute*, Frankfurt/M. 2011, S. 367–393.

03 Vgl. Klaus Ehringfeld, *Venezuela dreht Kuba den Ölhahn zu*, 9.4.2015, www.fr.de/politik/venezuela-dreht-kuba-oelhahn-11051644.html.

04 Vgl. Carlos A. Romero/Javier Corrales, *Relations between the United States and Venezuela, 2001–2009*, in: Jorge I. Domínguez/Rafael Fernández de Castro (Hrsg.), *Contemporary U.S.-Latin American Relations*, New York 2010, S. 218–246, hier S. 230, S. 234.

05 Vgl. Russell C. Crandall, *The United States and Latin America after the Cold War*, Cambridge 2008, S. 122.

06 Vgl. Sean Goforth, *Axis of Unity. Venezuela, Iran & the Threat to America*, Dulles 2012, S. 144.

mit hoher medialer Wirkung, bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung 2006 bezeichnete er George W. Bush als „Teufel“. Gerne stellte er sein bolivarianisches Modell dem US-amerikanischen gegenüber, bevorzugt wurden Beziehungen zu international umstrittenen Ländern gepflegt. So besuchte er seit seinem Amtsantritt neunmal den Iran und unterstützte die Atompolitik des Staates. Chávez veränderte die Außenpolitik grundlegend. Bemerkenswert war dabei seine völlige Überschätzung der eigenen Fähigkeiten.⁰⁷ Die Folgen seiner Außenpolitik lassen sich mit Blick auf das transnationale Verhältnis zu denjenigen Staaten nachzeichnen, die historisch gewachsene Beziehungen zu Venezuela aufweisen, aber ebenso anhand derer, die neue Partner der chavistischen Regierung(en) geworden sind.

USA

Von John Maisto, dem US-Botschafter in Caracas von 1997 bis 2000, stammt der Satz, man solle Chávez nicht nach dem beurteilen, was er sage, sondern anhand seiner Taten. Er dachte dabei wohl an die zuverlässigen Öllieferungen in die USA. Diese sogenannte Maisto-Doktrin empfahl also einen gelassenen Umgang mit dem „Kommandanten“.

Dieser Interpretation standen andere Positionen gegenüber, beispielsweise die Luis Fleischmans, Sozialwissenschaftler und langjähriger Projektmitarbeiter am Center for Security Policy: Es sei ein Fehler gewesen, Chávez zu unterschätzen. Dieser habe im eigenen Land mit den Milizen parallele Streitkräfte aufgebaut, darüber hinaus mit finanziellen Mitteln eine kontinentale Expansion seiner Revolution angestrebt. Aufgrund der Kooperation mit Drogenkartellen drohe eine „Afghanisierung der Region“. Chávez, so Fleischman weiter, habe ein Interesse an *failed states* gehabt, da er auf dieser Grundlage dann den Übergang zu dem von ihm propagierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ einleiten wollte. Er habe die Beziehungen mit arabischen Staaten und Geheimdiensten ausgebaut, was unter anderem in einem ab 2005 wöchentlichen Linienflug nach Damaskus zum Ausdruck gekommen sei, der nach einiger Zeit eingestellt wurde. Befürchtungen von US-Autoren bezogen sich auch auf eventuelle Folgen durch die großzügige Vergabe von venezolanischen Pässen an Migranten aus dem Nahen

07 Vgl. Carlos A. Romero, *Jugando con el globo. La política exterior de Hugo Chávez*, Barcelona 2006.

und Mittleren Osten mit vermeintlich zweifelhaften Absichten im Rahmen der *misión identidad*.⁰⁸

Statt Chávez ernst zu nehmen, habe man ihn als eine Art Clown betrachtet. So konnte es ihm gelingen, eine Allianz gegen die USA zu schmieden, die am deutlichsten 2005 beim Amerika-Gipfel im argentinischen Mar del Plata zum Ausdruck kam. Dort erlebten die Pläne von US-Präsident Bush für eine Freihandelszone eine empfindliche Niederlage, während Chávez ein publikumswirksamer Auftritt gelang. Lediglich hinsichtlich der venezolanischen Rüstungsimporte übten US-Regierungen erfolgreich Druck auf Israel, Spanien und Brasilien aus, was die Hinwendung der venezolanischen Streitkräfte zu russischen Anbietern gefördert haben könnte. In den USA erfolgte indessen eine Reaktion auf die bolivarianische Politik, denn mit dem Ausbau der Fracking-Industrie gelang es, von Ölimporten unabhängig zu werden.

Unter US-Präsident Donald Trump setzte speziell ab 2018 eine Verschärfung des Tons in der Lateinamerikapolitik ein. Kuba, Nicaragua und Venezuela gelten nun als „Troika der Tyrannei“ und „Dreieck des Terrors“. Trump erkannte als erster Regierungschef den Übergangspräsidenten Guaidó an und empfing seine Frau Fabiana Rosales Guerrero im Weißen Haus. Nach Medienberichten sollen Trump und US-Außenminister Michael Pompeo indessen ernüchtert sein über die mangelnden Erfolge von Guaidó, während der seit 2018 amtierende nationale Sicherheitsberater John R. Bolton und auch der republikanische Senator Marco Rubio aus Florida weiterhin als Hardliner gelten.⁰⁹ Venezuela ist inzwischen für die US-Administration ein Thema unter anderen. Entgegen einzelnen Äußerungen von Bolton erscheint eine militärische Intervention als wenig wahrscheinlich. Ein weiterer wirtschaftlicher Niedergang Venezuelas gilt als Voraussetzung für den angestrebten *regime change*. Für konservative Kreise in den USA bie-

tet die Maduro-Regierung zudem eine Gelegenheit, um darauf zu verweisen, dass der Sozialismus nicht funktioniert.

Kuba

Kuba hat seit der Revolution 1959 eine internationale Bedeutung erlangt, die weit über die Größe des Inselstaats hinausgeht. In den 1960er und 1970er Jahren förderte Castro Guerillagruppen in mehreren südamerikanischen Ländern, unter anderem in Venezuela, wo sich kurzzeitig auch Régis Debray befand, damals französischer Revolutionär und Weggefährte Ernesto „Che“ Guevaras.¹⁰ Mittlerweile geht es der kubanischen Regierung längst nicht mehr um Revolutionsexport, sondern um den eigenen Machterhalt in einer angesichts des durch die Trump-Regierung verschärften Boykotts wirtschaftlich extrem schwierigen Lage.

Nach dem Amtsantritt von Chávez wurden die Beziehungen zu Kuba intensiviert. Ökonomisch besteht bis heute eine Abhängigkeit Kubas von Venezuela, politisch ist es eher umgekehrt.¹¹ Venezuela übernahm unter anderem die Militärdoktrin eines langen „Volkskrieges“ als Widerstand gegen eine etwaige US-Invasion. In Venezuela sollen sich noch 20000 Kubaner aufhalten. Wie viele von ihnen Lehrer, Ärzte, Krankenschwestern, Sporttrainer oder aber Militärs sind, ist unbekannt. Schätzungen gehen davon aus, dass es zeitweise schon bis zu 40000 Personen waren. Kubaner sollen die Katasterämter geführt und die Einreise ins Land kontrolliert haben. Ebenso wird angenommen, dass sie den Sicherheitsapparat um Chávez bildeten, und dies auch seinem Nachfolger Nicolás Maduro der Fall ist.¹²

Während es bei Diosdado Cabello, einem der Teilnehmer an dem ersten Putschversuch von Chávez und seit Längerem der zweite Mann des venezolanischen Regimes, Gerüchte gab, er und Teile der Streitkräfte hegten insgeheim Reserven gegenüber dem Castro-Regime, ist Maduro aus kubanischer Sicht der beste Mann für ihre Inte-

08 Vgl. Luis Fleischman, *Latin America in the Post-Chávez Era. The Security Threat to the United States*, Dulles 2013; Douglas Schoen/Michael Rowan, *The Threat Closer to Home. Hugo Chávez and the War against America*, New York 2009, S. 121–125. Vgl. kritisch zum Center for Security Policy Alexandra Homolar-Riechmann, *Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung. Zu den Vorstellungen neokonservativer Think Tanks*, in: APuZ 46/2003, S. 33–40, hier S. 34.

09 Vgl. Exklusivo: Pence cruzó reproches con Guaidó en la cumbre de Bogotá, 27.2.2019, www.lapoliticaonline.com/nota/117905-exclusivo-pence-cruzo-reproches-con-guaido-en-la-cumbre-de-bogota.

10 Vgl. Régis Debray, *Der Einzelgänger. Ein autobiographischer Roman*, Hamburg 1979. Zur Guerilla in Venezuela vgl. Nikolaus Werz, *Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela*, München u. a. 1983, S. 206 ff.

11 Vgl. Ted Piccone/Harold A. Trinkunas, *The Cuba-Venezuela Alliance: The Beginning of the End?*, Brookings Institution, *Latin America Initiative Foreign Policy Brief*, Juni 2014.

12 Vgl. *Publican supuesta ubicación de escoltas cubanos en Venezuela*, 19.8.2019, www.periodicocubano.com/publican-supuesta-ubicacion-de-escoltas-cubanos-en-venezuela.

ressen. Als Mitglied der Liga Socialista kam er 1986 als Stipendiat auf die Insel, seitdem hält er sich häufig dort auf. Adán Chávez, der ältere Bruder des 2013 verstorbenen Präsidenten, ist derzeit wieder venezolanischer Botschafter in Havanna, was die engen Beziehungen der kubanischen Führung zur Familie des Verstorbenen unterstreicht.

Kolumbien

Derzeit bildet Kolumbien das wichtigste Auffangland für emigrierende Venezolaner. Während des Ölbooms in den 1960er und 1970er Jahren wanderten dagegen rund vier Millionen Kolumbianer nach Venezuela ein. Zu den engen kulturellen kamen gute wirtschaftliche Beziehungen, denn bis zur Wirtschaftskrise 2013/14 profitierte Kolumbien von Exporten zu den neureichen Nachbarn. Nichtsdestotrotz war die Lage zwischen den beiden von Bolívar in die Unabhängigkeit geführten Staaten in den vergangenen 20 Jahren häufig durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen gekennzeichnet. Von den konservativen Regierungen Kolumbiens wird den chavistischen Vertretern vorgeworfen, dass sie die nach wie vor aktive Guerillagruppe Ejército de Liberación Nacional unterstützen würden, die sogar ihr Hauptquartier auf venezolanischem Territorium habe. Im Gegenzug hätten kampferfahrene Guerilleros Mitglieder venezolanischer Milizen ausgebildet. Nicht zuletzt die hohe Anzahl von US-Dollars in der venezolanischen Gesellschaft deutet zudem darauf hin, dass kolumbianische Guerillagruppen Venezuela als Durchgangsland zur Ausfuhr von Drogen nutzten.

Daher hat die amtierende kolumbianische Regierung Interesse an einem Regimewechsel im Nachbarland. Das Anfang 2019 gegründete Foro para el Progreso de América del Sur, dem als treibende Kräfte Kolumbien, Chile und Brasilien angehören, erkennt die Maduro-Regierung nicht an. Im Unterschied zur Union Südamerikanischer Nationen, die zwischen 2004 und 2011 vor allem von den damaligen linksnationalistischen Präsidenten gefördert wurde, gehören ihr weitgehend konservativ-liberale Regierungen an; Bolivien und Uruguay haben bisher nur als Beobachter teilgenommen.

Russland

Chávez besuchte 2001 erstmals Russland. Ihn und den russischen Präsidenten Wladimir Putin verband die Ablehnung einer von den USA beherrschten, unipolaren Welt. Das Land wird seitdem vom venezolanischen Regime als Partner im

selbstproklamierten antiimperialistischen Kampf angesehen, auch wenn Russland sich selbst keine antiimperialistische Identität zugeschrieben hat. Seit 2005 wurden Rüstungsverträge abgeschlossen, darüber hinaus begann eine Zusammenarbeit im Energiesektor. Der russische Staat und Energiekonzerne wie Rosneft sollen in den vergangenen zwölf Jahren mehr als 17 Milliarden US-Dollar in Form von Krediten und Investitionen nach Venezuela gegeben haben. Damit entwickelte sich das Ölland zum wichtigsten russischen Partner in Südamerika.¹³

Während die NATO sich der Ukraine annäherte, forcierte Russland geopolitische Aktivitäten in Lateinamerika. 2008 fanden gemeinsame Militärmanöver in venezolanischen Gewässern statt. 2009 gehörte Venezuela zu den wenigen Staaten, die sich im Sezessionskonflikt um die georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien der russischen Entscheidung anschlossen und die Unabhängigkeit anerkannten. Zwischen 2012 und 2017 stammten 69 Prozent der venezolanischen Waffenimporte aus Russland.¹⁴ 2017 stimmte Russland einer Refinanzierung der Schulden zu und verschob den Beginn von Rückzahlungen in das Jahr 2023. 2019 wurden Militärberater nach Venezuela entsandt,¹⁵ von denen die meisten aber nach russischen Angaben zur Jahresmitte wieder zurückkehrten. Enge Beziehungen zu einzelnen Ländern der westlichen Hemisphäre – wie Kuba, Nicaragua und Venezuela – eröffnen für Russland Möglichkeiten, einen eigenen Großmachtstatus zu postulieren.

China

China folgt im Falle Venezuelas seinem vergleichsweise wenig ausgebauten politischen Profil in Lateinamerika, baut zugleich aber die wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen aus. In dem Maße, wie venezolanische oder nordamerikanische Firmen das Land verließen, erfolgten dort chinesische Investitionen. Das Interesse konzentrierte sich vor allem auf die Energieversorgung. Bis zu 20 Prozent der chinesischen Ölimporte sollten zeitweise von dort gekommen sein,

¹³ Vgl. Alexandra Sitenko, *Die Transatlantischen Beziehungen zwischen Venezuela und Russland*, Berlin 2013, S. 54, S. 70; Julia Gurganus, *Russia: Playing a Geopolitical Game in Latin America*, Mai 2018, https://carnegieendowment.org/files/Gurganus_Russia_Latin_America_Geopolitical_Game_May_2018_FINAL.PDF.

¹⁴ Vgl. Gurganus (Anm. 13), S. 16.

¹⁵ Vgl. Frank Aischmann, *Kräfte messen um Venezuela*, 3.5.2019, www.tagesschau.de/ausland/venezuela-907.html.

was Venezuela – neben Mexiko, Brasilien und Argentinien – für China zu einem strategischen Partner macht.¹⁶ Über das Ausmaß der tatsächlichen Beziehungen und den Inhalt der vielen Verträge liegen unterschiedliche und insgesamt ungenaue Informationen vor. Da die chavistischen Regierungen Schulden angehäuft haben, ist China vor allem daran interessiert, dass irgendwann Rückzahlungen erfolgen. Die chinesische Präsenz im Lande wurde in jüngster Zeit auf das notwendige Maß reduziert, um die bestehenden Ansprüche aufrechtzuerhalten.

Spanien

Wegen der historisch gewachsenen Beziehungen, unter anderem zu den Kanarischen Inseln, sowie der hohen Zahl von venezolanischen Immigranten, spielt der venezolanische Konflikt in Spanien eine innenpolitische Rolle. In Spanien leben sowohl venezolanische Exilpolitiker und Familienmitglieder Oppositioneller als auch Familienmitglieder amtierender Minister der Maduro-Regierung. Im spanischen Wahlkampf 2019 warf die konservativ-liberale Opposition der Regierung der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) vor, Maduro zu wohlwollend gegenüberzustehen. Möglicherweise hat diese Vorwahlsituation auch dazu beigetragen, dass der spanische Regierungschef Pedro Sánchez auf eine schnelle Anerkennung von Guaidó drängte, zumal dessen Partei Voluntad Popular ebenso wie Sánchez' PSOE der Sozialistischen Internationalen angehört.

AUSBLICK

Entgegen den hochtrabenden Ankündigungen von Chávez und Maduro hat sich die außenpolitische Bedeutung Venezuelas reduziert. Vom Befürworter und großzügigen Financier einer lateinamerikanischen Einheit ist das Land zum Bittsteller in Russland und China geworden, wo amtierende Politiker einen Schuldenaufschub zu erreichen versuchen. Die vorherigen Verbündeten USA und Kolumbien wurden zu Gegnern. In verschiedenen internationalen Organisationen, beispielsweise der Organisation Amerikanischer Staaten, ist Venezuela nicht mehr vertreten. Berichte wie der der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, stellen der Regierungs-

politik mit Blick auf die politischen und sozialen Menschenrechte ein miserables Zeugnis aus.¹⁷

Juan Guaidó hat indessen die im In- und Ausland geweckten Erwartungen nicht einlösen können. In Teilen der internationalen Medien wurde suggeriert, dass schnelle Veränderungen stattfinden würden, wobei unklar bleibt, ob dies aus mangelnder Kenntnis der innervenezolanischen Kräfteverhältnisse geschah, oder ob die ausländischen Beobachter dem vor allem von der US-Regierung favorisierten und der internationalen Presse vermittelten Trend hin zu einem sich abzeichnenden Regimewechsel folgten. So dominierte die Ansicht, dass es nur der Neuwahlen und eines Wechsels an der Regierung bedürfe, um eine neue Phase einzuleiten. Dabei wurde verkannt, dass Maduros Regierungspartei bei freien und fairen Wahlen mit einem moderaten Kandidaten ein gutes Ergebnis erzielen könnte und damit weiter am politischen Geschehen beteiligt wäre. Nach wie vor halten sich zudem Projektionen, wonach der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ vor allem Opfer einer gegenrevolutionären Offensive der USA und ihrer Verbündeten geworden sei. Dies vertritt die venezolanische Regierung, aber auch die russische Regierung und ein Teil der südlichen Länder. Für die russische Regierung ist der Bestand des amtierenden Regimes wichtig, um – wie im Falle Syriens – zu zeigen, dass ihre Verbündeten sich halten können.

International stellt Venezuela mit einer amtierenden Regierung um Präsident Maduro und einem von über 50 Staaten anerkannten Interimspräsidenten Guaidó eine so noch nicht dagewesene Situation dar. Den Gegnern Maduros ist es gelungen, eine im Lande seit 2002 vorhandene Pattsituation mit einer von persönlichen Differenzen geprägten Opposition auf der einen und einem zunehmend autoritär agierenden Regime auf der anderen Seite auf die internationale Ebene zu verlagern. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass sich durch die massive Emigration die Zahl der Teilnehmer an den großen und seit Langem andauernden Demonstrationen reduziert hat.

Über vier Millionen Venezolaner haben das Land schon verlassen, nach Schätzungen könnte die Zahl in den kommenden Jahren auf acht Mil-

¹⁶ Vgl. R. Evan Ellis, *China in Latin America*, London 2009, S. 112, S. 121.

¹⁷ Vgl. United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights, *Human Rights in the Bolivarian Republic of Venezuela*. Advance Unedited Version, 5.7.2019, www.ohchr.org/EN/Countries/LACRegion/Pages/VEReportsOHCHR.aspx.

tionen anwachsen.¹⁸ Die Migrationsfrage ist der Hauptgrund für das gemeinsame Handeln der lateinamerikanischen Regierungen und ihrer Zusammenarbeit mit den USA, Kanada sowie verschiedenen europäischen Ländern. So gründete sich 2017 in der peruanischen Hauptstadt die Lima-Gruppe als ein multilaterales Bündnis, das die Wiederwahl von Maduro 2018 nicht anerkannte und eine Wiederherstellung der Demokratie anstrebt. Die 14 lateinamerikanischen Mitglieder – 15. Mitglied ist Kanada – sind nicht immer einer Meinung, vor allem Mexiko vertritt häufig eine eigene Position. Neben den Migrationsbewegungen, die mittlerweile ein innenpolitisches Thema in mehreren Staaten darstellen, dürfte die Tatsache, dass derzeit konservativ-liberale Regierungen in der Region dominieren, ein weiterer Grund für die Existenz dieses lockeren Zusammenschlusses sein. Paradoxerweise stabilisiert die massive Migration aber das venezolanische Regime: Teile der Opposition wandern aus, gleichzeitig tragen die Rücküberweisungen zugunsten der verbliebenen Familienmitglieder zur Linderung der sozialen Lage bei. Wie hoch der Schaden durch die Abwanderung von Humankapital ausfällt, lässt sich noch gar nicht abschätzen.

Venezuela scheint sich zu einem Fall zu entwickeln, bei dem die Internationalisierung eines Konfliktes und das Auftreten weiterer Akteure nicht zu einer Lösung, sondern zunächst zu weiteren Komplikationen beitragen.¹⁹ Allerdings entsteht durch den seit 2019 von den USA betriebenen Boykott ein zusätzlicher Handlungsdruck, denn nur wenige Länder lassen sich noch auf Geschäfte mit der staatlichen venezolanischen Ölfirma ein. Seit Anfang 2019 sanken die Ölexporte um 40 Prozent. Mitte Mai 2019 reisten Vertreter der venezolanischen Opposition zu Verhandlungen mit Vertretern der Maduro-Regierung nach Norwegen. Norwegen schien als Vermittler ge-

eignet, da es bereits bei den Friedensverhandlungen mit Kolumbien eine wichtige Rolle spielte und Guaidó nicht als Übergangspräsidenten anerkannte. Ende Juni wurden die Gespräche auf Barbados fortgesetzt. Die Handlungsmöglichkeiten der lateinamerikanischen Länder, die sich in der Lima-Gruppe zusammengeschlossen haben, sehen sich nicht nur durch potenzielle Differenzen begrenzt, sondern auch durch die nachlassenden ökonomischen Möglichkeiten. Ein weiterer schwer einschätzbarer Faktor bleibt die organisierte Kriminalität im Drogen- und Rohstoffsektor Venezuelas, die an einem Fortbestand staatsfreier Räume und damit an der jetzigen Lage interessiert ist. Hinzu kommt, dass die Hinterlassenschaften der Krise tiefgreifend sind: In wirtschaftlicher Hinsicht muss Venezuela als eine Post-Konflikt-Gesellschaft eingeschätzt werden; die anstehenden Aufbauarbeiten sind enorm, zumal die Erwartungshaltung der Bevölkerung in einem Ölland hoch ist.²⁰

Zwischen Regime und Opposition hat sich Mitte 2019 ein „Gleichgewicht der Schwäche“ etabliert.²¹ Auch ein miserabel funktionierendes Ölland verfügt noch über Ressourcen, hinzu treten die Erwartungen und Begehrlichkeiten alter und neuer Freunde. So verdichten sich mehrere Krisensymptome: *erstens* die Entwicklungsprobleme eines vermeintlich reichen Landes, die Chávez mit Rezepten aus dem Jahrhundert der Unabhängigkeitsbewegung und einem rhetorischen Antimperialismus zu lösen versuchte; *zweitens* der Mangel an Demokratie, die von 1958 bis 1998 trotz sozialer Ungleichheit im Rahmen einer repräsentativen Verfassung funktionierte; und *drittens* die Herausforderungen einer multipolaren Welt, die die bolivarianischen Regierungen ab 1999 mitgestalten wollten, in der sie aber immer weiter von externen Kräften und einem Neoextraktivismus abhängig wurden. Bei den laufenden Verhandlungen könnte sich die ab 1958 erkennbare Tendenz zu politischen Pakten als landesspezifischer Vorzug erweisen. Bei einem nicht tragfähigen Kompromiss würden die vorhandenen Entwicklungsprobleme allerdings in veränderter Form weiterbestehen.

NIKOLAUS WERZ

ist Politikwissenschaftler und emeritierter Professor für Vergleichende Regierungslehre der Universität Rostock.

nikolaus.werz@uni-rostock.de

¹⁸ Siehe auch den Beitrag von Claudia Vargas Ribas in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

¹⁹ Vgl. Mónica Hirst et al., Venezuela. Towards a Peaceful Political Solution, Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Lateinamerika und Karibik, Mai 2019, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/15568.pdf>.

²⁰ Vgl. Oliver Stuenkel, Even after Maduro's Departure, the Odds Will Be against Venezuela, 7.5.2019, www.americasquarterly.org/content/even-after-maduros-departure-odds-are-against-venezuela.

²¹ Alexander Busch et al., Venezuela – ein Land, zwei Regierungen, 14.3.2019, www.handelsblatt.com/24102580.html?ticket=ST-1647151-Hz3jEYvNmRVnRXFCMOnv-ap1.

Lateinamerika 2019



AUSWANDERUNGSLAND VENEZUELA

Claudia Vargas Ribas

Venezuela wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts von einem Einwanderungs- zu einem Auswanderungsland. Zu dieser Entwicklung kam es wegen sich verschlechternder Lebensbedingungen im Inland mit der Folge, dass so viele in prekären Lebenslagen befindliche Menschen auswanderten wie aus keinem anderen lateinamerikanischen Land. Es gibt unterschiedliche Faktoren, die die Migrationsprozesse in verschiedenen Staaten oder Regionen beeinflussen, im Inneren die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation sowie die natürlichen Gegebenheiten; äußere Faktoren sind unter anderem die Dynamik der Globalisierung sowie die Chancen, die diese den Menschen bietet. Der Fall Venezuela zeigt, wie diese Faktoren sich unmittelbar auf die Entwicklung der Migrationsprozesse auswirken. Die derzeitige Verschlechterung der Lage im Land hat nicht nur zur Auswanderung von Fachkräften und jungen Menschen sowie zur Rückkehr von Einwanderern in die alte Heimat geführt. Seit 2014 migrieren noch ganz andere Bevölkerungsteile, um ihre Grundbedürfnisse – insbesondere Ernährung und Gesundheitsversorgung – zu stillen. Das hat Folgen im Landesinneren und in ganz Lateinamerika, insbesondere in den angrenzenden Staaten.

VOM EINWANDERUNGS- ZUM AUSWANDERUNGSLAND

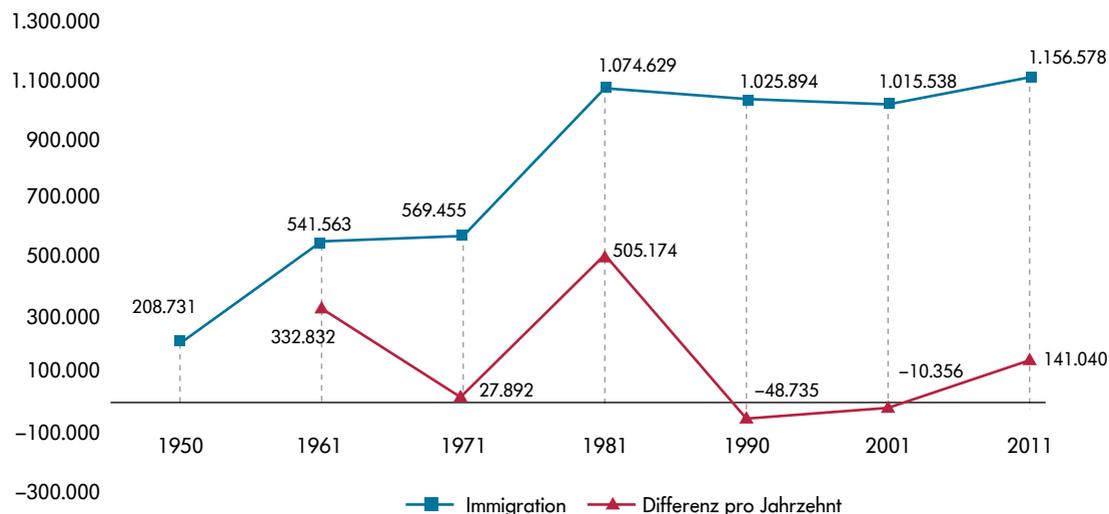
Das Jahr 1983 wird als Wendepunkt im venezolanischen Migrationsprozess betrachtet, da die Regierung Luis Herrera Campins (1979–1984) als Reaktion auf jahrzehntelange Verschuldung und Korruption sowie den Rückgang der Ölpreise auf dem Weltmarkt eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen traf, zu denen auch die Kontrolle der Wechselkurse und die Abwertung der nationalen Währung zählte. Dadurch wurde es schwieriger, Verpflichtungen einzuhalten und beispielsweise die Auslandsschulden zu bedienen, was wiederum die Kaufkraft und damit die Lebensqualität der Bevölkerung in Mitleidenschaft zog und für die Menschen in Venezuela das Ende einer Epoche ölfinan-

zierten Wohlstands bedeutete. Dieser harte Schnitt wird als „Schwarzer Freitag“ (*viernes negro*) bezeichnet. Einheimische wie Ausländer waren von den Folgen betroffen – wobei unter den Migranten vor allem jene zu leiden hatten, die auf der Suche nach einem besseren Leben gekommen waren. Der venezolanische Auswanderungssaldo drehte sich ins Negative, was sich – mit Ausnahme einer leichten Zunahme der Immigration zwischen 2001 und 2011 – bis heute kaum mehr geändert hat (*Abbildung*). Es kommen zwar nach wie vor Menschen aus Kolumbien ins Land, insbesondere Flüchtlinge, die dem inneren Konflikt entgehen möchten, aber nicht mehr in der früheren Größenordnung.

Wie andere lateinamerikanische Staaten es schon in der Vergangenheit erlebt hatten, setzte nun auch in Venezuela eine Auswanderung gut ausgebildeter Menschen ein, die angesichts hoher Arbeitslosigkeit, unzureichender Gehälter und sich verschlechternder Lebensbedingungen keine Möglichkeiten sahen, sich im eigenen Land weiterzuentwickeln. Ursachen dieser Situation waren vor allem das Fehlen einer technologischen und wissenschaftlichen Infrastruktur und die erfolgreiche Anwerbung von Fachkräften durch Industriestaaten.⁰¹ Die Auswanderung von Fachkräften war eine Folge der geringen Attraktivität des regionalen Arbeitsmarktes, der die Anforderungen Hochqualifizierter nicht erfüllte und von anachronistischen bürokratischen Strukturen geprägt war. Dieser Verlust an intellektuellem Kapital, insbesondere durch die Auswanderung wissenschaftlichen und technischen Personals in Industrieländer, setzte in den 1980er Jahren ein und hielt bis Ende der 1990er Jahre an. Es war ein immenser Verlust für das Land, dessen wissenschaftliche und industrielle Entwicklung in diversen Bereichen in Gefahr geriet. Der *brain drain* drohte, mittel- und langfristig schwerwiegende Folgen zu haben und zeigte die Handlungsunfähigkeit des Staates angesichts solcher Herausforderungen.

Die zweite Phase der venezolanischen Emigration fing mit der Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten im Jahr 1999 an. Seine Amtszeit en-

Abbildung: Einwanderung nach Venezuela 1950–2011



Quelle: Instituto Nacional de Estadística, XIV Censo Nacional de Población y Vivienda. Resultados Total Nacional de la República Bolivariana de Venezuela, Caracas 2014, www.ine.gov.ve/documentos/Demografia/CensodePoblacionyVivienda/pdf/nacional.pdf, eigene Bearbeitung.

dete mit seinem Tod 2013, doch seine Partei sollte noch bis 2019 weiter regieren. Im Laufe dieser Phase beschlossen immer mehr Menschen, Venezuela kurzfristig zu verlassen, um andernorts ein besseres Leben zu finden. Es waren vor allem Jüngere, die einen (meist universitären) beruflichen Abschluss besaßen, zwischen 25 und 40 Jahre alt waren und aus mittleren oder höheren sozialen Schichten stammten. Darüber hinaus entschieden sich viele Unternehmer, zwischen Venezuela und dem Ausland hin und her zu pendeln, um außerhalb ihres Heimatlandes zu investieren und so ihr Vermögen zu schützen und der wirtschaftlichen Situation im Land zu entfliehen.

Es kam in dieser Phase zu großen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Eine herausragende Rolle spielte die Staatsreform, die mit der neuen Verfassung, die im Dezember 1999 in Kraft trat, vollzogen wurde. Von großer Bedeutung waren auch politische Maßnahmen, die zum Ausbau einer ölfinanzierten Rentenökonomie bei-

trugen, eine stärkere staatliche Kontrolle der Wirtschaft vorsahen und zu einem Rückgang der Produktivität der venezolanischen Volkswirtschaft sowie ihrer Wandlung hin zu einer von stetem Devisenfluss abhängigen Exportwirtschaft führten.

Hinzu kommt ein offizieller Diskurs, in dem sich eine deutliche Abneigung gegenüber der Mittelschicht, Hochqualifizierten und Intellektuellen ausdrückt – also allen, die von der Regierung pauschal als „reich“ bezeichnet werden und angeblich nicht in der Lage sind, die „Realität der Armen“ nachzuempfinden, weshalb sie diskriminiert werden und ihnen die Anerkennung ihrer Verdienste versagt wird. Wegen dieser Lage und der Ungewissheit, wie sich die Situation entwickeln wird, wandern immer mehr Fachkräfte aus. Die Mehrheit beklagt, es sei aufgrund nicht wettbewerbsfähiger Gehälter und fehlender technischer Voraussetzungen nicht möglich, den eigenen Beruf im eigenen Land auszuüben. Diese Tendenz hat sich in verschiedenen Berufszweigen und unter den Jüngeren verstärkt. So sehen Studierende in der Auswanderung eine der wichtigsten Optionen nach ihrem Abschluss.⁰²

01 Vgl. Iván de la Vega, *Mundos en Movimientos. El caso de la movilidad y emigración de los científicos y tecnólogos venezolanos*, Caracas 2005; Ana González/Dimitri Fazito, *Mecanismos de selectividad y destinos principales de emigrantes argentinos y venezolanos: un análisis comparado*, in: *Notas de Población* 2/2017, S. 191–217, www.cepal.org/es/publicaciones/43166-mecanismos-selectividad-destinos-principales-emigrantes-argentinos-venezolanos.

02 Vgl. Iván de la Vega/Claudia Vargas, *La intención de emigración de estudiantes universitarios. Estudio comparado en cuatro universidades venezolanas*, in: *Interciencia* 12/2017, S. 798–804.

Ein besonders geeignetes Beispiel, um diese Situation zu veranschaulichen, ist der Streik in der venezolanischen Ölindustrie, zu dem es 2002 nach einem Aufruf des Vorstandes des staatlichen Ölkonzerns *Petróleos de Venezuela (PDVSA)* kam. Der Streikaufruf war die Reaktion darauf, dass Chávez sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in seiner sonntäglichen TV-Sendung „*Aló Presidente*“ vor laufenden Kameras entlassen hatte. Teile der Zivilgesellschaft, Politiker und die katholische Kirche unterstützten den Streik sowie die damit einhergehenden Demonstrationen, in denen die Unzufriedenheit mit der Situation im Land zum Ausdruck kam. Diese Entwicklung erreichte am 11. und 12. April 2002 ihren Höhepunkt, als Chávez zurücktrat und anschließend wieder die Macht übernahm, wobei er unter anderem von Teilen der Streitkräfte unterstützt wurde. In der Folge kam es zu der unberechtigten Massenentlassung, bei der 18756 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ölindustrie aus politischen Gründen ihre Arbeit verloren. Anschließend ging die Rohölproduktion stark zurück, was auch zu rückläufigen Einnahmen führte.⁰³

Diese Entwicklung beim Ölkonzern PDVSA war für die venezolanische Migration von enormer Bedeutung, da viele dieser Menschen angesichts der politischen Verfolgung und der Verschlechterung ihres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status Venezuela verließen, um im Ausland entweder Asyl zu suchen oder eine neue Arbeit aufzunehmen. Es war ein regelrechter intellektueller Aderlass Venezuelas, und er fand in einem Schlüsselsektor der Volkswirtschaft statt, in dem 62 Prozent des Gesamteinkommens aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erzielt wurden.

Zugleich ging der Ausländeranteil in Venezuela zurück. 2001 hatten noch 4,4 Prozent Ausländer im Land gelebt, 2011 hingegen waren es nur noch 4,2 Prozent. Deshalb ist davon auszugehen, dass diese Menschen in ihre alte Heimat zurückgekehrt oder in andere Länder abgewandert waren.⁰⁴ Es fällt auf, dass die Einwanderung nach Venezu-

ela in jener Phase von anderen Nationalitäten als im 20. Jahrhundert dominiert war: Nach der Jahrtausendwende kamen die Menschen insbesondere aus Kuba, Bolivien und China. Die Einwanderung entwickelte sich also analog zur damaligen Annäherung zwischen Venezuela und diesen Staaten.⁰⁵

Die Einwanderung nach Venezuela insgesamt ist nicht einmal während der schweren weltweiten Finanzkrise 2008 und 2009 gestiegen, obwohl Venezuela seit 2004 einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Die Gründe dafür sind im Land selbst zu suchen: Es kam zu keinen langfristigen Investitionen, und trotz verbesserter wirtschaftlicher Indikatoren wurden strukturelle Probleme nicht angegangen. Damit wurde Venezuela zu einem wenig attraktiven Ziel für ausländische Einwanderer und Investitionen, zumal die Einheimischen selbst in immer größerer Zahl das Land verließen, nach Spanien, Italien, Deutschland, Kanada und in die USA. Einige dieser Staaten warben gezielt ausländische Fachkräfte an und boten ihnen Arbeit oder die Einschreibung in Aufbaustudiengänge an. Es gab auch Auswanderer, die dank ihrer doppelten Staatsangehörigkeit Aufnahme fanden – viele von ihnen waren europäischer und insbesondere spanischer oder italienischer Abstammung.

Eine weitere Gruppe von Venezolanern machte sich in andere Länder der Region auf. Diese Gruppe ist zwar nicht repräsentativ, doch sie war stark von Unternehmern und Personen mit unternehmerischem Profil geprägt. Eines der Ziele war Panama, das während der Regierungszeit von Martín Torrijos (2004–2009) Visaerleichterungen für Investoren im Immobiliensektor, Tourismus und Handel anbot.⁰⁶ Ähnlich verhielt es sich mit Kolumbien, wohin 2003 Mitarbeiterinnen der Ölindustrie ausreisten sowie insbesondere Unternehmer, die sich vorübergehend dort aufhielten oder als Pendler hin- und herreisten, um vor Ort zu investieren und so ihr Vermögen zu sichern. Besondere Anziehungskraft auf Akademiker übte Ecuador durch sein Programm „*Prometeo*“ aus, dessen Ziel es war, Hochqualifizierte ins Land zu holen und das mit der Unterstützung der nationalen Behörde für Bildung,

03 Vgl. Sirius Niebrzydowski/Iván de la Vega, *Venezuela, política y emigración. El caso de la industria petrolera en 2002 y 2003*, in: Iván de la Vega (Hrsg.), *La diáspora del conocimiento. Talento venezolano en el mundo*, Venezuela 2008, S. 101–146.

04 Berechnet wie folgt: Teilung der ausländischen Bevölkerung durch die Gesamtbevölkerung unter Verwendung von Zahlen der jeweils aktuellsten Volkszählung des Instituto Nacional de Estadística. Bevölkerung 2001: 23 232 553; 2011: 28 946 101. Vgl. Instituto Nacional de Estadística, XIV Censo Nacional de Población y

Vivienda. Resultados Total Nacional de la República Bolivariana de Venezuela, Caracas 2014, www.ine.gov.ve/documentos/Demografia/CensodePoblacionyVivienda/pdf/nacional.pdf.

05 Vgl. *Procesamiento de Microdatos Censales. XIV Censo Nacional de Población y Vivienda 2011*, www.redatam.ine.gov.ve/Censo2011/index.html.

06 Vgl. González/Fazito (Anm. 1).

Wissenschaft, Technologie und Information die Einwanderung venezolanischer Hochschullehrkräfte und Forscherinnen ermöglichte.

Von 1999 bis 2014 gingen 4,8 Prozent der Venezolanerinnen und Venezolaner ins Ausland.⁰⁷ Die Mehrheit dieser Menschen war auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen oder floh wegen der Verletzung ihrer Grundrechte. Letzteres gilt insbesondere für jene, die im Ausland politisches Asyl beantragten. So verlor das Land Hochqualifizierte in ihrer produktiven Lebensphase – ein klares Anzeichen für die Verschärfung der venezolanischen Krise.

AUSWANDERUNG IM KONTEXT DER HUMANITÄREN KRISE

In den vorangegangenen Phasen hatten die Auswanderer vor allem eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse angestrebt, waren also im Wesentlichen aus wirtschaftlichen Gründen ausgewandert, um sich beruflich weiterzuentwickeln und eine stabile Existenz aufzubauen. In der heutigen Situation zwingt eine Krise die Menschen auszuwandern, in der die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht mehr in der Lage sieht, ihre Grundbedürfnisse hinsichtlich Ernährung, Gesundheitsversorgung, Wohnen und persönlicher Sicherheit zu erfüllen.⁰⁸ Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) lebten im Juni 2019 rund 4 Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner im Ausland, von denen 3,2 Millionen sich in lateinamerikanischen und karibischen Staaten aufhielten.⁰⁹ Dies ist das Ergebnis einer fortschreitenden Verschlechterung der Verhältnisse, die auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen ist. Diese Entwicklung ist nicht nur durch die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte eine Gefahr für verschiedene Bereiche der Wirtschaft sowie Forschung und

Technologieentwicklung, sondern sie gefährdet auch Leib und Leben der Bürger.

Es handelt sich um eine gemischte Migration, da innerhalb einer Auswanderungswelle sehr verschiedene Menschen das Land verlassen – die Unterschiede liegen beispielsweise in ihrem Alter, ihren Bildungsabschlüssen und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen.¹⁰ In dieser Phase stieg die Anzahl der Asylanträge, verstärkte sich die Auswanderung ärmerer Bevölkerungsteile, nahm die Variabilität der Migrationsrouten zu sowie die Bedeutung diverser Staaten derselben Region als wichtigste Aufnahmeländer, wuchs die Emigration schnell an und sank das Durchschnittsalter der Migranten.¹¹

In den früheren Phasen ging der eigentlichen Auswanderung ein aufwändiger Planungsprozess voraus, in dem mögliche Ziele und dort anzustrebende Aktivitäten ausgewertet wurden. Zu der heutigen Auswanderungswelle gehören Personengruppen, die möglichst rasch das Land verlassen möchten, sowie Menschen aus niedrigeren sozialen Schichten. Der Zeitdruck macht die Migrantinnen und Migranten auch verletzlicher, und sie stehen vor komplexeren Situationen, da durch die entstehenden Kosten und das Fehlen von Alternativen in aller Regel der Landweg gewählt werden muss (Venezuela wird derzeit nur noch von acht Fluggesellschaften angefliegen).¹² Die Emigranten führen nur wenig Geld zum Überleben mit, und einige brechen ohne oder mit unvollständigen Ausweispapieren auf, wodurch sich ihre Gefährdung erhöht, erpresst oder von Banden entführt zu werden, wenn sie versuchen, auf illegal angelegten Pfaden (*trochas*) die Grenze zu überqueren, um unbemerkt von den lokalen Behörden ihre Zielländer zu erreichen. Weitere Gefahren auf diesem Weg sind unter anderem Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Angesichts dieser Bedingungen ist der venezolanischen Auswande-

07 Vgl. Iván de la Vega, Tráfico pesado de venezolanos cualificados hacia múltiples destinos, in: Rubén Darío Peralta/Cristina Lares Vollmer/Francisco Kerdell Vegas (Hrsg.), *Diáspora del talento migración y educación en Venezuela: análisis y propuestas*, Valencia 2014, S. 57–88.

08 Es handelt sich um eine komplexe humanitäre Krise nach den Kriterien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), bei der politische Instabilität, Konflikte und Gewalt, soziale Ungleichheit und verbreitete Armut zusammenwirken, www.fao.org/emergencias/tipos-de-peligros-y-de-emergencias/emergencias-complejas/es.

09 Vgl. Coordination Platform for Refugees and Migrants from Venezuela, 5.7.2019, data2.unhcr.org/en/situations/platform.

10 Eine gemischte Migration nach den Kriterien des UNHCR findet statt, wenn Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt werden möchten und andere Migranten auf denselben Wegen und Routen sowie unter Inanspruchnahme derselben Hilfsmittel beziehungsweise Helfer und aus derselben Gefährdungslage heraus ihr Heimatland verlassen.

11 Vgl. Claudia Vargas, La migración venezolana como dimensión de la crisis, in: *Pensamiento Propio* 47/2018, S. 91–128, www.cries.org/wp-content/uploads/2018/09/009-Vargas.pdf.

12 Die acht ausländischen Fluggesellschaften, die Venezuela noch anfliegen, 29.6.2019, www.reportur.com/aerolineas/2019/04/02/lista-las-8-aerolineas-extranjeras-aun-vuelan-venezuela.

rung in den vergangenen Jahren eine größere internationale Aufmerksamkeit zuteil geworden.

Die Hauptgründe für diese Auswanderungswelle liegen in der prekären wirtschaftlichen Situation, der unsicheren Ernährungslage und dem eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Zu den wichtigsten Indikatoren dieser Situation zählt die Abhängigkeit der Exportwirtschaft von den Einnahmen der Erdölindustrie. Das Land ist nicht in der Lage, Produkte der Grundversorgung zu importieren, wodurch Medikamente und Lebensmittel knapp und unerschwinglich geworden sind. Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen sind derzeit 3,7 Millionen Menschen unterernährt, und sie leben in wachsender Abhängigkeit vom Staat sowie dessen Kontrolle durch Instrumente wie das *carnet de la patria* (eine Art paralleler Personalausweis, an dessen Besitz bestimmte Vergünstigungen geknüpft sind), wie die Organisation Amerikanischer Staaten in ihrem jüngsten Bericht kritisch feststellt.¹³

Hinzu kommt das Leben in einer feindlichen Umgebung, geprägt durch staatliche Gewalt und Verfolgung. 2018 wurden in Venezuela 23 047 Tötungsdelikte gezählt, deren Opfer vor allem zur Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren gehörten. Es kam im Laufe des ersten Halbjahres 2019 zu insgesamt 9715 Protestaktionen, bei denen es vor allem um den Zusammenbruch elementarer Dienstleistungen, die daraus resultierende Verschlechterung der Lebensqualität der Bürger sowie die Situation der 614 politischen Gefangenen und die Verfolgung von Strafverteidigern und Journalistinnen ging.

Diese Situation führt zu einer unfreiwilligen Auswanderung aus Venezuela, da Menschen das Land verlassen müssen, weil ihr Leben bedroht wird.¹⁴ Das erklärt den schnellen Anstieg der Emigration von 606 281 Personen auf 4 054 870 Personen von Ende 2017 bis Juni 2019 sowie die gestiegene Zahl der Asylanträge, die 2015 bei 10 200 lag und Ende 2018 bereits bei 464 229.¹⁵

13 Vgl. Bericht der Organisation Amerikanischer Staaten zur venezolanischen Krise und Migration, 28. 6. 2019, reliefweb.int/report/colombia/informe-del-grupo-de-trabajo-de-la-oea-para-abordar-la-tesis-de-migrantes-y.

14 Vgl. Glossar zur Migration, 14. 3. 2015, publications.iom.int/system/files/pdf/iml_7_sp.pdf.

15 Vgl. Situation in Venezuela, 20. 7. 2019, <https://www.acnur.org/situacion-en-venezuela.html>.

Die Notwendigkeit, immer schneller auszuwandern, führt dazu, dass die Menschen sich in nahe gelegene Staaten oder Nachbarländer aufmachen, um dort zu bleiben oder ihren Weg fortzusetzen. Eine herausragende Rolle spielen hier Kolumbien, Peru, Chile, Ecuador, Brasilien und Argentinien. Die Auswanderer haben eine ganze Reihe von Gründen, diese Ziele zu wählen: geografische und kulturelle Nähe; die Möglichkeit, auf dem Landweg dorthin zu gelangen; Familienzusammenführung; doppelte Staatsbürgerschaft aufgrund der Abstammung von Einwanderern aus einem dieser Länder; Chancen, auch ohne Visum rasch eine Aufenthalts-, Studien- und Arbeitsgenehmigung zu erhalten.

REGIONALE ANSÄTZE

Die aktuelle Lage stellt die Länder der Region und auch weiter entfernte Staaten vor große Herausforderungen. Dabei ist das eigentliche Problem nicht, dass Menschen aus Venezuela auswandern, sondern dass sich die Zahl dieser Auswanderer in kurzer Zeit vervielfacht hat und keine kurzfristige Behebung der Ursachen in Sicht ist. Hinzu kommt die fragile ökonomische, gesundheitliche und psychische Situation der Auswanderer.

Die Notwendigkeit der Eingliederung von immer mehr derart verletzlichen Menschen hat dazu geführt, dass die venezolanische Emigration in der Region intensiv diskutiert wird. Andere Staaten sehen sich in der Pflicht, auf die Wiederherstellung der Ordnung und der Demokratie im Inneren zu drängen, doch sie rechnen auch mit Szenarien, in denen die venezolanischen Einwanderer nach den Kriterien der Erklärung von Cartagena 1984¹⁶ als Flüchtlinge anerkannt werden. Dabei berücksichtigen sie die Dringlichkeit, die durch die Verschlechterung der Situation in Venezuela entstanden ist,¹⁷ die Unvorhersehbarkeit der ge-

16 Vgl. Erklärung von Cartagena über Flüchtlinge, 22. 11. 1984, www.acnur.org/5b076ef14.pdf.

17 Ein Beispiel für die Dringlichkeit sind die sogenannten *caminantes*: Diese Menschen gehen von der kolumbianisch-venezolanischen Grenze auf der Simón-Bolívar-Brücke nahezu 80 Kilometer weit zu Fuß, um Ziele im Nachbarland zu erreichen. So verhindern sie nach eigener Aussage, wegen fehlender Papiere festgesetzt zu werden, und können ihr Ziel auch erreichen, wenn sie kein Geld für Alternativen haben. Ein weiteres Beispiel sind die *balseros*, Menschen, die versuchen, an Bord von Wasserfahrzeugen in mangelhaftem Zustand die 30 Kilometer von der venezolanischen Küste bis nach Aruba oder die 90 Kilometer bis nach Curaçao zurückzulegen.

wählten Ziele, da es vor allem darum geht, Venezuela zu verlassen, sowie um Risiken wie informelle Arbeitsverhältnisse, Ausländerfeindlichkeit, Menschenhandel oder Zwangsarbeit, von denen die Migranten immer stärker betroffen sind.

Trotz ihrer eigenen oft beschränkten Möglichkeiten haben die Zielländer die Menschen aus Venezuela bisher aufgenommen und bieten ihnen verschiedene Optionen, ihren Status zu normalisieren: Es gibt Arbeitsvisa und Aufenthaltsgenehmigungen wie in Kolumbien, Ecuador und Peru sowie Hilfsprogramme für Migranten und Flüchtlinge wie in Brasilien. Im Rahmen dieser Initiativen finden auch internationale Treffen statt wie etwa jene, die zu den gemeinsamen Erklärungen von Quito geführt haben,¹⁸ auf deren Grundlage wiederum der sogenannte Plan für die Mobilität von Menschen entstehen konnte. Darin zeigt sich die Bereitschaft, sich für die Legalisierung und Integration der Menschen aus Venezuela in den Aufnahmegesellschaften einzusetzen,¹⁹ was einer Anerkennung der humanitären Krise in Venezuela und der Notlage der Menschen, die dieser zu entfliehen versuchen, gleichkommt.

Einige dieser Staaten haben Teile ihrer Zusagen bereits umgesetzt und beispielsweise angefangen, abgelaufene Reisepässe bei der Registrierung als Einwanderer zu akzeptieren, akademische Titel anzuerkennen, wie Argentinien es tut, oder humanitäre Hilfe zu leisten. Allerdings geschieht all dies freiwillig, die Erklärungen sind ohne bindende Wirkung. Jeder einzelne Staat behält es sich mithin vor, seine eigenen Einwanderungsgesetze je nach Kontext und Umständen auszulegen.

Umstritten war in diesem Zusammenhang das Vorgehen von Chile, Peru und Ecuador, wo der Besitz eines Visums als Voraussetzung für die Einreise die Menschen aus Venezuela in ihrer beson-

ders fragilen Lage ein großes Hindernis darstellte. Das haben diese Staaten mit der Unterzeichnung gemeinsamer Erklärungen auch als Problem identifiziert, doch in ihrem Handeln berufen sie sich auf die nationale Sicherheit und organisatorische Aspekte. Gelockert wurde bisher nur die Vorgabe des Ortes, an dem der Antrag gestellt werden darf (das geht jetzt nicht mehr nur in Venezuela), womit ein gewisses Verständnis gezeigt wird für die Dringlichkeit, mit der bestimmte Personen bereits als Flüchtlinge das Land verlassen haben. In Aruba, Curaçao oder Trinidad und Tobago wurde hingegen nicht nur die Registrierung von Asylanträgen verweigert, sondern auch das Prinzip verletzt, niemanden aus Venezuela abzuschieben.

Kolumbien (1260594 venezolanische Einwanderer) und Peru (768100 venezolanische Einwanderer) nehmen eine Schlüsselrolle ein – Kolumbien, weil in kein anderes Land so viele Menschen aus Venezuela ausgewandert sind, und Peru, weil nirgendwo so viele Asylanträge von venezolanischen Bürgerinnen und Bürgern gestellt wurden (227325). Beiden Ländern ist gemeinsam, dass sie Entwicklungsländer sind und dass dieser massive und unerwartete Zustrom Fragen aufgeworfen hat: Wie ist der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere zum Bildungswesen, zu regeln? Was geschieht auf dem Arbeitsmarkt? Sehr problematisch ist, dass in Teilen dieser Gesellschaften eine feindselige Haltung gegenüber Menschen aus Venezuela entstanden ist, insbesondere in Peru.²⁰ Doch es gibt auch positive Effekte, insbesondere was die wirtschaftliche Dynamik angeht, und zwar vor allem bei den Dienstleistungen. Das kolumbianische Forschungszentrum Fedesarrollo geht davon aus, dass das Bevölkerungswachstum durch die venezolanische Immigration zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum geführt hat. Ähnlich äußert sich die peruanische Zentralbank – sie gibt an, der Migrationstrom aus Venezuela habe zu 0,33 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen.²¹

18 Vgl. Erklärung von Quito über die Freizügigkeit venezolanischer Staatsbürger in der Region, 4.9.2018, www.cancilleria.gob.ec/wp-content/uploads/2018/09/declaracion_quito_reunion_tecnica_regional.pdf; Gemeinsame Erklärung der Konferenz III Reunión Técnica Internacional sobre Movilidad Humana de Ciudadanos Venezolanos en la Región, 9.4.2019, www.cancilleria.gob.ec/wp-content/uploads/2019/04/declaracion-conjunta.pdf. Teilnehmende Staaten: Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay.

19 Vgl. Aktionsplan zur Freizügigkeit venezolanischer Staatsbürger in der Region, 23.11.2018, www.cancilleria.gob.ec/la-ii-reunion-internacional-de-quito-concluye-con-la-firma-del-plan-de-accion-sobre-la-movilidad-humana-de-nacionalidad-venezolanos-en-la-region. Teilnehmende Staaten sind: Argentinien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay.

20 Vgl. Venezolanos en Perú han sido discriminados en el trabajo y sitios públicos, 4.7.2019, www.el-nacional.com/noticias/mundo/venezolanos-peru-han-sido-discriminados-trabajo-sitios-publicos_287314.

21 Vgl. Inmigración venezolana: Los beneficios y problemas que trae a la economía de Perú, 4.7.2019, elcomercio.pe/economia/peru/inmigracion-venezolana-beneficios-problemas-trae-economia-peru-venezuela-noticia-640070; Elementos para una política pública frente a la crisis de Venezuela, 4.7.2019, www.fedesarrollo.org.co/content/venezolanos-en-colombia-cual-es-su-impacto-economico-1.

SCHLUSS

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wird das venezolanische Migrationsverhalten vor allem von den Bedingungen im Landesinneren geprägt. Anfangs standen wirtschaftliche Fragen im Vordergrund, während es heute um eine regelrechte Staatskrise geht. Auch wenn schon seit Jahrzehnten Menschen aus Venezuela auswandern, ist die Zahl der Immigranten ab 2015 in kurzer Zeit rasch angestiegen. Seither handelt es sich nicht mehr um mehrheitlich wirtschaftlich bedingte Auswanderung, sondern überwiegend um eine erzwungene Emigration. Die Situation im Land zwingt ausgebildete Fachkräfte, junge Erwachsene aus den höheren und mittleren sozialen Schichten sowie Menschen aus den unteren Schichten mit geringeren Ressourcen, häufig ohne Papiere und in einem schlechten Gesundheitszustand gleichermaßen auszuwandern. Durch das Verlassen von Venezuela verbessert die Mehrheit dieser Menschen ihre Ernährung und medizinische Notversorgung, während andere Probleme wie informelle Arbeitsverhältnisse, die Frage nach dem Zugang zur Bildung für die Kinder, der Mangel an menschenwürdigen Unterkünften und angemessenen Versorgungsdienstleistungen bestehen bleiben.

Auch wenn Venezuela gemeinsam mit Syrien und Afghanistan bei der Anzahl der von seinen Bürgerinnen und Bürgern gestellten Asylanträge einen Spitzenplatz belegt, unterscheidet sich das südamerikanische Land insofern von den anderen beiden Staaten, dass es keinen Krieg gibt. Es ist unmöglich, das Ende der Krise vorherzusehen und so einzuschätzen, wann die massive Auswanderung wieder zurückgehen wird, von der auch jene betroffen sind, die im Land bleiben, da massive Risse in gesellschaftlichen Strukturen entstehen, wenn Familienmitglieder getrennt und auch Kinder zurückgelassen werden.²²

Eine Emigration in diesem Ausmaß ist für Venezuela vollkommen neu. Zwar haben verschiedene Krisen in Lateinamerika bereits Migrationsbewegungen verursacht, doch im Falle

von Venezuela mischen sich die Faktoren in einer Komplexität, die es sehr schwer macht, den Überblick zu behalten. Eine kurzfristige Lösung der innervenezolanischen Konfliktsituation ist nicht in Sicht; und es gibt weder Alternativen noch die notwendigen inneren Voraussetzungen, damit diese Personen zurückkehren und ihre Bindung an die alte Heimat erneuern. Die einzige von der Regierung Nicolás Maduro ins Leben gerufene diesbezügliche Initiative, der Plan *vuelta a la patria* (Rückkehr in die Heimat), bilanziert die Rückkehr von 14 611 Personen, was 0,36 Prozent der ausgewanderten Bevölkerung entspricht.²³ Daher stellt sich die Frage, ob diese Initiative die notwendigen Rahmenbedingungen für eine effektive Reintegration bereitstellt, damit die Menschen in das Land zurückkehren können, aus dem sie geflohen sind.

Angesichts dieser Situation müssten die Staaten der Region ihre langfristigen Handlungsoptionen prüfen. Allerdings ist es bisher eher zu Absichtserklärungen gekommen, als das tatsächlich gehandelt worden wäre. Dies ist zwar kein Grund, die bisher gemachten Anstrengungen geringzuschätzen, insbesondere angesichts der Schwierigkeiten, einen Konsens zu erreichen sowie auf finanzieller, technischer und personeller Ebene die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. So wird die venezolanische Migration zu einem weltweiten Konfliktthema. Die größte Herausforderung in diesem Zusammenhang besteht darin, die betroffenen Menschen effektiv zu unterstützen und Möglichkeiten auszuloten, ihnen jene Rechte zurückzugeben, die sie in Venezuela verloren haben: Bildung, legale Arbeit, Gesundheit und Nahrung. Es handelt sich also weniger um einen politischen, sondern vielmehr um einen moralischen Imperativ.

Übersetzung aus dem Spanischen: Jan Fredriksson, Herzberg am Harz.

²² Hier sind Fälle gemeint, in denen Eltern oder ein Elternteil auswandern und das Kind bei Angehörigen, Freunden oder einem Vormund zurücklassen.

²³ Vgl. Plan *Vuelta a la Patria suma otros 90 repatriados desde Brasil*, 30.9.2019, mppre.gob.ve/2019/06/29/vuelta-a-la-patria-brasil.

CLAUDIA VARGAS RIBAS

ist Soziologin und Politikwissenschaftlerin, lehrt und forscht am sozialwissenschaftlichen Institut der Universidad Simón Bolívar in Caracas.

cfvargas@usb.ve

GESCHICHTE UND GESCHICHTSBILDER VENEZUELAS: EINE SKIZZE

Stefan Rinke

Venezuela hat im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten überdurchschnittlich viel Aufmerksamkeit in den europäischen Medien erfahren. Mit dem Amtsantritt des ehemaligen Putschisten Hugo Chávez und der Einführung einer neuen Verfassung 1999 wurde die Bolivarische Republik für manche zur Projektionsfläche von Utopien für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts und für andere zum Rückfall in überwunden geglaubte realsozialistische Zeiten. Will man die neuesten Entwicklungen verstehen, dann muss man sich die Geschichte des Landes vergegenwärtigen, denn die koloniale Vergangenheit und die Unabhängigkeitsrevolution des frühen 19. Jahrhunderts sind Elemente, auf die sich Chávez und sein Nachfolger Nicolás Maduro immer wieder berufen haben, wenn es darum ging, die eigene Herrschaft zu legitimieren und die heterogene Bevölkerung zum Zusammenhalt aufzufordern. Venezuela teilt viele historische Erfahrungen mit den anderen Staaten des Subkontinents, jedoch ergaben sich über die Jahrhunderte hinweg auch Eigenentwicklungen, die die Grundlage für die heutige Situation des Landes bilden.

AUTOCHTHONE KULTUREN UND KOLONIALZEIT

In dem Gebiet des heutigen Venezuela lebten seit Jahrtausenden unterschiedliche Gruppen von Menschen, bevor die Europäer 1498 erstmals die Küste des Landes erreichten. Wildbeuter und Sammlerkulturen spezialisierten sich mit der Zeit. Es entwickelten sich die unterschiedlichen Sprachgruppen der Arawak, der jüngeren Kariben, der Chibcha im Westen und der Tupí-Guaraní im Süden. In den küstennahen Gebieten blieben Fischereikulturen teils mit Pfahlbauten wichtig, die mit ihren Kanus das karibische Meer befuhren und die Inseln besiedelten. Andere Gruppen gingen zum Pflanzenbau über und siedelten sich vor al-

lem in den zentralen Zonen des Landes an. Bis ins 16. Jahrhundert perfektionierten sie den Garten- und Ackerbau mit den auch andernorts in Lateinamerika bekannten Anbauprodukten wie Mais, Bohnen, Kartoffeln und Maniok. Wieder andere passten ihre Lebensweise an die Gebirgs- oder Waldregionen an. Nomadische und sesshafte Kulturen lebten in dem Gebiet Seite an Seite, überlagerten oder verdrängten sich. In der Spätphase hatten sich mit den Kariben und den schon länger in der Region lebenden Arawakgruppen zwei dominante Kulturen herausgeschält. Dabei handelte es sich nicht um einheitliche Gebilde, sondern vielmehr um miteinander rivalisierende und sich bekriegende Clans, wobei auch der rituelle Verzehr von Menschenfleisch eine Rolle spielte. Die Einflüsse der vielfältigen autochthonen Kulturen sollten über die Kolonialzeit hinweg bis in die Gegenwart hinein im täglichen Leben der Venezolaner, ihren Festen, Liedern und Glaubensvorstellungen eine wichtige Rolle spielen.⁰¹

Als Christoph Kolumbus auf seiner dritten Reise 1498 die Küste des heutigen Venezuela entdeckte, glaubte er dem Garten Eden nahe zu sein, da er den Orinoco für einen der paradiesischen Ströme hielt. Wenig später folgte Alonso de Ojeda seinen Spuren und benannte die Region Venezuela, Klein-Venedig, da ihn die Pfahlbauten an die italienische Stadt erinnerten. 1501 erhielt er den Titel eines Gouverneurs und kehrte zurück, um Menschen zu versklaven und Perlen zu fischen. Allerdings trafen die Spanier auf heftigen Widerstand, weshalb die Eroberung nur schlep-pend voranging. Die Versklavung und die Massaker rechtfertigten die Europäer mit dem bereits von Kolumbus in Umlauf gebrachten Mythos der menschenfressenden Kariben. Zur Legitimation sollte auch die Mission durch den Dominikanerorden dienen, doch sie scheiterte angesichts der andauernden Sklavenjagden. Kriege und von den Europäern eingeschleppte Krankheiten führten zu einer Entvölkerung der einst dicht besiedel-

ten Länder. Viele indigene Gruppen zogen sich in das von den Spaniern kaum kontrollierte Hinterland zurück. Die Perlenvorkommen waren bald erschöpft. Trotz der Mythen vom El Dorado und anderen sagenhaften Reichtümern sank Venezuela zu einer Peripherie innerhalb der spanischen Kolonialbesitzungen ab. Daran änderte auch das erfolglose Unternehmen der Augsburger Welser, die auch mit Sklaven Handel trieben, von 1528 bis 1556 nichts.⁰²

Venezuela blieb noch lange peripher. Die europäische Kolonisierung des Landes erfolgte von den Küstenstädten her und zog sich über mehrere Jahrhunderte hin, denn die weiten Savannen, die Llanos, im Süden und das Hinterland des Orinoco im Osten wurden nur punktuell besiedelt. Von den Anden über die Küstenregion bis hin zum riesigen Hinterland bildeten sich unterschiedliche Identitäten, die auch auf ethnischen Unterschieden basierten. Kriegerische Auseinandersetzungen mit indigenen Gruppen und europäischen Rivalen, die an der kaum gesicherten Küste und über den Orinoco Schmuggel oder Piraterie betrieben, blieben prägend. Die aus Afrika verschleppten Menschen stellten ein wachsendes Bevölkerungselement. Sie mussten auf Kakaopflanzungen arbeiten, die neben dem Tabakanbau die Grundlage für eine erste wirtschaftliche Blüte des Landes waren und deren Besitzer, in der Regel Nachfahren spanischer Einwanderer, die städtischen Oberschichten dominierten. Die 1567 gegründete Stadt Caracas stieg im 17. und 18. Jahrhundert zur Hauptstadt des Landes auf. Hier konzentrierte sich die politische und wirtschaftliche Macht, von hier aus entstanden Handelsverbindungen zu den anderen Küstenstädten, zu den Provinzen im Hinterland sowie nach Mexiko, wohin der Kakao exportiert wurde.⁰³

WEGE ZUR UNABHÄNGIGKEIT

Das 18. Jahrhundert brachte eine Vielzahl von Herausforderungen für das spanische Kolonial-

reich in Amerika. Die zahlreichen Kriege zeigten die Schwächen der Krone, die nach dem Ende der Habsburger Dynastie und dem Wechsel zu den Bourbonen Reformen in Gang setzte. Sie waren dazu gedacht, die Kolonien stärker auf die Interessen Spaniens hin auszurichten. In Venezuela führten die Reformen zu einer stärkeren Zentralisierung und Integration von Handel, Rechtsprechung und Regierung. Caracas wurde zum Sitz eines Generalkapitäns, eines Erzbischofs und eines Appellationsgerichts. Jedoch gingen die Reformen auch mit einer stärkeren Ausbeutung einher, was den Widerstand der Bevölkerung provozierte. Als Spanien gegen Ende des Jahrhunderts durch die Auswirkungen der Französischen Revolution immer tiefer in die Krise geriet, kam es zu ersten Rebellionen, die 1806 in dem gescheiterten Invasionsversuch des ehemals spanischen Offiziers Francisco de Miranda gipfelten. Die erfolgreiche Sklavenrevolution auf Haiti – quasi in der Nachbarschaft – offenbarte ein aus Elitensicht gefährliches Protestpotenzial in einer Gesellschaft, in der die Hautfarbe den Status bestimmte und die „weißen“ Europäer und ihre Nachfahren, die Kreolen, die Spitzenpositionen einnahmen, die Schwarzen und Indigenen aber am unteren Ende standen, auch wenn in der Realität die große Bevölkerungsmehrheit der „Mischformen“ – die sogenannten Pardos – die rigide Einteilung ad absurdum führten.⁰⁴

Nach der Eroberung der iberischen Halbinsel durch Napoleon wurden in Caracas Stimmen laut, die die Übernahme der Regierungsgewalt anstrebten. Die Hauptstadtelite wollte einerseits Freihandel und andererseits ihren Herrschaftsanspruch im Innern durchsetzen, nicht zuletzt, weil sie soziale Unruhen unter den afroamerikanischen Bevölkerungsteilen fürchtete. Bei der Gründung der Regierungsjunta 1810 bekannten die Beteiligten zunächst noch ihre Treue zu Spanien. Danach setzten sich jedoch radikale Stimmen unter Führung Mirandas durch, die eine Trennung vom Mutterland befürworteten. Am 5. Juli 1811 gründete man die Republik der Vereinigten Provinzen von Venezuela. Viele Regionen und Städte waren jedoch keineswegs bereit, den Vorgaben aus Caracas zu

01 Vgl. Michael Zeuske, *Von Bolívar zu Chávez. Die Geschichte Venezuelas*, Zürich 2008, S. 38.

02 Vgl. Stefan Rinke, *Kolumbus und der Tag von Guanahani 1492*, Stuttgart 2013, S. 119. Vgl. zur Handelsgesellschaft der Welser Jörg Denzer, *Die Konquista der Augsburger Welser-Gesellschaft in Südamerika (1528–1556)*, München 2005.

03 Vgl. Antonio Arellano Moreno, *Orígenes de la economía venezolana*, Caracas 1973, S. 9–28.

04 Vgl. dazu und im Folgenden Stefan Rinke, *Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit 1760–1830*, München 2010, S. 153–161.

folgen. Stattdessen kam es zum Bürgerkrieg, der ein Jahr später mit der Niederlage der Republikaner endete.

In der Folgezeit stieg mit Simón Bolívar ein junger Kreole zum Anführer der Unabhängigkeitsbewegung auf. Ihm gelang es, durch eine Radikalisierung der Kriegführung 1813 Caracas zurückzuerobern und eine zweite Republik auszurufen, die schnell zu einer Militärdiktatur mutierte. Dies war Ausdruck der Probleme, auf die die Republik stieß und die sich kaum von denen der Vorläuferin unterschieden, denn erneut misslang der Versuch, Venezuela flächendeckend zu erobern. Außerdem nahmen die ethnisch aufgeladenen Bürgerkriege neue Dimensionen an. Schon bald sah sich Bolívar mit José Tomás Boves einem mächtigen Gegner gegenüber. Boves, ein Viehhändler aus den Llanos, hatte 1811 zunächst auf Seiten der Republikaner an den Unabhängigkeitskämpfen teilgenommen, war nach internen Streitigkeiten aber auf die Seite der Royalisten gewechselt. Nach Bolívars Sieg 1813 war er in die Llanos zurückgekehrt, wo er eine schlagkräftige Reitertruppe zusammenstellte. Den Zweifrontenkrieg gegen Boves und die regulären spanischen Truppen konnte Bolívar nicht gewinnen. Ende 1814 war auch die zweite Republik gescheitert, Bolívar musste über das benachbarte Neu-Granada in die Karibik fliehen.

Allerdings war die Unabhängigkeitsbewegung damit nicht beendet, denn Ende 1816 kehrte der *libertador* („Befreier“) zurück, nachdem ein erster Versuch wenige Monate zuvor gescheitert war und zur Spaltung der antiroyalistischen Kräfte geführt hatte. Die Rückkehr war unter den zahlreichen Caudillos keineswegs unumstritten. Bolívar entschied sich, eine Basis im viehreichen Hinterland zu errichten und zumindest einige Warlords auf seine Seite zu ziehen. Im Juli 1817 gelang ihm die Eroberung der Stadt Angostura am Orinoco, die vorübergehend zur Hauptstadt der dritten Republik wurde. Danach ging Bolívar daran, seine Autorität gegenüber den Caudillos zu stärken. Zugleich war er bemüht, das soziale Fundament der Unabhängigkeitsbewegung zu erweitern, allerdings unter kreolischer Kontrolle und Führung. Seine Verlautbarungen zur Sklavenbefreiung von 1816 zielten in diese Richtung, blieben jedoch zunächst wenig erfolgreich, weil die kreolischen Sklavenhalter wenig Bereitschaft zeigten, dem

patriotischen Aufruf Folge zu leisten. Bolívar gelang es, die Llaneros unter ihrem neuen Anführer José Antonio Páez – Boves war im Dezember 1814 bei einer Schlacht gestorben – auf seine Seite zu ziehen. Dennoch blieben die dicht besiedelten und reichen Provinzen im Zentrum und im Westen fest in der Hand der Royalisten.

Als Bolívar 1819 den verfassungsgebenden Kongress von Angostura zusammenrief, auf dem er seine berühmte Rede zur Zukunft des Landes hielt und zum Präsidenten gewählt wurde, kontrollierten seine Truppen nur das Hinterland. Erst über einen verlustreichen Feldzug im Nachbarland Neu-Granada, der durch die später mythisierte Andenüberquerung möglich wurde, konnten auch die venezolanische Küstenregion und Caracas erobert werden. Im Dezember schuf man den Staat Kolumbien. Es war ein Großkolumbien, das als Föderation aus den drei Provinzen Venezuela, Cundinamarca – wie Neu-Granada nun genannt werden sollte – und Quito bestand beziehungsweise bestehen sollte, denn noch längst nicht alle Regionen waren befreit. Hauptstadt wurde Bogotá.⁰⁵

Seit 1821 bemühte Bolívar sich mit seinen kolumbianischen Truppen um die Vernichtung der spanischen Hochburgen in Quito, Peru und Hoch-Peru, bis 1823 gelang den Unabhängigkeitskämpfern die endgültige Vertreibung der Spanier. Damit war Großkolumbien befreit, doch geeint war es keineswegs. Der fehlende Zusammenhalt hatte strukturelle Gründe. Die geografische Gliederung des Landes mit dem andinen Hochgebirge war einer engen Verflechtung abträglich. Kommunikationsverbindungen zwischen den ehemaligen Teilstaaten waren kaum vorhanden. Entsprechend unterschiedlich gestalteten sich auch die Wirtschaftsstrukturen. Die daraus resultierenden divergierenden Interessen konnten durch politische Maßnahmen nicht ausgeglichen werden. Ähnliches galt für die soziale und ethnische Dimension, denn während die zum Staatsziel erklärte Sklavenbefreiung und die – theoretische – Gleichberechtigung der Indigenen in Neu-Granada unproblematisch waren, lösten sie in Venezuela und Quito Widerstände seitens der Oberschichten aus.

Den Venezolanern war die Führungsrolle Bogotás ein Dorn im Auge. Im Mai 1826 riefen die venezolanischen Provinzfürsten in einem putsch-

⁰⁵ Vgl. dazu und im Folgenden ebd., S. 209–215.



El Panteón de los Héroes. Ölgemälde von Arturo Michelena, 1898. Abgebildet ist unter anderem Simón Bolívar (sitzend).
 Quelle: The Picture Art Collection/Alamy Stock Foto

artigen Akt den Llanero Páez zum politischen Anführer der Region aus. In der Folgezeit spitzte sich der Streit so weit zu, dass Bolívars persönliche Vermittlung notwendig wurde, um die Gefahr eines Bürgerkriegs zu bannen, der durch die Mobilisierung der Unterschichten schnell eine ethnische Dimension annehmen konnte. Die Staatskrise bewegte Bolívar 1828 dazu, diktatorische Vollmachten zu übernehmen. Doch er konnte die zentrifugalen Tendenzen nicht mehr aufhalten. Bereits im November 1829 beschlossen Notabeln unter der Führung von Páez die Loslösung Venezuelas aus dem Staatsverband. Im März 1830 erklärte Bolívar seinen Rücktritt und starb Ende des Jahres frustriert und hoffnungslos. Am 6. Mai 1830 hatte ein verfassungsgebender Kongress Páez zum Präsidenten des unabhängigen Venezuela gewählt. Mit dem Wegfall der spanischen Bedrohung war die Notwendigkeit des Staatenbunds nicht mehr gegeben.⁰⁶

⁰⁶ Vgl. dazu und im Folgenden ebd., S. 222ff., S. 243ff.

VENEZUELAS SCHWIERIGE STAATSBILDUNG

Die Ereignisse der Unabhängigkeitsrevolution wurden von einer ersten Generation von Historikern im Nachhinein zu einem Gründungsmythos verklärt. Demnach hatte sich die bereits seit langem bestehende Nation aus den Ketten der spanischen Stiefmutter befreit, um nun aufzublühen. Damit einher ging eine Heldenverehrung wie etwa für den freigelassenen Sklaven Pedro Camejo, genannt „*el negro primero*“, der den Aufstieg vom Sklaven zum Offizier geschafft hatte und dann den „Heldentod“ starb. Er wurde in Volksliedern und auf Hausaltären für die schwarze Bevölkerung geradezu zu einem Volksheiligen stilisiert. Wichtiger noch war aber der Kult für den schon zu Lebzeiten höchst populären Bolívar, den „Befreier“. Dass ein Venezolaner in weiten Teilen Südamerikas die Unabhängigkeit erkämpft hatte, erfüllte eine Bevölkerung mit Stolz, die jedoch noch lange nicht vollständig in den neuen Staat integriert war.

Zwar schafften die neuen Machthaber den Sklavenhandel – die Sklaverei selbst blieb zunächst noch bestehen – und den Indigenentribut ab, doch wurden die Latifundien nicht angetastet, denn die meisten Anführer der Patrioten waren selbst Großgrundbesitzer. Durch die Abschaffung des indigenen Gemeinschaftsbesitzes konnten sie ihre Ländereien weiter vergrößern. Viele freigelassene Sklaven und Hilfsarbeiter lebten in Schuldknechtschaft. Auch die wirtschaftliche Ausrichtung Venezuelas auf den Export blieb erhalten und wurde durch den neuen Freihandel vertieft. Zum klassischen Exportgut Kakao waren bereits in der Kolonialzeit Kaffee und Rinderhäute hinzugekommen. Die Nachfrage in Europa stieg beständig, und ausländische Händler machten gute Geschäfte in Venezuela. Sie übernahmen darüber hinaus wichtige Funktionen im Bank- und Transportwesen. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung profitierte jedoch nicht davon, sondern lebte weiterhin von der Selbstversorgung. Selbst ein überregionaler Binnenhandel spielte in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit noch kaum eine Rolle. Industrien konnten sich vor diesem Hintergrund nicht entwickeln, doch hielten sich Manufakturen und Handwerksbetriebe für den lokalen Bedarf, die unter der Konkurrenz billiger Massenware aus Europa litten.

In politischer Hinsicht stand Venezuela wie viele der jungen lateinamerikanischen Staaten im Bann des Caudillismus: Es erfolgte eine Ruralisierung (Verländlichung) der Macht und eine Militarisierung der politischen Auseinandersetzung. Mit Páez hatten die Eliten, unter denen neben den Militärs weiterhin die alten, Land und Sklaven besitzenden Oberschichten von Caracas den Ton angaben, einen Mann gewählt, der die Sprache des ethnisch gemischten Volks sprach und der es verstand, sich persönliche Gefolgschaft nicht zuletzt unter den Llaneros und Pardos zu sichern. Páez, der selbst aus den Llanos stammte, hatte sich während des Kriegs große Ländereien mit Sklaven und abhängigen Bauern angeeignet. Damit verfügte er nicht nur über das notwendige Ansehen bei den kreolischen Oberschichten, sondern auch über eine Privatarmee, die er im Streitfall gegen konkurrierende Caudillos einsetzen konnte. Dies gab ihm auch die Macht, eine antiklerikale Politik durchzusetzen, um die Macht der Kirche einzuschränken. So erklärte die Regierung die Religionsfreiheit,

beanspruchte die Hoheit über das Bildungswesen und wollte sich Teile kirchlichen Besitzes einverleiben. In geschichtspolitischer Hinsicht setzte Páez ebenfalls Maßstäbe, als er 1842 die Überreste Bolívars unter großem Pomp in Caracas beisetzen und 1846 die Stadt Angostura in Ciudad Bolívar umbenennen ließ.⁰⁷

In den Provinzen gab es Widerstand gegen Páez, denn dort war man nicht bereit, die Vorherrschaft von Caracas anzuerkennen. Die separatistischen Aufstände gingen nicht zuletzt von konkurrierenden Hafenstädten wie Maracaibo aus, doch konnten sie niedergeschlagen werden. Bis 1848 sollte Páez der starke Mann im Land bleiben, wenngleich er das Präsidentenamt in dieser Zeit nicht dauerhaft innehatte. Seine Unterstützer organisierten sich zunehmend in parteiähnlichen Strukturen und bildeten die Grundlage der Konservativen Partei. Ihre Widersacher waren die Liberalen. In ihren sozialpolitischen Zielen unterschieden sich die beiden Lager kaum. So unterstützten sie beispielsweise gemeinsam die Verzögerung des Endes der Sklaverei.⁰⁸

Durch eine Verschlechterung der Wirtschaftslage erodierte die Machtbasis von Páez, und es kam zu Aufständen der Unterschichten, worauf das Regime mit der Verfolgung der Liberalen antwortete. Daraufhin kam mit José Tadeo Monagas ein Mann ins Präsidentenamt, der als Marionette des Caudillo galt. Er sollte das Amt im folgenden Jahrzehnt abwechselnd mit seinem Bruder José Gregorio innehaben. Die Brüder emanzipierten sich von Páez, der nach einer militärischen Niederlage ins Exil ging, und näherten sich den Liberalen an. Nach der Niederschlagung von Aufständen föderalistischer Kräfte in den Provinzen Mitte der 1850er Jahre regierten die Monagas das Land wie ihren Privatbesitz und plünderten die Staatskasse zugunsten ihrer Familie und Günstlinge. Die Auslandsverschuldung erhöhte sich und es kam zu Spannungen mit europäischen Mächten, vor allem mit Großbritannien. Immerhin setzte die Regierung mit der endgültigen Aufhebung der Sklaverei 1854 ein wichtiges Signal. Als sich Ende des Jahrzehnts erneut eine Wirtschaftskrise bemerkbar machte, brachten Aufstände, die in den Llanos ihren Ausgang nahmen, das Ende des Regimes. Der darauffolgende Bür-

⁰⁷ Vgl. Zeuske (Anm. 1), S. 176.

⁰⁸ Vgl. Robert L. Gilmore, *Caudillism and Militarism in Venezuela*, Athens 1964, S. 121–137.

gerkrieg, in dem föderale Caudillos aus den Provinzen gegen die Oberschichten der Küstenstädte kämpften und Páez nochmals an die Macht strebte, sollte vier Jahre dauern und das Land an den Rand des Ruins bringen. Mit Ezequiel Zamora, der ein Heer aus „Farbigen“ anführte, kamen dabei auch sozialrevolutionäre Elemente zum Tragen.⁰⁹

Letztere konnten sich nicht durchsetzen. Dem Bürgerkrieg folgte eine Ära der Liberalen unter Antonio Guzmán Blanco, der zwischen 1870 und 1888 fast ununterbrochen das Präsidentenamt bekleidete. In der neuen Verfassung von 1864 schrieb man das föderale Prinzip fest und benannte das Land in Vereinigte Staaten von Venezuela um. Ein wirtschaftlicher Aufschwung ergab sich durch die steigende Nachfrage nach Kaffee, Kakao und Rinderhäuten aus Venezuela. Deutsche Händler taten sich dabei besonders hervor. Die Modernisierung des Landes kam in diesen Jahren durch den Ausbau des Straßen-, Eisenbahn- und Telegrafennetzes sowie des Bildungswesens und der Verwaltung voran. Guzmán Blanco, der sich als „aufgeklärter Autokrat“¹⁰ gerierte, gelang es, einen Ausgleich zwischen den föderalistischen Caudillos, als deren Vertreter er an die Macht gelangt war, und dem zentralistischen Anspruch der Hauptstadt, die am meisten von den Modernisierungsprojekten profitierte, herzustellen. Auch den Bolívar-Kult betrieb der Präsident zielstrebig, indem er das Pantheon der Nationalhelden errichten ließ. Die Erfolge von Guzmán Blanco strahlten auch dank der günstigen globalen Konjunktur noch in das Folgejahrzehnt hinein.¹¹

Um die Jahrhundertwende taten sich jedoch erneut Probleme auf. Venezuela schlitterte in eine Schuldenkrise, die eng mit dem Verfall der Kaffeepreise zusammenhing und sich auch auf das politische System auswirkte. Das Regime von José Cipriano Castro (1899–1908) war überschattet von Spannungen mit ausländischen Mächten. Diese führten 1902/03 zur sogenannten Venezuelakrise mit weltpolitischen Auswirkungen, da die kurzzeitig auch militärisch geführte Auseinandersetzung zwischen Venezuela und dem Deutschen Reich, Großbritannien und Ita-

lien dem auf der „Monroe-Doktrin“ basierenden Prinzip US-amerikanischer Außenpolitik, keine europäischen Hegemonieansprüche auf dem amerikanischen Doppelkontinent zu tolerieren, entgegenstand.¹² Auch im Innern gab es Widerstand gegen Castro und heftige Bürgerkriege tobten bis 1903. Erneut stand das Land am Rande des Zerfalls. Dass die Aufstände niedergeschlagen wurden, hatte der Präsident seinem Gefolgsmann und Militärführer Juan Vicente Gómez zu verdanken, der wie Castro aus der andinen Region stammte. 1908 putschte sich Gómez an die Macht.¹³

TRANSFORMATION DURCH ERDÖL

Der neue Caudillo Venezuelas genoss aufgrund seiner militärischen Erfolge hohes Ansehen und hatte es während des Castro-Regimes zu Reichtum in der Rinderzucht gebracht. Unter Gómez, der bis 1935 herrschen sollte, wurde die Modernisierung des Landes vorangetrieben. Gleichzeitig baute er seine autoritäre Herrschaft aus, ließ Oppositionelle verfolgen und besetzte die wichtigsten Posten mit seinen Anhängern und Verwandten. Wiederholt kam es zu Putschversuchen gegen Gómez, doch konnten diese nicht zuletzt aufgrund der verbesserten Kommunikationswege niedergeschlagen werden. Nach dem Ersten Weltkrieg entstand in den rasch wachsenden Städten eine linke Opposition, die sich auf die Arbeiterschaft stützte. Die entscheidende Transformation erlebte Venezuela aber durch den Export von Erdöl, der in diesem Zeitraum einsetzte. Ausländische Firmen wie Shell und Standard Oil erhielten großzügige Konzessionen und errichteten ihre Enklaven in den Förderregionen oft auf Kosten der Landwirtschaft. Zunehmend verdrängten US-amerikanische Investoren die Briten. Damit einher gingen der Umstieg auf Automobile und der Ausbau des Straßennetzes.¹⁴

¹² Vgl. Stefan Rinke, *Zwischen Weltpolitik und Monroe-Doktrin. Botschafter Speck von Sternburg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, 1898–1908*, Stuttgart 1992, S. 65–108.

¹³ Vgl. Serapio Eduardo Romero Mendoza, *General Cipriano Castro (1858–1924)*, Caracas 2011, S. 55–106.

¹⁴ Vgl. Brian S. McBeth, *Juan Vicente Gomez and the Oil Companies in Venezuela, 1908–1935*, Cambridge 1983, S. 109–132; Steve Ellner, *The Venezuelan Left in the Era of the Popular Front, 1936–1945*, in: *Journal of Latin American Studies* 1/1979, S. 169–184, hier S. 170–175.

⁰⁹ Vgl. Jacinto Pérez Arcay, *La guerra federal*, Caracas 1997, S. 105–155.

¹⁰ Zeuske (Anm. 1), S. 282.

¹¹ Vgl. Elide J. Rivas, *Antonio Guzmán Blanco y la realización constitucional de su régimen 1870–1877*, Caracas 2010.

Nach Gómez' Tod öffnete sich das Herrschaftssystem langsam, und viele der exilierten Oppositionellen konnten wieder ins Land zurückkehren. Der Ausbau des Gesundheitswesens sowie erste Agrarreformpläne wiesen in die Richtung eines Sozialstaats. Mit der Acción Democrática (AD) unter Rómulo Betancourt und den Kommunisten etablierten sich Oppositionsparteien sowie ein Gewerkschaftsbund. 1945 putschten unzufriedene jüngere Offiziere, und die Anführer der AD bildeten eine Regierungsjunta unter dem Präsidenten Betancourt. Die neue Regierung bemühte sich um die Modernisierung des Landes mit starker antiimperialistischer Rhetorik und unter nationalistischen Vorzeichen, was sich in einer deutlichen Erhöhung der Besteuerung der Erdölunternehmen niederschlug. Außerdem ließ sie Wahlen abhalten, aus denen im Dezember 1947 mit dem AD-Kandidaten Rómulo Gallegos einer der wichtigsten venezolanischen Intellektuellen als Sieger hervorging.¹⁵

Bereits ein Jahr später verlor Gallegos sein Amt durch einen Putsch von konservativen Militärs, denen der vorsichtige Reformkurs der AD zu weit gegangen war. Als starker Mann kristallisierte sich ab 1950 der junge Oberstleutnant Marcos Pérez Jiménez heraus. Sein Regime profitierte von steigenden Erdölpreisen und trieb den Ausbau der Infrastruktur energisch voran. Prestigeträchtige Großprojekte wie das Wasserkraftwerk Gurí sollten die Erfolge der Regierung unter Beweis stellen. Auch die Agrarwirtschaft im Hinterland wurde nun systematisch gefördert, wovon allerdings in erster Linie die Großbetriebe profitierten. Durch den stramm antikommunistischen Kurs erhielt man sich das Wohlwollen der USA. Die AD-Anhänger ließ Pérez Jiménez verfolgen. Als er seine Amtszeit durch gefälschte Wahlen verlängern wollte, wurde er im Januar 1958 selbst Opfer eines Putsches.¹⁶

Aus den Fehlern von 1948 lernend, schloss die sozialdemokratische AD, die der radikalen Rhetorik abgeschworen hatte, nun ein Bündnis mit

der bereits 1946 entstandenen christdemokratischen COPEI (Comité de Organización Política Electoral Independiente) unter Rafael Caldera sowie der kleineren Unión Republicana Democrática. Dieses Bündnis wurde als Pakt von Punto Fijo bekannt. Darin einigten sich die Beteiligten auf eine Koalitionsregierung. Die demokratischen Massenparteien teilten die Macht, um die „Konsolidierung der demokratischen Prinzipien“ zu sichern.¹⁷ Die Kirche, führende Militärs, die Wirtschaftseliten und auch die Arbeiter wurden in das neue System der Parteienherrschaft eingebunden, bei dem erstmals Zivilisten am Ruder saßen. Der Staat übernahm die Aufgabe, die Gewinne aus dem Erdölsektor zu verteilen. Das Militär, das die Politik des Landes so lange bestimmt hatte, zog sich in die Kasernen zurück. Personalistische Elemente blieben als Erbschaft des Caudillismus jedoch erhalten. Mit Betancourt trat der charismatische Parteichef der AD 1958 erneut die Präsidentschaft an. Venezuela avancierte dank der Erdöleinnahmen, die seit Gründung der Organisation Erdöl exportierender Länder 1960 besonders reich sprudelten, zum „Wirtschaftswunderland“ Lateinamerikas.¹⁸

Der *puntofijismo* funktionierte unter Ausschluss der Linken. Die Kommunisten durften aus Rücksichtnahme auf die USA nicht teilhaben, und es kam zu Protesten, nicht zuletzt seitens der Studenten der Universidad Central de Venezuela, die schon seit den 1920er Jahren politisch aktiv waren. Angesichts der Kubanischen Revolution stieg die Bereitschaft zum Widerstand, und auch innerhalb der AD gab es Kräfte, die sich von Betancourt abwandten und eigene Splitterparteien gründeten. Der Präsident ließ in den Folgejahren Streiks und Proteste von seinem Innenminister Carlos Andrés Pérez brutal niederschlagen. Derweil gründete sich eine Guerilla nach kubanischem Vorbild und lieferte sich blutige Kämpfe mit dem regulären Militär. Die Regierung reagierte mit Agrarreformen und Subventionen für Staatsangestellte und städtische Arbeiter, um den Forderungen der radikalen Linken die Spitze zu nehmen. Als der christdemokratische Cal-

15 Vgl. Steven Schwartzberg, Rómulo Betancourt. From a Communist Anti-Imperialist to a Social Democrat with US Support, in: Journal of Latin American Studies 3/1997, S. 613–665; John D. Martz, Acción Democrática. Evolution of a Modern Political Party in Venezuela, Princeton 1966, S. 49–82; Manuel Caballero, Las crisis de la Venezuela contemporánea (1903–1992), Caracas 1999, S. 77–100.

16 Vgl. Manuel Caballero, Historia de los venezolanos en el siglo XX, Caracas 2010, S. 173–197.

17 Pacto de Punto Fijo (Caracas, 31. 10. 1958), in: Napoleón Franceschi González/Freddy Domínguez (Hrsg.), Antología documental. Fuentes para el estudio de la historia de Venezuela, 1776–2000, Caracas 2012, S. 424 (Übersetzung d. Autors).

18 Inés Quintero Montiel, El siglo XX. Conquista, construcción y defensa de la democracia, in: Elías Pino Iturrieta (Hrsg.), Historia mínima de Venezuela, Mexiko 2018, S. 172–187.



Wahlpropaganda in Caracas 2015. Das Graffiti zeigt Hugo Chávez, Simón Bolívar und Nicolás Maduro.
Quelle: Federico Parra/AFP/Getty Images

dera 1968 die Präsidentschaftswahl gewann und Betancourts Nachfolger Rafael Leoni ablöste, kam erstmals auf friedlichem Weg die Opposition an die Macht. In den 1970er Jahren gelang es den COPEI-Regierungen, selbst die radikale Linke zumindest teilweise zu integrieren, indem die Kommunistische Partei zugelassen und die Repressionen beendet wurden. Gleichzeitig stiegen die Sozialausgaben, ohne dass damit die Probleme etwa der Armenviertel in den Städten behoben worden wären. Venezuela wurde in dieser Dekade zum Ziel vieler Flüchtlinge, vor allem aus Kolumbien. Nachdem mit Carlos Andrés Pérez 1974 die AD wieder an die Macht gekommen war, wurde das Erdöl nationalisiert, ohne dass es zu Einbrüchen der Staatseinnahmen kam. Venezuela galt in diesem Zeitraum als sprichwörtlich reich, doch ein Großteil der Bevölkerung lebte noch immer in Armut. Das Wachstum des öffentlichen Sektors wurde durch eine stetig zunehmende Auslandsverschuldung erkauft und die Korruption erreichte ungeahnte Ausmaße.¹⁹

¹⁹ Vgl. Caballero (Anm. 16), S. 303–309.

Als ab Mitte der 1980er Jahre die Erdölpreise sanken, spitzte sich die Krise zu, und das Land versank 1989 in der Rezession. Das Austeritätsprogramm, das Carlos Andrés Pérez zu Beginn seiner zweiten Präsidentschaft angesichts des Drucks des Internationalen Währungsfonds verkündete, schürte die sozialen Spannungen, denn die Folgen trafen vor allem die Unterschichten hart. Es kam zu Massenunruhen, Geschäfte wurden geplündert. Die Regierung Pérez ließ den „Caracazo“ blutig niederschlagen, wobei zahlreiche Menschen, besonders in den Armenvierteln, zu Tode kamen. Die Ereignisse hatten schwerwiegende Folgen, denn unter jüngeren Offizieren fand eine Politisierung statt, die im Februar 1992 zu einem weiteren Putschversuch führte, der jedoch scheiterte. Dabei kristallisierte sich mit Hugo Chávez Frías ein medienaffiner Anführer heraus, der den aussichtslosen Putsch rechtzeitig wieder abbrach.²⁰

²⁰ Vgl. Quintero (Anm. 18), S. 203–232; Caballero (Anm. 16), S. 141–162.

HUGO CHÁVEZ ÜBERNIMMT

Doch der bereits 1994 begnadigte Chávez sollte wiederkommen. Nachdem die Konsolidierung des *puntofijismo* unter Rafael Caldera, der seiner COPEI den Rücken gekehrt hatte und als Unabhängiger auftrat, zwischen 1993 und 1998 gescheitert war, gewann der Oberst die Wahl. Angesichts der kritischen sozialen Lage und der Unfähigkeit der Eliten, einen Ausweg aufzuzeigen, war der Wahlerfolg des linksnationalistischen Außenseiters aus den Llanos mit seiner Bewegung der Fünften Republik (Movimiento Quinta República) nur folgerichtig. Chávez stand auch aufgrund seiner ethnischen Herkunft für die Unterschichten und stilisierte sich als populistischer Antipolitiker, der das korrupte System und seine Eliten zu bekämpfen versprach. Durch sein Medientalent gelang es ihm, eine emotionale Beziehung zum Wahlvolk aufzubauen, als dessen wahrer Vertreter er sich verstand.

Es ist hier nicht der Ort, um tiefer auf die 20-jährige Geschichte des Chavismus beziehungsweise des Post-Chavismus einzugehen. Betont werden muss in diesem Zusammenhang jedoch die Rolle der Geschichtsbilder, die ein wichtiges Element des Erfolgsgeheimnisses darstellen. Zentral war und ist dabei der Bezug auf Bolívar, den „Befreier“, dessen Kult in Venezuela tief verankert und selbst in den Armenvierteln weit verbreitet ist. Hinzu kamen weitere Helden, wie der zum ersten Antimperialisten stilisierte Miranda, der „*negro primero*“, Pedro Camejo, der seit 2015 auf Geldscheinen zu sehen ist und dessen Gebeine ins nationale Pantheon überführt wurden, sowie der „Sozialrevolutionär“ Ezequiel Zamora. Über den offiziellen Kult hinaus, der schon vor 1999 von den Regierenden gepflegt wurde, integrierte der Chavismus auch die volksreligiösen Elemente, um die arme Bevölkerungsmehrheit für sich einzunehmen. Die Umbenennung der Institutionen bis hin zur Änderung des Landesnamens in „Bolivarische Republik“ zeigte,

dass Chávez den Mythos für sich ebenso beanspruchte wie das Land als solches.²¹

Dass die Geschichtspolitik nicht ausreicht, das Land zu einen, dass die chavistische Rhetorik und Politik vielmehr dazu geführt haben, das Land stärker zu spalten denn je, ist in den vergangenen Jahren sehr deutlich geworden. Chávez war ein Produkt der venezolanischen Geschichte mit all ihren Widersprüchen zwischen Stadt und Hinterland, Eliten und Unterschichten und dem, was man in Lateinamerika landläufig als Gegensatz von Barbarei und Zivilisation bezeichnet. Sein Projekt war die postmoderne Version des Caudillismus des 19. Jahrhunderts mit den linkspopulistischen Ingredienzen des 20. und den medialen Vermarktungsmechanismen des 21. Jahrhunderts. Dieses Projekt ist, ob man es will oder nicht, noch längst nicht Geschichte.

²¹ Vgl. Andreas Boeckh/Patricia Graf, El comandante en su laberinto. El ideario bolivariano de Hugo Chávez, in: Günther Maihold (Hrsg.), Venezuela en retrospectiva. Los pasos hacia el régimen chavista, Frankfurt/M.–Madrid 2007, S. 151–178, http://publications.iai.spk-berlin.de/servlets/MCRFileNodeServlet/Document_derivate_00000103/BIA%20118%20Venezuela%20en%20retrospectiva.pdf;jsessionid=424F5FEB05389A20E9C7C4A104F2D2EC.

STEFAN RINKE

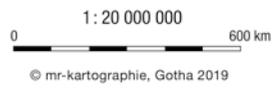
ist Professor für Geschichte am Lateinamerika-Institut und Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Er forscht und publiziert unter anderem zur Kolonialgeschichte und Unabhängigkeit Lateinamerikas sowie insbesondere zur historischen Entwicklung der Region aus globalgeschichtlicher Perspektive.
rinke@zedat.fu-berlin.de

Großkolumbien 1823



- Staatsgrenze
- - - Provinzgrenze
- Hauptstadt
- Provinzhauptstadt
- HAITI Staat

- Kolonialbesitz**
- britisch
 - französisch
 - niederländisch
 - spanisch



„FLUCH DER RESSOURCEN“?

Die Bedeutung des Erdöls für die venezolanische Wirtschaft

Alejandro Márquez-Velázquez

Venezuela erlebt derzeit die schwerwiegendste Wirtschaftskrise seit der Abspaltung von Großkolumbien 1830 und eine der schwersten Krisen weltweit seit den 1980er Jahren.⁰¹ Seit 2013 ist die venezolanische Wirtschaft ununterbrochen geschrumpft. Daten der venezolanischen Zentralbank zeigen, dass vom dritten Quartal 2013 bis zum dritten Quartal 2018 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 52 Prozent zurückgegangen ist.⁰² Der wirtschaftliche Niedergang begann bereits ein Jahr vor dem Verfall des Ölpreises 2014, mit dem die fast ununterbrochene Steigerung der Rohstoffpreise seit 2000 ihr Ende zu erreichen schien. Venezuela – das Land mit den weltweit größten Erdölreserven – war wie kein anderes Land von den fallenden Ölpreisen betroffen.

Bei der Suche nach den Gründen stößt man auf ein Phänomen, das in den Wirtschaftswissenschaften als „Fluch der Ressourcen“ diskutiert wird. Kern der Debatte ist die Frage, warum die Wirtschaft vieler ressourcenreicher Entwicklungsländer dazu verdammt scheint, langsamer zu wachsen als die ressourcenärmeren, ansonsten aber vergleichbarer Länder. In den Wirtschaftswissenschaften werden ökonomische und politische Ursachen hervorgehoben. Zentral ist die Vorstellung, dass eine Abhängigkeit vom Export natürlicher Rohstoffe, insbesondere von Energieträgern wie Erdöl, eine Reihe von Anreizen entstehen lässt, durch die sich ebendiese Abhängigkeit weiter verfestigt. Mit Blick auf vom Erdöl abhängige Entwicklungsländer wird zudem das sogenannte *rent-seeking* hervorgehoben, also der Versuch ökonomischer Akteure, staatliche Umverteilung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Im Verbund mit anderen für Petrostaaten typische Eigenschaften wie einer extremen Machtkonzentration und einer geringen administrativen Leistungsfähigkeit werde so das Ansparen der während eines Ölpreishochs entstandenen Ein-

nahmen ebenso verhindert wie Investitionen in Projekte, die eine Grundlage für die Verringerung der Abhängigkeit von Öl schaffen.

Es scheint auf den ersten Blick so, als würde der Fluch nur Entwicklungsländer befallen. Länder, die derzeit hoch entwickelt und reich an natürlichen Ressourcen sind, wie etwa Kanada oder Norwegen, konnten keinerlei negativen Einfluss dieses Reichtums auf ihre industrielle Entwicklung verzeichnen.⁰³ Dies gilt allerdings ebenso für bestimmte ressourcenreiche Entwicklungsländer, beispielsweise Botsuana, das über große Diamantenvorkommen verfügt. Wieder andere Länder haben nur in einer bestimmten Phase ihrer Geschichte unter dem negativen Einfluss natürlicher Ressourcen gelitten. An Venezuela – zwischen Ende der 1930er und Anfang der 1960er Jahre Erdölexportweltmeister⁰⁴ – lässt sich die Theorie vom „Fluch der Ressourcen“ idealtypisch analysieren.

ÜBERTRAGUNGSKANÄLE

Eine in der volkswirtschaftlichen Fachliteratur besonders häufig genannte ökonomische Ursache für den „Fluch der Ressourcen“ ist die sogenannte Holländische Krankheit: Durch den Anstieg der Rohstoffpreise oder weil ein Staat anfängt, neue Rohstoffvorkommen auszubeuten, führt der durch die Exporteinnahmen generierte Zufluss an Devisen zu einer realen Aufwertung der lokalen Währung. Durch diese Aufwertung verlieren exportorientierte Branchen außerhalb des Rohstoffsektors ihre Wettbewerbsfähigkeit – die Unternehmen werden vom Markt verdrängt. Wenn dies das produzierende Gewerbe betrifft, wird das Wirtschaftswachstum des Landes langfristig negativ beeinflusst, da dieser exportorientierte Teil der Wirtschaft als besonders wichtig für das Produktivitätswachstum eines Landes erachtet wird.⁰⁵

Andere Autoren weisen politischen Faktoren eine Hauptrolle für den „Fluch“ zu. Im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen steht unter anderem, dass ein großer Reichtum an natürlichen Ressourcen in Verbindung mit schwachen Institutionen für ein geringes Wirtschaftswachstum verantwortlich sei. Zu diesem schwachen institutionellen Rahmen gehört auch ein niedriger Entwicklungsstand des Steuersystems in den Bereichen, die in keiner Beziehung zum Rohstoffsektor stehen.⁰⁶ Dies führe dazu, dass die Gesellschaft vom Staat abhängt und nicht umgekehrt.⁰⁷ Der Mangel an starken Institutionen lässt sich zugleich mit einem schwach ausgeprägten Rechtsstaat, geringer staatlicher Funktionsfähigkeit, einem hohen Korruptionsniveau und einer erhöhten Wahrscheinlichkeit der Enteignung in Verbindung bringen. Diese Bedingungen führen dazu, dass Marktteilnehmer es bevorzugen, sich ihren Teil des Renteneinkommens zu sichern, statt nutzbringende Investitionen einzuleiten.⁰⁸ Eine weitere Eigenschaft schwacher Institutionen ist, dass sie undemokratische Regimes begünstigen. Ein Überfluss an Erdöl erschwert in diesem Kontext so tendenziell auch den Übergang zur Demokratie.⁰⁹

01 Vgl. Susanne Gratius/José Manuel Puente, *Las claves de la crisis venezolana*, in: *Foreign Affairs Latinoamérica* 2/2019, S. 5; Asdrúbal Baptista, *Bases cuantitativas de la economía venezolana, 1830–1995*, Caracas 1997, S. 63, eigene Berechnungen.

02 Vgl. Víctor Salmerón, *El BCV confirmó la debacle de la economía: Qué dicen las cifras?*, 29.5.2019, <https://prodavinci.com/el-bcv-confirmo-la-debacle-de-la-economia-que-dicen-las-cifras-oficiales>.

03 Vgl. Jonathan Di John, *Is There Really a Resource Curse? A Critical Survey of Theory and Evidence*, in: *Global Governance* 2/2011, S. 167–184.

04 Vgl. Leonardo Maugeri, *The Age of Oil*, Westport/CT 2006, S. 32; Alexander Simoes/César A. Hidalgo/Dave Landry, *The Observatory of Economic Complexity. Venezuela*, <https://oec.world/en/profile/country/ven>.

05 Vgl. Paul Krugman, *The Narrow Moving Band, the Dutch Disease, and the Competitive Consequences of Mrs. Thatcher*, in: *Journal of Development Economics* 1–2/1987, S. 41–55; Sweder van Wijnbergen, *The ‚Dutch Disease‘: A Disease After All?*, in: *The Economic Journal* 373/1984, S. 41–55.

06 Vgl. Terry Lynn Karl, *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*, Berkeley 1997.

07 Vgl. Leopoldo López/Gustavo Baquero, *Venezuela energética. Propuesta para el bienestar y progreso de los venezolanos*, Caracas 2017.

08 Vgl. Halvor Mehlum/Karl Moene/Ragnar Torvik, *Institutions and the Resource Curse*, in: *The Economic Journal* 508/2006, S. 1–20.

09 Vgl. Michael L. Ross, *The Oil Curse: How Petroleum Wealth Shapes the Development of Nations*, Princeton 2012.

Die gängigste Empfehlung, um eine Überbewertung der eigenen Währung zu vermeiden und die Abhängigkeit eines Staates von Steuereinnahmen aus dem Erdölsektor zu verringern, war lange die Schaffung von staatlichen Investitionsfonds, die aus den Öleinnahmen finanziert werden und mit denen der größte Teil dieser Einnahmen außerhalb des Landes angelegt werden kann.¹⁰ Norwegen ist hierfür ein in der Fachliteratur viel zitiertes Paradebeispiel, da das Land auf diese Weise nahezu seine gesamten Erdöleinnahmen zurücklegt. Der Marktwert des Oljefonds, des weltweit operierenden staatlichen Pensionsfonds des Landes, liegt derzeit bei knapp einer Billion Euro.¹¹ Die Entnahme von Mitteln aus dem Fonds ist strikt auf die Deckung eines vom Erdöl abgekoppelten Staatsdefizits bis zur Höhe der erwarteten Fondsrendite beschränkt. Diese wird auf 3 Prozent geschätzt.¹² Allerdings wird in der jüngeren Literatur darauf hingewiesen, dass ölreiche Entwicklungsländer einen höheren Investitionsbedarf haben als Norwegen. Daher werden großzügigere Entnahmeregelungen für die aus den Erdöleinnahmen von Entwicklungsländern finanzierten Staatsfonds empfohlen.¹³ Entsprechend wird die wirtschaftspolitische Empfehlung dahingehend angepasst, dass solche Staaten einen Teil der Öleinnahmen investieren sollten, um Mängel, etwa in der Infrastruktur und dem Bildungs- oder Gesundheitswesen, zu lindern.

VENEZUELA ALS WIRTSCHAFTSPOLITISCHER SONDERFALL?

In einer ersten Phase widersprach die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zunächst den gängigen Annahmen zum „Fluch der Ressourcen“. Seit dem Beginn der Erdölförderung

10 Vgl. Jeffrey M. Davis et al., *Stabilization and Savings Funds for Nonrenewable Resources: Experience and Fiscal Policy Implications*, in: Jeffrey M. Davis/Rolando Ossowski/Annalisa Fedelino (Hrsg.), *Fiscal Policy Formulation and Implementation in Oil-Producing Countries*, Washington, D.C. 2003.

11 Vgl. Norges Bank Investment Management, *The Fund's Market Value*, www.nbim.no/en.

12 Vgl. *dass.*, *About the Fund*, www.nbim.no/en/the-fund/about-the-fund.

13 Vgl. Pierre-Richard Agénor, *Optimal Fiscal Management of Commodity Price Shocks*, in: *Journal of Development Economics* 122/2016, S. 183–196.

im großen Stil Anfang der 1920er Jahre wurde Venezuela bis Ende der 1970er Jahre von einem der ärmsten Länder Lateinamerikas zu dem bei weitem reichsten Land der Region. In diesem Zeitraum wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf jährlich um durchschnittlich 4,4 Prozent, womit es sich innerhalb von 60 Jahren mehr als verzehnfachte.¹⁴ Im Gegensatz zur Theorie, der „Fluch der Ressourcen“ werde durch die „Holländische Krankheit“ ausgelöst, scheint dieses langfristige Wachstum nicht dadurch beeinflusst worden zu sein, dass die Bedeutung des Erdöls im Exportsektor zunahm: 1923 ersetzte das Erdöl den Kakao als zweitwichtigstes Exportprodukt, um zwei Jahre später auch den Kaffee, bis dahin Hauptexportprodukt, zu überflügeln. 1926 machte das Erdöl erstmals die Hälfte der venezolanischen Exporte aus. In der Zeit von 1926 bis 1979 gab es nur ein Jahr (1978), in denen der Ölexport weniger als zwei Drittel des gesamten Exportvolumens ausmachte.¹⁵

Bis 1974 wurde die positive ökonomische Entwicklung des Landes bei zugleich wachsender Abhängigkeit vom Ölsektor nicht von einem staatlichen Investitionsfonds begleitet. Der venezolanische Staat perfektionierte allerdings seine Fähigkeiten, auf die Öleinnahmen zuzugreifen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als internationale Ölkonzerne die ersten Konzessionen erhielten, beanspruchte er einen geringen Anteil der Einnahmen. Bereits Ende der 1940er Jahre gelang es dem Staat aber, eine gleichmäßige Verteilung der Öleinnahmen zu erreichen: 50 Prozent für den venezolanischen Fiskus, 50 Prozent für die internationalen Unternehmen – ein Steuermodell, das andere Erdöl exportierende Entwicklungsländer wie der Irak, Kuwait und Saudi-Arabien übernahmen.¹⁶ In dieser Phase widersprach Venezuela den volkswirtschaftlichen Modellen weitgehend: Die Zentralisierung der Macht schien sich mit der Zeit zu reduzieren, während die staatliche Handlungsfähigkeit zunahm. Zudem wurde die Demokratie als Regierungsform gegen Ende der 1950er Jahre konsolidiert – relativ früh für ein Entwicklungsland, das von der Ölwirtschaft geprägt war und ist.

14 Vgl. Baptista (Anm. 1), eigene Berechnungen.

15 Vgl. ebd., S. 94f.; Simoes/Hidalgo/Landry (Anm. 4).

16 Vgl. Karl (Anm. 6), S. 96.

VERLORENE JAHRZEHNTE

Die volkswirtschaftliche Entwicklung Venezuelas begann, seit Anfang der 1980er Jahre eine radikale Wende zu nehmen (*Abbildung*). Bis Anfang des 21. Jahrhunderts kam es zu einer lang anhaltenden Rezession.¹⁷ Die Wirtschaftswissenschaftler Ricardo Hausmann und Francisco Rodríguez schätzen, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf außerhalb des Ölsektors 1978 seinen Höchststand erreichte, um dann bis 2001 um ungefähr 20 Prozent zurückzugehen. Beide Ökonomen heben zugleich hervor, dass der Rückgang des BIP pro Kopf innerhalb des Ölsektors sehr viel früher eingesetzt hatte und stärker ausgeprägt war. Sie kommen zu dem Schluss, dass hier der Höhepunkt bereits 1957 erreicht war und das BIP pro Kopf bis 2001 um etwa 67 Prozent sank.¹⁸

Als Erklärung für die Rezession greift die „Holländische Krankheit“ in den 1980er Jahren nicht. Die Staaten der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) kamen überein, die Rohölförderung zu drosseln, um dem Preisverfall entgegenzuwirken. Daher gingen die venezolanischen Öleinnahmen im Laufe des Jahrzehnts stark zurück.¹⁹ Der Rückgang der Investitionen ins produzierende Gewerbe Venezuelas in diesem Zeitraum kann also nicht auf einen wachsenden Ölsektor zurückzuführen sein.²⁰

Als relevantere Faktoren für die Rezession der 1980er Jahre lassen sich stattdessen die gestiegene Volatilität des Ölpreises in den 1970er und 1980er Jahren sowie die Machtkonzentration in einer Demokratie mit relativ schwachen Institutionen herausarbeiten. Die Gewinne aus dem Ölgeschäft wurden in Projekte zur Vergrößerung des geopolitischen Einflusses des Landes investiert sowie in Vorhaben, die dem jeweiligen Prä-

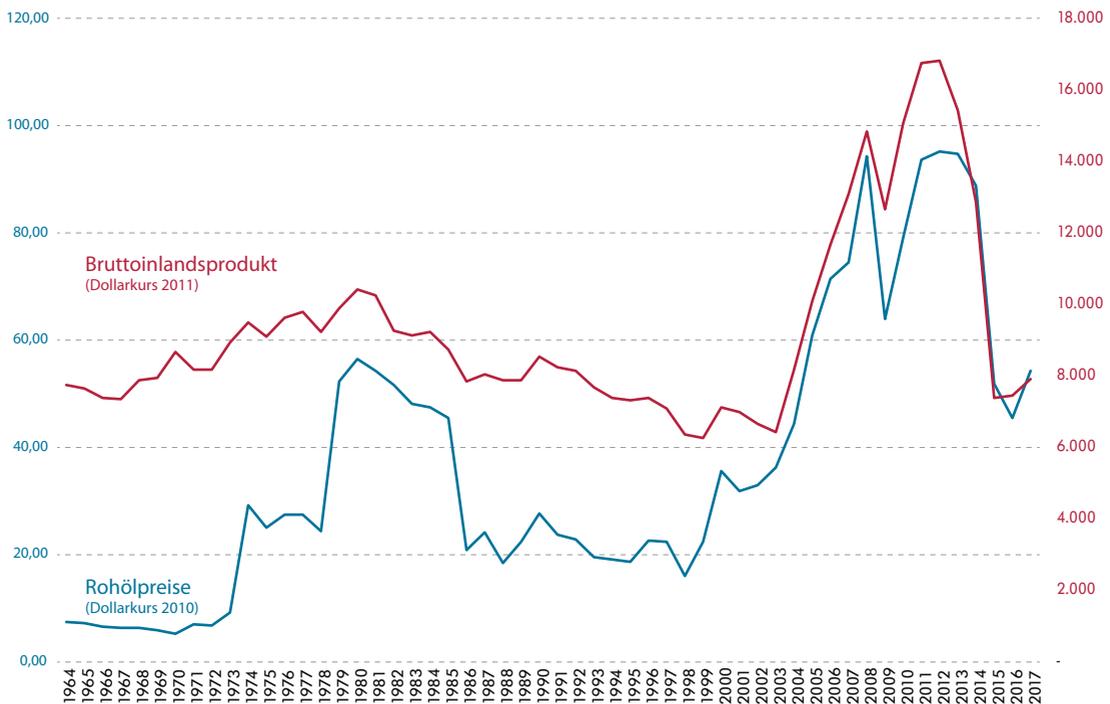
17 Vgl. Betty Agnani/Amaia Iza, Growth in an Oil Abundant Economy: The Case of Venezuela, in: *Journal of Applied Economics* 1/2011, S. 61–79.

18 Vgl. Ricardo Hausmann/Francisco Rodríguez, Why did Venezuelan Growth Collapse?, in: dies. (Hrsg.), *Venezuela Before Chávez: Anatomy of an Economic Collapse*, University Park 2014, S. 15–50.

19 Vgl. Osmel Manzano, Venezuela After a Century of Oil Exploitation, in: Hausmann/Rodríguez (Anm. 18), S. 51–90, hier S. 68.

20 Vgl. Jonathan Di John, The Political Economy of Industrial Policy in Venezuela, in: ebd., S. 321–370.

Abbildung: Entwicklung der realen Rohölpreise (Jahresdurchschnitt der Brent, Dubai und West Texas Intermediate Preise) und des realen Bruttoinlandsprodukts Venezuelas pro Kopf



Quelle: World Bank Commodity Price Data. The Pink Sheet, 2018; Robert C. Feenstra/Robert Inklaar/Marcel P. Timmer, The Next Generation of the Penn World Table“ American Economic Review 10/2015, S. 3150–3182, www.gdc.net/pwt, eigene Darstellung.

sidenten ein höheres Prestige einbrachten und die Chancen auf einen erneuten Wahlsieg der regierenden Partei erhöhen sollten. Eine solche Nutzung der Gewinne aus dem Ölgeschäft trägt nicht dazu bei, die Abhängigkeit vom Öl zu verringern.²¹ Ein Beispiel hierfür waren die Maßnahmen, die während der ersten Regierungszeit des Präsidenten Carlos Andrés Pérez von 1974 bis 1979 umgesetzt wurden.

Kurz nach der ersten Ölkrise 1973 und unmittelbar vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch erreichte die Regierung Pérez, dass der Kongress sie ein Jahr lang mit Sondervollmachten ausstattete. Diese erlaubten dem Präsidenten, per Dekret zu regieren, was eine Zentralisierung der politischen Machtverhältnisse bedeutete.

In jener Zeit erließ Pérez ein Dekret, durch das der ölfinanzierte Staatsfonds Fondo de Inversiones de Venezuela (FIV) ins Leben gerufen wurde. Mit diesem sollte einer Überhitzung der Wirtschaft entgegengewirkt und unter dem Eindruck der Krise die Abhängigkeit der Staatskasse von den Öleinnahmen verringert werden.²² Der Fonds entwickelte sich allerdings zu einem parallelen Budget unter der vollständigen Kontrolle des Präsidenten und trug so dazu bei, die eigentlich nur für 1974 und 1975 verliehenen Sondervollmachten bis 1979 zu verlängern.²³ Weitere Maßnahmen der Regierung Pérez waren die Gründung des staatlichen Ölkonzerns Petróleo de Venezuela (PDVSA) im Zuge der Verstaatlichung des Erdölsektors 1976. Dieser war bis zu diesem Jahr von großen transnationalen Mineralölunternehmen, insbesondere von Standard Oil und Shell, dominiert worden. Die demokrati-

²¹ Vgl. Alejandro Márquez-Velázquez, The Resource Curse and Political Cycles in Developing Countries: Is There a Connection? The Case of Venezuela, Working Paper, 22nd Conference of the Forum for Macroeconomics and Macroeconomic Policies der Hans-Böckler-Stiftung, 10 Years After the Crash: What Have we Learned?, Berlin 2018.

²² Vgl. Pedro A. Palma, 1974–1983: una década de contrastes en la economía venezolana, Caracas 1989.

²³ Vgl. Karl (Anm. 6), S. 132.

schen Regierungen ab 1958 hatten sich darauf geeinigt, keine weiteren Konzessionen an diese Unternehmen zu erteilen und deutlich gemacht, dass die letzten, 1983 auslaufenden Konzessionen nicht verlängert werden würden.²⁴ Zentraler Akteur der frühen Schritte zur Verstaatlichung des Erdölsektors war Juan Pablo Pérez Alfonso, Mitbegründer der OPEC und Minister für Bergbau und Kohlenwasserstoffe von 1959 bis 1963. Das Steueraufkommen im Erdölsektor nahm in dieser Zeit konstant zu. Vor diesem Hintergrund reduzierten die transnationalen Unternehmen ihre Investitionen und ihre Beschäftigungsquote in den 1960er Jahren, was einen Kollaps der Produktion ab Anfang der 1970er Jahre mit sich brachte. Zusammen mit der Ölkrise 1973 legte diese Reaktion die Basis dafür, dass der Prozess der Verstaatlichung von 1983 auf 1976 vorgezogen wurde.²⁵ Der Zugriff des venezolanischen Staates auf die Ölgewinne hatte auf diese Weise seinen absoluten Höhepunkt erreicht.

Dass aus den folgenden zehn Jahren Venezuelas erstes verlorenes Jahrzehnt werden sollte, seit das Land mit dem Erdöllexport begonnen hatte, ist also nicht allein auf den Ölpreisverfall Mitte der 1980er Jahre zurückzuführen, sondern beruhte auf dem Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren. Zu den fallenden Ölpreisen kam die wachsende politische und wirtschaftliche Zersplitterung des Landes. So argumentiert der Ökonom Jonathan Di John mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Venezuelas, die Industrialisierung des Landes habe in den 1980er Jahren ein Niveau erreicht, das eine stärker an Bedingungen geknüpfte und selektivere staatliche Förderung notwendig gemacht hätte. Dass keine derartige Strategie umgesetzt wurde, habe nicht zuletzt an der zunehmenden Fragmentierung der präsidentiellen Demokratie gelegen, die sich nach dem Ende der politischen Gewalt der 1960er Jahre abzeichnete.²⁶ Konnte dies in den 1970er Jahren noch mit Öleinnahmen finanziell aufgefangen werden, wurde in den 1980er Jahren angesichts der niedrigen Gewinne aus dem Ölgeschäft und der geringen steuerlichen Leistungsfähigkeit des venezola-

nischen Staates eine höhere Auslandsverschuldung in Kauf genommen.

Die steigende Auslandsverschuldung brachte harte Verhandlungen über die Rückzahlung der Schulden mit sich. 1989, zu Beginn der zweiten Amtszeit von Pérez, fanden sie ihren Höhepunkt in einer wirtschaftspolitischen Schocktherapie nach den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank (Konsens von Washington). Die Wirtschaftsreformen umfassten nicht nur die Liberalisierung von Handel und Finanzwesen, sondern auch die erneute Öffnung des Erdölsektors für private Investoren. Dieser plötzliche Paradigmenwechsel wurde 1989 von massiven Plünderungen begleitet, die als „Caracazo“ in die Geschichte eingehen sollten, sowie von zwei gescheiterten Staatsstreichern 1992. An deren Spitze stand eine Gruppe von Militärs, unter denen sich der damalige Oberstleutnant Hugo Chávez als Anführer herauskristallisieren sollte.²⁷

Die Marktöffnung des Ölsektors und stabilere Preise trugen Anfang der 1990er Jahre dazu bei, die ökonomischen Kennzahlen Venezuelas zu verbessern. Verschiedene interne wie externe Faktoren führten aber dazu, dass Venezuela letztlich ein weiteres verlorenes Jahrzehnt erlebte. Vor allem die voreilige Öffnung des Finanzwesens verursachte 1994 eine Bankenkrise – die größte Finanzkrise, die das Land je erlitt. Zudem hatte die stärkere Öffnung für den internationalen Handel im Zusammenspiel mit den durch eine höhere Erdölförderung steigenden Exporteinnahmen einen negativen Einfluss auf das produzierende Gewerbe – ein Symptom der „Holländischen Krankheit“.²⁸ 1998 schließlich kam es zu einem weiteren Ölpreissturz, der zu einer starken Rezession führte (*Abbildung*). Damit waren die Voraussetzungen für einen Wahlsieg von Hugo Chávez erfüllt. Dieser war nach seinem Putschversuch im Februar 1992 verhaftet, bereits 1994 aber vom neu gewählten Präsidenten Rafael Caldera begnadigt worden. Nur Monate vor Chávez' Amtsantritt gründete die Regierung Caldera mit dem Fondo de Inversión para la Estabilización Macroeconómica (FIEM) vor dem Amtsantritt einen zweiten, aus Ölgewinnen finanzierten Staatsfonds. Ziel war es zu

²⁴ Vgl. Manzano (Anm. 19), S. 61.

²⁵ Vgl. Ramón Espinosa, El auge y el colapso de Pdvsa a los treinta años de la nacionalización, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales 1/2006, S. 147–182, hier S. 151–154.

²⁶ Vgl. Di John (Anm. 20).

²⁷ Siehe auch den Beitrag von Stefan Rinke in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

²⁸ Vgl. Di John (Anm. 20), S. 326.

verhindern, dass schwankende Ölgewinne das makroökonomische Gleichgewicht des Landes negativ beeinflussen. Dies sollte erreicht werden, indem die Menge an US-Dollar, die das durchschnittliche Öleinkommen der vergangenen fünf Jahre übertraf, im Fonds angespart wurde.

AUTORITÄRE REGIERUNG UND WOHLSTAND?

Der Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten Hugo Chávez 1998, der sich gegen das System positioniert und seine Besorgnis über die seit Ende der 1970er Jahre wachsende Ungleichheit im Land in den Vordergrund gestellt hatte, ließ im Zusammenspiel mit dem Anstieg der Ölpreise nach der Jahrtausendwende die Hoffnung keimen, dass der wirtschaftliche Niedergang des Landes gestoppt sei.

Chávez' Regierungszeit begann mit wichtigen politischen Reformen, die er während der Wahlkampagne versprochen hatte und die später als „Bolivarische Revolution“ (oder auch „Bolivarische Revolution“) bezeichnet werden sollten. Im Mittelpunkt dieser Reformen stand eine neue Verfassung, die 1999 verabschiedet wurde. Trotz ihrer Versprechen, eine direkte Demokratie einzuführen, war die Regierung Chávez ebenso wie die Nicolás Maduros de facto Vertreter einer kompetitiv-autoritären Regierungsform.²⁹ Auch wenn weiterhin regelmäßig Wahlen abgehalten wurden, kam es doch zu einer fortschreitenden Schwächung der politischen Kontrolle der Exekutive. So regierten Chávez und Maduro in mehr als einem Drittel der Zeit von 1999 bis 2016 per Dekret.³⁰

Auf dem Weg hin zu einer kompetitiv-autoritären Regierung stieß Chávez in den ersten fünf Jahren auf große Widerstände aus den Machtbe-

reichen von Armee, Ölindustrie und Privatunternehmen. Höhepunkte dieser Konfrontationen waren der versuchte Staatsstreich 2002 und der Generalstreik im Ölsektor 2002/2003. Die Regierung Chávez überstand beides. Sie schaffte es, an dem Staatsstreich beteiligte Militärs aus den Streitkräften zu entfernen und die Streikteilnehmer aus dem staatlichen Ölkonzern PDVSA zu entlassen. Diese Konflikte verursachten allerdings sehr hohe Kosten. Von 2002 bis 2003 schrumpfte die venezolanische Wirtschaftsleistung um 16 Prozent.³¹ Die Entlassung von rund 20000 Mitarbeitern des staatlichen Ölkonzerns sollte sich zudem langfristig auf seine Produktionskapazitäten auswirken.³²

1999 fing die Regierung Chávez an, die Ausgaberegeln des von der vorherigen Regierung gegründeten Investitionsfonds FIEM zu lockern.³³ Im Ergebnis wurde der Fonds de facto aufgelöst. 2001 schuf die Regierung zudem ein neues Ölgesetz, mit dem insbesondere das staatliche Steuermanagement im Ölsektor vereinfacht werden sollte und in dem festgelegt wurde, dass der venezolanische Staat mehrheitlich an allen Gemeinschaftsunternehmen im Ölsektor beteiligt sein musste.³⁴

Das Ende des Streiks 2002/2003 sowie die Anwendung des neuen Ölgesetzes führten zu einem starken Anstieg der Ölgewinne. Nachdem der Widerstand gegen den wachsenden Autoritarismus überwunden war, profitierte die venezolanische Volkswirtschaft zudem von den steigenden Rohstoffpreisen nach der Jahrtausendwende. Das jährliche Wachstum des realen BIP Venezuelas erreichte zwischen 2004 und 2013 einen Durchschnitt von bis zu 5,9 Prozent – ein Wert, den das Land seit den 1970er Jahren nicht mehr erlebt hatte und der weit über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum in Lateinamerika von etwas mehr als 4 Prozent lag.³⁵ In dieser Situation rief die Regierung Chá-

29 Vgl. Javier Corrales, *Autocratic Legalism in Venezuela*, in: *Journal of Democracy* 26/2015, S. 37–51.

30 Vgl. *Se han aprobado 4 en la Revolución Bolivariana. Todo lo que necesitas saber sobre la Ley Habilitante*, 17.8.2013, www.correodelorinoco.gob.ve/todo-que-necesitas-saber-sobre-ley-habilitante; *Ley Habilitante: la carta todopoderosa de Maduro para dictar cualquier ley*, 7.12.2015, <https://www.eldemocrata.cl/noticias/ley-habilitante-la-carta-todopoderosa-de-maduro-para-dictar-cualquier-ley>; *Maduro extiende por octava vez decreto de estado de excepción y emergencia económica*, 19.7.2017, www.diariolasamericas.com/america-latina/-n4127229, eigene Berechnungen.

31 Vgl. Leonardo Vera, *Venezuela 1999–2014: Macro-Policy, Oil Governance and Economic Performance*, in: *Comparative Economic Studies* 3/2015, S. 539–568.

32 Vgl. Ricardo Rojas-Rondón, *Qué pasará con el oro venezolano?*, 6.6.2019, www.dw.com/es/a-49094404.

33 Vgl. José Guerra, *La política económica en Venezuela: 1999–2003*, Caracas 2004.

34 Vgl. Bernhard Mommer, *Venezuela: Un nuevo marco legal e institucional petrolero*, in: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales* 2/2002, S. 201–207, hier S. 203 ff.

35 Vgl. Vera (Anm. 31), S. 543.

vez 2005 einen neuen, ebenfalls ölfinanzierten Staatsfonds ins Leben, den Fondo Nacional para el Desarrollo Nacional (FONDEN). Zwischen 2005 und 2013 wurden 115 Milliarden US-Dollar in ihn eingezahlt.³⁶ Das Gros dieser Mittelfloss in den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und den Straßenbau. Viele dieser Bauprojekte sind bis heute noch nicht abgeschlossen.³⁷ Es ist schwer zu erkennen, wie sie die Abhängigkeit vom Erdöl verringern sollten. Die Regierung Chávez zeigte sich kaum fähig oder willens, die dank der in jener Zeit steigenden Ölpreise erzielten Ölgewinne anzusparen. Damit handelte sie ähnlich wie die Regierungen Pérez und Luis Herrera Campíns (von 1979 bis 1984) während der Ölkrisen der 1970er Jahre sowie Anfang der 1980er Jahre. Man kann davon ausgehen, dass gegen 2013 die Mittel des Fonds erschöpft waren. Denn hätte die Regierung Chávez die Gewinne des Erdölbooms der 2000er Jahre gespart, hätte Venezuela einen finanziellen Puffer an internationalen Geldreserven gehabt, um den Rückgang der Importe zwischen 2013 und 2018 um 74 Prozent zu verhindern.³⁸

Das Versäumnis, die Ölgewinne zurückzulegen, ein prozyklischer und umfassender Anstieg der Auslandsschulden sowie der Verschuldung des staatlichen Ölkonzerns PDVSA in der Zeit steigender Rohstoffpreise nach der Jahrtausendwende führten dazu, dass Venezuela seit 2012 keinen Zugang mehr zum privaten internationalen Finanzmarkt hat.³⁹ Diese Situation zwang die Regierung von Nicolás Maduro ab 2013 dazu, jedes Jahr aufs Neue Möglichkeiten zu finden, ein Leistungsbilanzdefizit zu umgehen. Dies ist ihr bis jetzt gelungen. Die Strategie besteht vor allem darin, das Dollarangebot aus einer gesunkenen Ölproduktion zu reduzieren, um Importe zu finanzieren, im Rahmen der geplanten Entwicklung der venezolanischen Bergbauregion mehr Gold in verbündete Staaten mit strategischer Bedeutung zu exportieren, selektive Zahlungsausfälle bei den Auslandsschulden in Kauf zu nehmen und die Verbindlichkeiten gegenüber China ständig neu zu verhandeln.

³⁶ Vgl. Vera (Anm. 31), S. 564.

³⁷ Vgl. Márquez-Velázquez (Anm. 21), S. 26.

³⁸ Vgl. Salmerón (Anm. 2).

³⁹ Vgl. Leonardo Vera, In Search of Stabilization and Recovery: Macro Policy and Reforms in Venezuela, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 1/2017, S. 9–26.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Venezuela ist hinsichtlich Nettoexport, Staatseinnahmen und des Verhältnisses zwischen bekannten Ölreserven im Verhältnis zum eigenen Verbrauch eines der am stärksten vom Erdöl abhängigen Länder. Das Land war der am stärksten vom Rückgang des Ölpreises 2014 betroffene Rohölexporteur, weil die negativen Tendenzen, die im Land vom Beginn der Chávez-Regierungszeit bis 2014 beobachtet werden konnten, jenen ähneln, die auch Mitte der 1970er bis Ende der 1980er Jahre festgestellt wurden. Die bedeutendste Tendenz ist die Unfähigkeit, ausreichende Dollarreserven anzulegen, um einem Ölpreissturz begegnen zu können. In beiden Zeiträumen zeigte sich, dass die Verantwortlichen sich strikt weigerten, die Staatsausgaben und das Steuersystem so anzupassen, wie es notwendig wäre, um die Krise zu bekämpfen. Dies lag nicht daran, dass es keinen ölfinanzierten Staatsfonds gegeben hätte. Vielmehr lieferte die Praxis, die Staatsfonds nicht zur Reduzierung der Abhängigkeit zu nutzen oder sie gar aufzulösen, das Land den Ölpreisstürzen in den Jahren 1986 und 2014 schutzlos aus.

Der Fall Venezuela zeigt daher, dass bei stark schwankenden Rohölpreisen demokratische Institutionen und Staatsfonds alleine nicht ausreichen, um dem „Fluch der Ressourcen“ zu entgehen. Allem Anschein nach ist ein parlamentarisch geprägtes, demokratisches System notwendig, um sicherzustellen, dass die Staatsfonds ihre Funktion erfüllen – wie es in Kanada und Norwegen der Fall ist, zwei Ölexportstaaten, denen es gelungen ist, den „Fluch der Ressourcen“ abzuwenden. Die zentrale Frage ist also, unter welchen Bedingungen der Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie in ölexportierenden Entwicklungsländern gelingen kann.

Übersetzung aus dem Spanischen: Jan Fredriksson, Herzberg am Harz.

ALEJANDRO MÁRQUEZ-VELÁZQUEZ

ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerika-Institut und im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin. Er forscht und publiziert schwerpunktmäßig zur Entwicklungs- und Makroökonomie von Entwicklungsländern. alejandro.marquez@fu-berlin.de

Venezuela 2019

- 1 Dto. Capital
- 2 Vargas
- 3 Miranda
- 4 Aragua
- 5 Carabobo
- 6 Yaracuy
- 7 Táchira



Orte

- über 1.000.000 Einwohner
- 500.000 – 1.000.000 Einwohner
- ⊙ 100.000 – 500.000 Einwohner
- unter 100.000 Einwohner

Caracas

Hauptstadt

Grenzen und administrative Gliederung

- Staatsgrenze
- - - Staatsgrenze im Wasser
- · - · - Grenze Bundesstaat
- Staat
- VENEZUELA
- Apure Bundesstaat

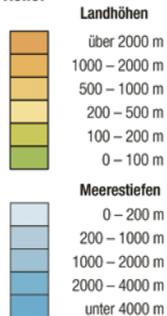
Verkehr

- == Autobahn, Schnellstraße
- Sonstige Straße
- Eisenbahn

Hydrografie

- Fluss
- Stausee, See

Relief



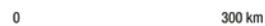
Bodenschätze

- ▲ Erdölförderung
- ⬆ Erdölraffinerie
- ▲ Goldvorkommen
- ▨ Nationale Strategische Entwicklungszone Arco Minero del Orinoco

Indigene Völker

- ▨ Indigene Siedlungsgebiete (Anteil Indigener an der Gesamtbevölkerung > 50 %)

1 : 10 500 000



© mr-kartographie, Gotha 2019

DER KAMPF INDIGENER VÖLKER UM TERRITORIALE RECHTE IN VENEZUELA

Minerva Vitti · Andrea Scholz

Das Territorium ist der Raum, in dem Lebensweise, Sprache, Kultur und Existenz indigener Völker in Lateinamerika ihre Basis haben. Entsprechend achtungsvoll gehen indigene Völker mit den natürlichen Ressourcen in ihren Siedlungsgebieten um, aus denen sie Lebensmittel und Materialien für die Herstellung von Häusern, Booten und Utensilien gewinnen. Obwohl sich auch die indigenen Lebensweisen im Laufe der Zeit verändert haben, ist die Bindung an das Territorium innerhalb eines ökologischen Gleichgewichts eine Konstante geblieben.

Nicht von ungefähr sind die Auseinandersetzungen im Zuge von Umweltkonflikten von Argentinien bis Mexiko gerade dann umso heftiger, wenn Wissen und Anliegen lokaler Gemeinschaften, also der Indigenen oder Kleinbauern, eine große Rolle spielen.⁰¹ Denn die Lokalbevölkerung trägt Wissensformen bei, die den hegemonialen Diskurs herausfordern, in dem die Kosten-Nutzen des Ressourcenabbaus im Vordergrund stehen, ohne die Kosmvision der Völker und die Verantwortung für die Umwelt und das kulturelle Erbe zu berücksichtigen, deren monetärer Wert nicht messbar ist. In diesem Sinne könnte man die indigenen Völker und Gemeinschaften im Sinne von Emiliano Terán Mantovani in nuklearen Ökologien verorten. Sie charakterisieren sich nicht durch spezifische ökologische Besorgnisse, sondern durch die enge Beziehung zwischen Territorium, Identität und Leben. Das Territorium ist daher die zentrale und gemeinsame Forderung in den verschiedenen Kämpfen der indigenen Völker.⁰²

„Das Territorium ist das wichtigste Bindeglied zur Mutter Erde, gleichzeitig ist es ein kollektives Gedächtnis, das die kulturelle Reproduktion indigener Völker ermöglicht und ermöglicht hat. Es ist ein Raum der Aneignung, es ist die Quelle von Gütern und Ressourcen für den individuellen und kollektiven Nutzen, es ist ein Raum für Entscheidungen, soziale Mobilisierung und die Basis von Identität. Es ist ein kollektives Erbe, in dem sämtliche Güter, unser Wissen, unsere soziale Organi-

sation und Beziehungen zwischen uns und anderen Wesen ihre Grundlage haben“, heißt es in einer Broschüre über indigene Kartografien, die vom indigenen Ministerium veröffentlicht wurde.⁰³

In Venezuela beginnt die Liste der indigenen Rechte, die in der Verfassung von 1999 verankert sind, mit dem Recht auf Territorium: Die Verfassung erkennt den multiethnischen, multikulturellen und mehrsprachigen Charakter der venezolanischen Gesellschaft an. 2001 hat die venezolanische Regierung zudem die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert, das einzige völkerrechtlich verbindliche internationale Abkommen zum Schutz der Rechte indigener Völker. 2005 wurde das Rahmengesetz über indigene Völker und Gemeinschaften verabschiedet. Darüber hinaus hat der venezolanische Staat eine Reihe weiterer Gesetze speziell für indigene Völker erlassen, darunter das Gesetz über die Abgrenzung und Gewährleistung des Lebensraums und der Länder indigener Völker (2001), das ein genaues Prozedere für die Demarkierung und Titulierung indigener Territorien festlegt, das Gesetz über indigene Sprachen (2007), das Gesetz über das kulturelle Erbe indigener Völker und Gemeinschaften (2009) und das Gesetz über indigenes Kunsthandwerk (2009). 2007 stimmte Venezuela der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker zu und gründete ein indigenes Ministerium.⁰⁴

Was sich auf dem Papier gut liest, sieht in der Realität jedoch oft anders aus für die 51 indigenen Völker, die auf dem venezolanischen Staatsgebiet leben. Das entspricht rund 725 000 Menschen beziehungsweise 2,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, von denen die Wayúu mit einem Anteil von etwa 57 Prozent, die Warao mit 7, die Kari'ña mit 5 und die Pemón mit 4 Prozent die größten Gruppen stellen. 61,2 Prozent der indigenen Bevölkerung Venezuelas leben im Bundesstaat Zulia, 11 Prozent in Amazonas, 8 Prozent in Bolívar, 6 Prozent in Delta Amacuro, 5 Prozent in Anzoátegui, je etwa 3 Prozent in Sucre, Monagas und

Apure sowie je 0,3 Prozent in Nueva Esparta und Lara.⁰⁵ Im vergangenen Jahrzehnt wurde mehr als deutlich, dass der venezolanische Staat nicht in der Lage war, das von ihm anerkannte Recht der Indigenen auf ihre Territorien zu garantieren. Bisher hat er die indigenen Siedlungsgebiete nicht demarkiert beziehungsweise den indigenen Völkern Landtitel über diejenigen Territorien übertragen, die für die Entwicklung und Gewährleistung ihrer Lebensweise von entscheidender Bedeutung sind.

STOCKENDER DEMARKIERUNGSPROZESS

Der Prozess der Demarkierung indigener Siedlungsgebiete und Lebensräume hätte innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela von 1999 stattfinden sollen. Die regionalen Demarkierungskommissionen wurden aber erst 2003 und 2004 eingerichtet, und die ersten Demarkierungsprozesse 2005 und 2009 eröffnet.

Nach Angaben des venezolanischen Umweltministeriums wurden bis 2013 80 Landtitel erteilt, die hauptsächlich für indigene Gemeinschaften bestimmt waren. Angekündigt war die Verleihung von insgesamt 21 weiteren Titeln anlässlich des Feiertags zu Ehren des indigenen Widerstands am 12. Oktober 2014, sodass zusätzliche rund 4900 Quadratkilometer beziehungsweise fünf Prozent des Landes offiziell als indigene Gebiete anerkannt

worden wären, über die bereits zugestanden 1,1 Millionen Hektar hinaus. Dies wurde allerdings nicht realisiert. 2015 wurden laut Berichten des indigenen Ministeriums insgesamt 120 Titel über rund 260 000 Hektar verliehen, an die indigenen Gruppen der Cumanagoto, Kariña und Pumé.⁰⁶ 2016 enthielt der Rechenschaftsbericht des indigenen Ministeriums keinen Hinweis auf neue Landtitel,⁰⁷ und seit 2017 wurden keine Berichte mehr veröffentlicht. Dies macht es sehr schwierig zu überprüfen, ob es weitere Demarkierungen und Anerkennungen von Gebieten an indigene Gemeinschaften gegeben hat. Nach offiziellen Angaben machen die bisher gewährten Titel zwölf Prozent des Territoriums aus.

Im Allgemeinen war das Thema der Demarkierung durch Undurchsichtigkeit und politische Kooptierung gekennzeichnet – die meisten Titel wurden an 12. Oktobern oder anlässlich von Wahlen verliehen –, und die anerkannten Gebiete gleichen Agrartiteln, da sie unzusammenhängend und vereinzelt sind und nicht mit den ausgedehnten indigenen Gebieten übereinstimmen, die fast der Hälfte des Territoriums südlich des Orinoco entsprechen. Dies hat immer wieder zu Spaltungen und Konflikten auch zwischen indigenen Völkern geführt, weil der Staat die angestammten Gebiete fragmentiert. Eine weitere Folge der Verzögerung der Demarkierung ist die Nutzung dieser Gebiete durch den Staat und nicht-indigene Privatleute für extraktivistische Zwecke.

Einer der wichtigsten kollektiven Demarkierungsprozesse, die von der Nationalen Demarkierungskommission bearbeitet wurde, war jener der Ye'kwana und Sanema aus dem Gebiet des oberen Caura. Die Selbstdemarkierung mit Festlegung und Begründung der Gebietsgrenzen, in deren Zuge eigens dafür ausgebildete Indigene die topografische Vermessung mit GPS vornahm, dauerte fast drei Jahre.⁰⁸ 2001 wurde der Demarkierungsantrag offiziell eingereicht, ohne dass bis dato die staatliche Infrastruktur für dessen Bearbeitung vorhanden gewesen wäre. Das demarkierte Gebiet umfasste vier Millionen Hektar für 52 Gemeinden und wurde in keiner Phase des Prozesses angefochten, der mit einem Bericht der Na-

01 Davon vermitteln zum Beispiel die folgenden Dokumentarfilme einen Eindruck: „Cielo Abierto“ (Regie: Carlos Ruiz, 2007), „Tierra Sublevada“ (Regie: Fernando E. Solanas, 2009); „El oro de futa mawiza“ (Regie: Pablo Maas, 2003).

02 Vgl. Emiliano Terán Mantovani, *Naturalezas y territorialidades en disputa: Los ecologismos populares venezolanos y el eco-socialismo realmente existente en la Revolución Bolivariana*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Ecuador, 2018.

03 Ministerio del Poder Popular para la Cultura, „Esta tierra que habla mi lengua“. *Cartografías indígenas*, Caracas 2015, S. 2.

04 Vgl. Luis Bello, *Derechos de los Pueblos Indígenas en el Nuevo Ordenamiento Venezolano*, Kopenhagen 2005; René Kuppe, *Los derechos de los Pueblos Indígenas sobre Tierras y Recursos Naturales en Venezuela. Un análisis conceptual*, in: *Ágora. Revista de Ciencias Sociales* 14/2006, S. 157–191; Andrea Scholz/Alexander Mansutti Rodríguez, *Situation der indigenen Bevölkerung: Neue Vielfalt im multikulturellen Staat oder Einheitsstaat in multikultureller Verkleidung?*, in: Andreas Boeckh/Friedrich Welsch/Nikolaus Werz (Hrsg.), *Venezuela heute*, Frankfurt/M. 2011, S. 77–104.

05 Vgl. Instituto Nacional de Estadística, *Censo nacional de población y vivienda 2011. Empadronamiento de la población indígena de Venezuela*, Caracas 2015, www.ine.gov.ve/documentos/Demografia/Censo2011/pdf/EmpadronamientoIndigena.pdf.

06 Ministerio del Poder Popular para los Pueblos Indígenas, *Memoria y Cuenta 2015*, Caracas 2016, <https://transparencia.org.ve/wp-content/uploads/2016/07/MEMORIA-2015-indigenas.pdf>.

07 Ebd.

08 Luis Bello (Hrsg.), *El Estado ante la sociedad multiétnica y pluricultural. Políticas Públicas de los Pueblos Indígenas en Venezuela (1999–2010)*, Caracas–Kopenhagen 2011, S. 63.

tionalen Abgrenzungskommission zugunsten des Titels abgeschlossen wurde. Auch das Umweltministerium stimmte zu. 2006 wurde die Verleihung eines Titels jedoch vom Präsidenten der Republik, Hugo Chávez, im Ministerrat abgelehnt, mit der Begründung, dass indigene Völker kein so großes Gebiet für sich beanspruchen könnten.⁰⁹

Der Kampf der Ye'kwana und Sanema um die Titulierung ihrer Territorien hatte 1996 mit der Gründung der Indigenen Organisation des Cauca-Beckens, Kuyujani, begonnen. „Wir warten seit zwanzig Jahren auf eine Antwort der Regierung. (...) Es gibt Gesetze zu unseren Gunsten, aber die Diskriminierung geht weiter, wir befinden uns in einer kolonialen Situation“, erklärte Asdrúbal Sarmiento im April 2016 bei einer Versammlung der Ye'kwana in El Playón. Der ebenfalls angereiste Ye'kwana-Älteste José Domínguez berichtete von den beiden indigenen Politikerinnen Nicia Maldonado und Aloha Nuñez, die bei einem Besuch in Saisoriñña gefragt worden waren, warum sie den Landtitel noch nicht übergeben hätten. Ihre Antwort lautete, dass es der Bergbau sei, der dies verhindere, und dass es keine offizielle Stellungnahme der Nationalen Demarkierungskommission gäbe. „Die Regierung wird uns keinen Titel geben, weil sie in den indigenen Gebieten etwas anderes vorhat. Die Regierung erkennt uns institutionell an, berücksichtigt uns aber nicht bei ihren Plänen (...). Auch in der Nationalversammlung haben wir keine Unterstützung. Wir haben Treffen mit verschiedenen Gruppen im Parlament einberufen, aber das hat nichts genützt. Die beiden Ausreden sind: Bergbau, und dass das beanspruchte Gebiet zu groß ist.“

Die mangelnde staatliche Unterstützung beklagt auch Vladimir Aguilar, Rechtsanwalt und Koordinator der Arbeitsgruppe für indigene Angelegenheiten (GTAI) der Universidad de Los Andes. Er sieht in autonomen Selbstdemarkierungsprozessen den einzigen Weg, die Demarkierung als Pflicht des Staates und als Recht der indigenen Völker anzuerkennen. „Selbstdemarkierungen sollten in diesen Gebieten und bei den Völkern, in denen sie noch nicht existieren, gefördert werden, und der venezolanische Staat sollte der Garant für jeden dieser Prozesse sein. (...) Darüber hinaus darf die Titulierung nicht der Logik von Agrartiteln folgen, sondern muss das Ergebnis eines Prozesses der Anerkennung und Ausübung differenzierter indi-

gener Rechte sein. Es muss so viele Arten geben, Grenzen zu stecken, wie es indigene Völker und Gemeinschaften im Land gibt. Demarkierung kann kein homogener Prozess sein (...). Sie muss das Ergebnis einer partizipativen Dynamik mit indigenen Völkern und Gemeinschaften sein. (...) Die Demarkierung hat nicht nur die bloße Abgrenzung des Territoriums zum Ziel, sondern im Wesentlichen auch dessen Management, im Sinne von indigenen Lebensplänen. Die Ausarbeitung solcher Pläne ist der Schlüssel zur Selbstdemarkierung.“¹⁰

EXTRAKTIVISMUS VERSUS „FREIE, VORHERIGE UND INFORMIERTE ZUSTIMMUNG“

Am 24. Februar 2016 verkündete Präsident Nicolás Maduro mit dem Erlass 2.248 die sogenannte Nationale Strategische Entwicklungszone Arco Minero del Orinoco (ZDEN-AMO) zur Förderung der Ausbeutung der zahlreichen Mineralvorkommen im venezolanischen Amazonasgebiet. Das Gebiet umfasst etwa zwölf Prozent des Landes und ist in vier Bereiche unterteilt, in denen Gold, Coltan, Diamanten, Bauxit, Eisen, Kupfer und Seltene Erden vorkommen. Mit dem Dekret 2.248 wurde außerdem die Compañía Anónima Militar de Industrias Mineras, Petrolíferas y de Gas (Camimpeg) gegründet, die dem Verteidigungsministerium angegliedert ist und „ohne Einschränkung“ Tätigkeiten ausüben darf, die direkt oder indirekt mit Bergbau oder der Exploration der Öl- und Gasvorkommen zusammenhängen.¹¹

Innerhalb der Grenzen der ZDEN-AMO leben 7,5 Prozent der indigenen Bevölkerung Venezuelas, außerdem fallen davon zahlreiche Gebiete unter besondere Schutzregelungen wie Naturdenkmäler, Nationalparks und Waldgebiete. Nach Informationen der GTAI deckt sich das Gebiet des Arco Minero im Bundesstaat Bolívar mit einigen bereits vollzogenen Demarkierungen und Selbstdemarkierungen. Das Gebiet der Pemón ist bereits vollständig von ihnen demarkiert worden, ebenso wie das Territorium der Ye'kwana und Sanema. Auch die Piapoco haben eine Selbstdemarkierung vorgenommen. Über Landtitel, die eher Agrartiteln ähneln, verfügen bislang nur die Ma-

¹⁰ Aguilar Castro Vladimir, *Resistencia indígenas y disidencias jurídicas en Venezuela*, Fundación Buria, Januar 2019.

¹¹ Siehe www.mindefensa.gob.ve/viplanificacion/index.php/camimpeg-p.

poyo von Bolívar, die Pemón von Ikabarú sowie einige Gemeinschaften der Jodi (Bolívar und Amazonas) und Eñepa (Bolívar).

„Sowohl vor als auch nach dem Erwerb von Titeln über ihre Territorien haben indigene Völker das Recht, die potenziellen ökologischen und sozialen Auswirkungen von Projekten, die ihre physische und kulturelle Sicherheit bedrohen, zu kennen und an Diskussionen teilzunehmen, und vor allem haben sie das Recht, ein Projekt abzulehnen beziehungsweise es zu stoppen, sobald dessen Auswirkungen bekannt sind“, erklärt Vladimir Aguilar. Zwar hielten nach der Veröffentlichung des Dekrets Regierungsvertreter eine Reihe von Treffen mit indigenen Völkern ab, die sie „Konsultationen“ nannten, bei denen sie für die Vorteile warben, die der Arco Minero für ihre Gemeinschaften mit sich bringen würde. Diese Veranstaltungen waren jedoch weit davon entfernt, freie, vorherige und informierte Konsultationsprozesse zu sein und entsprachen keineswegs den Anforderungen der Verfassung, des Rahmengesetzes für indigene Völker und Gemeinschaften und den von Venezuela unterzeichneten internationalen Pakten über indigene Rechte.

Auch Gregorio Mirabal von der Koordinierungsplattform der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens COICA kritisiert die Verletzung des indigenen Grundrechts: „Es muss eine Konsultation mit den Menschen stattfinden, die von einem Projekt betroffen sein oder davon profitieren werden, in diesem Fall einem extraktivistischen Projekt, das reale Auswirkungen hat, nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Klimawandel. Wir fordern, dass das gesamte venezolanische Volk, die nationale Regierung, einen Dialog sucht, eine vorherige Konsultation einleitet, denn die indigenen Völker sind wirklich besorgt über diese Situation. Für uns ist Bergbau kein Fortschritt, für uns ist Bergbau Zerstörung, der Tod von Flüssen, Wäldern und indigenen Völkern.“¹²

Zum Zeitpunkt der Ankündigung von ZDEN-AMO hatte die venezolanische Regierung mehr als 150 transnationale Unternehmen eingeladen, sich am Ressourcenabbau in dem Gebiet zu beteiligen. Nach drei Jahren ist vor allem der Vormarsch des illegalen Bergbaus zu beobach-

ten, der die Konflikte verschärft hat, die an diesen Orten bereits virulent waren. Um die Kontrolle der Bergbauaktivitäten konkurrieren Syndikate, die Mafia, Menschenhändler, irreguläre bewaffnete Gruppen wie FARC und ELN, Soldaten, Geschäftsleute und Regierungsbeamte.¹³ Dazwischen befindet sich die lokale Bevölkerung: Indigene und Menschen, die aus den Städten ausgewandert sind, um mit dem geringen Einkommen zu leben, das ihnen der informelle Goldbergbau einbringt – aus Sicht vieler Indigene der einzige Weg, Zugang zu westlichen Gütern zu erhalten, denn der Staat war aus ihrer Sicht unfähig, eine Politik umzusetzen, die wohlfahrtsorientiert ist oder produktive Arbeit fördert.

Die indigenen Völker haben begonnen, sich zu organisieren und Sicherheitsgruppen wie die Pemón-Territorialgarde zu bilden, um ihre informellen Bergbauaktivitäten zu schützen.¹⁴ Dies spaltet die Pemón: Viele sehen diesen Schritt kritisch,¹⁵ fürchten aber sonst vor allem den Kriminellen ausgeliefert zu sein, die sich im Staat Bolívar festgesetzt haben.¹⁶ Zugleich sind längst nicht alle Pemón im Bergbau aktiv, und viele der Ältesten und Frauen, die häufig traditionellen landwirtschaftlichen Aktivitäten nachgehen, lehnen ihn als destruktiv und ihrer angestammten Kultur fremd ab.¹⁷

All dies hat schwerwiegende Folgen für die indigenen Völker. Die Kriminalisierung, das Verschwinden und die Ermordung indigener Führer

¹³ Vgl. Bram Ebus, Una creciente marea de asesinatos en la zona minera del sur de Venezuela, 12.11.2018, www.crisisgroup.org/es/latin-america-caribbean/andes/venezuela/rising-tide-murder-venezuelas-mineral-rich-south.

¹⁴ Vgl. Cinco aborígenes asesinados en Bolívar motivaron a crear la „seguridad indígena“, 3.10.2017, www.aporrea.org/actualidad/n315357.html; Morelia Morillo, Seguridad pemón suspende ingreso de extraños hacia zonas mineras de Ikabarú, 11.9.2017, <http://cronica.uno/seguridad-pemon-suspende-ingreso-extranos-zonas-mineras-ikabarú>; Delincuentes secuestraron a comunidad indígena de la Gran Sabana, 12.10.2017, <https://runrun.es/noticias/329374/delincuentes-secuestraron-a-comunidad-indigena-de-la-gran-sabana>; Ebus (Anm. 13).

¹⁵ Siehe Comunidad de Kanaimö, Canaima – Protesta por minería ilegal, 30.5.2015, www.youtube.com/watch?v=-cVWpsPo3-mM&t=213s.

¹⁶ Vgl. Sindicatos, minería y Arco Minero del Orinoco, una combinación mortal para los indígenas del Caura, 11.8.2016, <https://revistas.gumilla.org/2016/mineria-sindicatos-y-arco-minero-del-orinoco-combinacion-mortal-para-los-indigenas-de-el-caura>.

¹⁷ Vgl. La mujer indígena es la más afectada por la minería, 25.4.2015, <https://revistas.gumilla.org/2015/la-mujer-indigena-es-la-mas-afectada-por-la-mineria>.

¹² Zit. nach Líderes indígenas rechazan activación del Arco Minero del Orinoco, 5.3.2016, <http://revistas.gumilla.org/2016/lideres-indigenas-rechazan-activacion-del-arco-minero-del-orinoco>.

in den Gebieten haben drastisch zugenommen.¹⁸ Ein emblematischer Fall ist der von Lisa Henrito, einer Anführerin der Pemón, die von einem Militärbeamten beschuldigt wurde, eine secessionistische Bewegung im Süden des Landes anzustacheln.¹⁹ Sie wird derzeit bedroht und verfolgt. 2018 wurden sechs Indigene im Staat Bolívar bei ihrem Versuch, Bergbauaktivitäten unter Kontrolle zu halten, ermordet.

Der Bergbau hat auch einen drastischen Anstieg der Malariafälle mit sich gebracht, denn die riesigen Löcher, die zur Goldgewinnung gemacht werden, begünstigen die Vermehrung der Anopheles-Mücke, die die Krankheit überträgt. Der Malariabericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom November 2018 betonte den Ernst der Lage in Venezuela, angesichts von 400 000 gemeldeten Fällen. Die WHO beklagt hier den fehlenden Zugang zu Medikamenten, die mangelnde Bekämpfung der Mückenlarven und die Abwanderung der Bevölkerung aus dem Bundesstaat Bolívar, eines der am stärksten betroffenen Gebiete, in andere Gebiete des Landes, was weitere Ausbreitung befördere.

FAZIT

Angesichts der geschilderten Situation der indigenen Völker Venezuelas fällt es schwer, optimistisch zu bleiben. Die Hoffnung auf eine Titulierung indigener Territorien im Sinne der Verfassung von 1999 schwindet weiter. Für Gruppen wie die Pemón und Ye'kwana, die schon seit Jahrzehnten um eine Anerkennung großer, zusammenhängender Gebiete kämpfen, besteht unter der aktuellen Regierung weniger Hoffnung denn je auf eine ernsthafte und gerechte Bearbeitung ihrer Demarkierungsanträge. Der massive Ausbau des Berg-

baus im Süden des Landes führt vielerorts zu einer Verschärfung der Umweltkonflikte.

Theoretisch würde eine Legalisierung indigener Territorien viele Probleme abschwächen. Jedoch bestehen indigene Rechte in Venezuela nur in der Theorie, die Realität ist der Arco Minero sowie die Notlage und das Chaos, in dem sich das ganze Land befindet. Diese Situation trägt dazu bei, dass der Druck auf indigene Gebiete wächst und auch viele Indigene selbst im Bergbau aktiv sind, sei es als Bergleute auf eigene Rechnung oder in Form von Zwangsarbeit und Prostitution. In vielen Gebieten im Süden Venezuelas ist Gold als Zahlungsmittel weiter verbreitet und akzeptierter als die offizielle Währung. Aufgrund der komplizierten Lage sind die indigenen Organisationen in Befürworter und Gegner des Bergbaus gespalten. Hinzu kommt, dass die Regierung wie schon in früheren Zeiten aktiv eine Politik der Kooptierung und Spaltung gegenüber den indigenen Organisationen verfolgt. Eine nationale indigene Bewegung, die ihren Widerstand gegen Missstände mit geeinter Stimme formulieren würde, besteht in Venezuela seit Jahrzehnten nicht mehr. Der Consejo Nacional Indio de Venezuela, der zu Zeiten der Verfassungsverhandlungen eine gewichtige Stimme in der indigenen Politik besaß, existiert nur auf dem Papier. Für kritische Stimmen ist die Lage gefährlicher denn je, Wortführer*innen, die sich nicht „kaufen“ lassen, sehen sich massiven Drohungen oder Schlimmerem ausgesetzt.

Dennoch gibt es in Venezuela weiterhin viele Indigene, die ihre Kultur leben und die Verbindung zu ihren Territorien nicht aufgeben. Sie haben ihrer Quasi-Auslöschung durch die europäische Kolonisierung widerstanden und existieren bis heute, als Teil der indigenen Bevölkerung der Amerikas. Es bleibt zu hoffen, dass sie nun auch den Arco Minero mit all seinen Konsequenzen überleben werden.

¹⁸ Vgl. Lisa Henrito, indígena del pueblo pemón: „Mi sobrina gritaba ‚yo no me quiero morir‘“, 26.2.2019, <https://revistasic.gumilla.org/2019/lisa-henrito-indigena-del-pueblo-pemon-mi-sobrina-gritaba-yo-no-me-quiero-morir>; Observatorio de Ecología Política de Venezuela, Pronunciamiento del Pueblo Pemón en relación al asesinato de Oscar Meya, Comunidad Indígena San Luis de Morichal, 20.3.2018, www.ecopoliticavenezuela.org/2018/03/20/pronunciamiento-del-pueblo-pemon-relacional-asesinato-oscar-meya-comunidad-indigena-san-luis-morichal.

¹⁹ Vgl. Luigino Bracci Roa, Situación en Venezuela, Dossier con denuncias sobre Nuevas Tribus y presuntos intentos de secesión, 23 julio 2018, 27.7.2018, www.youtube.com/watch?v=Ua_DWqLwJ0c; Amnesty International, Acción urgente. Activista indígena, difamada y estigmatizada, 3.8.2018, www.amnesty.org/download/Documents/AMR5388512018SPANISH.pdf.

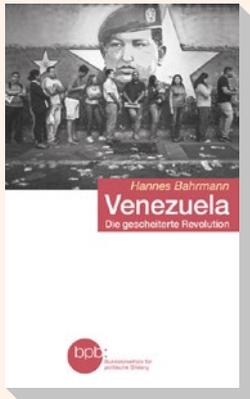
MINERVA VITTI

ist Journalistin mit Schwerpunkt auf indigenen Rechten und ökologischen Fragen. Sie arbeitet unter anderem für die Stiftung Centro Gumilla in Caracas. minervavitti@gmail.com

ANDREA SCHOLZ

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Südamerika-Sammlung des Ethnologischen Museums der Staatlichen Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

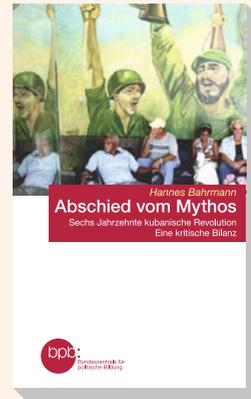
a.scholz@smb.spk-berlin.de



2018
Bestell-Nr. 10270



2019, auch als PDF
Bestell-Nr. 5871



2017
Bestell-Nr. 10052

Zum Weiterlesen.

Hier bestellen
www.bpb.de/shop

 **bpb:**
Bundeszentrale für
politische Bildung

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6. September 2019

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
40–42/2019,
30. September 2019

**DEUTSCHE
KOLONIAL-
GESCHICHTE**



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz